Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

239 (14.10.1905) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 239. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 14. Oktober 1905. 25. Jahrgang.

Landtagswähler! Parteigenossen!

Die Entscheidung naht!

Nur noch **5 Tage** trennen uns vom Wahltermin. Unsere **Gegner** arbeiten mit Aufbietung aller verfügbaren Kräfte. An Versprechungen suchen sie sich gegenseitig zu überbieten.

Parteigenossen! Die Arbeiter lassen sich **nicht täuschen. Nach** der Wahl sind unsere Gegner wieder ein Herz und eine Seele. Das **kapitalistische Klasseninteresse** ist der Kitt, der unsere Gegner im Parlament zusammenhält.

Dieses **kapitalistische Klasseninteresse** geht ihnen **über alles,** sogar über die **Religion.**

Wähler! Genossen! Die **Volksmassen** können und dürfen sich nur **auf sich selbst verlassen.**

Wir wollen keine **Politik der Almosen** für das **Volk.**

Wir fordern **Freiheit und Gleichberechtigung.**

Nieder mit der Reaktion! ☛ ☛ **Nieder mit dem Block!**

Genossen! Verdoppelt Euren Eifer. Tut Eure Pflicht!

☛ Der Wahltag ist unser Zahltag! ☚

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Um Leben und Tod.

Vor ein paar Tagen schrieb der Matin, im Frühjahr dieses Jahres sei alles bereit gewesen. England habe sich damals verpflichtet, Frankreich im Kampfe gegen Deutschland nicht nur zu Wasser, sondern auch zu Lande zu unterstützen und hunderttausend Mann in Schleswig-Holstein zu landen.

Eine Pause der Verlegenheit, des Mißtrauens, der Verblüffung. Jetzt aber hallt es von allen Seiten: „Es ist wahr!" Was der gestürzte Minister des Auswärtigen, Herr Delcassé, im Matin enthüllt hat, wird von seinen auswärtigen Gegnern in Berlin wie von seinen innern in Paris bestätigt. Ob die englische Hilfsarmee wirklich genau 100 000 Mann stark gewesen wäre, ob sie in Schleswig-Holstein oder auf französischem Boden hätte landen sollen, darüber mögen noch verschiedene Auffassungen existieren. An der Tatsache aber ist nicht zu zweifeln — sie wird ebensogut von Jaurès in der „Humanite" wie von der deutschen Regierung in der „Kölnischen Zeitung" bestätigt — daß Europa vor wenigen Monaten unmittelbar vor dem furchtbarsten aller Kriege stand. Es war um Haaresbreite soweit, daß die drei größten Kulturvölker der alten Welt in wütender Menschenschlächterei übereinander hergefallen wären. Ob die dabei **unvermeidliche Vernichtung der deutschen Flotte** und des deutschen Seehandels wettgemacht worden wäre durch überwältigende Siege der deutschen Landmacht, läßt sich nicht im Entferntesten ermessen. Deutschland hätte zur See einem unendlich überlegenen Gegner, zu Lande einem ebenbürtigen gegenübergestanden; eine daher immerhin mögliche Niederlage zu Lande hätte Deutschland für Jahrzehnte aus der Reihe der Weltmächte geschieden und dem wirtschaftlichen Leben des Reiches unheilbaren Schaden zugefügt. Auf der andern Seite hätte eine abermalige Niederlage Frankreichs nicht minder gefährliche Folgen gehabt. Denn daß ein reaktionär regiertes Deutsches Reich mit Hilfe brutaler Gewaltanwendung der absolute Herr Europas würde, kann um keinen Preis in der Welt gewünscht werden. Der deutsch-französisch-englische Krieg von 1905 wäre auf diese Weise, weit davon entfernt, an seinem Ende der Welt wirklichen Frieden zu bringen, nur zum Ausgangspunkt neuer Rüstungsraserei und neuer Kriegsstürme geworden. Kein Volk hätte von einem solchen Kriege etwas Gutes zu erwarten gehabt — es wäre denn die Revolution, die im Hintergrunde der Kriegszeiten stand — und jedes hätte das Schlimmste zu befürchten.

Es war ein **Verbrechen,** o tausendmal schlimmer als alle schlimmen Taten, die das Strafgesetzbuch aufzählt, Europa in einen solchen Zustand der Krise zu stürzen, und die drei beteiligten Völker, die von ihren Diplomaten mit verbundenen Augen bis hart an den Rand des Abgrundes geführt worden sind, haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, nach den Verantwortlichen zu fahnden. Einer von ihnen hat seinen Lohn dahin. Herr Delcassé liegt getroffen, und die nächste Zeit wird die Entscheidung bringen, ob er nicht wegen Verrats von Staatsgeheimnissen ins Gefängnis kommt, das er sich auf andere Weise tausendmal verdient hat. Es wird Sache der englischen Nation sein, mit ihrer Regierung abzurechnen, die den Staat in eine Politik der unabsehbaren blutigen Abenteuer zu stürzen drohte, und den lächerlichen Fehler beging, mit dem alten Waschweib Delcassé gemeinsam die allergefährlichsten Pläne zu schmieden.

Und das **deutsche Volk?** Hat das deutsche Volk seinen Regierern gar nichts zu sagen, die es um der marokkanischen Bagatelle willen beinahe an die Schlachtbank geführt hätten? Die „Kölnische Zeitung", das Organ der deutschen Regierung, schreibt jetzt, es habe wenig gefehlt, daß Europa in den furchtbarsten Krieg gestürzt worden wäre. Ist es aber wahr, was das offiziöse Blatt weiter sagt, daß die Politik Delcassés und sie allein diese Gefahr heraufbeschworen hätte? Man braucht darüber nur einen unverdächtigen Zeugen zu hören, den Genossen Jaurès, der Herrn Delcassé ganz gewiß nicht entlasten, sondern nur der geschichtlichen Wahrheit die Ehre geben will, wenn er schreibt:

> Jawohl, es ist wahr, daß Delcassé **unter dem Eindrucke des Kaiserbesuches in Tanger** dem Ministerrate die Mitteilung machte, England sei zur schriftlichen Zusage der Mobilisierung seiner Flotte gegen Deutschland und zur Stellung einer Hilfsarmee von 100 000 Mann vollkommen bereit.

Als die Nachricht von der geplanten Fahrt nach Tanger zuerst auftauchte, da war es die **deutsche sozialdemokratische Presse,** die diese Nachricht in das Reich der Unmöglichkeiten verwies und in der denkbar schärfsten Form gegen eine Politik protestierte, **die in England und Frankreich nur als eine Politik der äußersten Provokation** aufgefaßt werden könne. Es war die sozialdemokratische Presse, die es offen aussprach, daß diese Politik dem Kriege entgegentreibe und die europäischen Westmächte zur schärfsten Abwehr aufreize. Diese Warnungen der Sozialdemokratie wurden aber von der unfehlbaren Diplomatie in den Wind geschlagen. Deutschland versicherte einem barbarischen Souverän in dem Augenblick, da Frankreich gerechte Beschwerden gegen ihn hatte, in der feierlichsten und pompösesten Weise der Welt seiner Bundesgenossenschaft und seines Beistandes. Und **jetzt** war erst die Situation gegeben, in der Herr Delcassé seinen Pakt mit den Engländern fertig machte und mit seinen kriegerischen Plänen vor den Ministerrat trat.

Herr Delcassé ist gestürzt. Das **Proletariat Frankreichs hat den Frieden Europas gerettet.** Die französische Sozialdemokratie hat sich durch den glänzenden und erfolgreichen Feldzug, den sie gegen den Minister der Kriegshetze geführt hat, den Dank der arbeitenden Völker unseres ganzen Weltteils verdient; unvergänglich wird dieser Sieg, den die Kultur und der Zukunftsgedanke über die Barbarei der Vergangenheit errungen haben, in der Geschichte glänzen. Aber es geht nicht an, mit dieser Feststellung die Akten über den Fall Delcassé zu schließen. Der Fall Delcassé ist für uns in Deutschland ein **Fall Bülow.** Die Sühne, die die Schuld des Einen gefunden hat, erinnert uns Deutsche blos an die Schuld der andern, die ungesühnt blieb. Die Aufgabe, die unsere französischen Genossen in der auswärtigen Politik glänzend gelöst haben, erinnert uns nur an die Aufgaben, die uns deutschen Sozialdemokraten auf dem gleichen Felde zu lösen übrig bleiben. Es gilt den äußersten Kampf gegen ein Regierungssystem, das die Zukunft des deutschen Volkes auf die Spitze der Bajonette gestellt hat.

Politische Uebersicht.

Ein Generalstabsplan.

Als im Herbst des Jahres 1896 das Gerücht auftauchte, der Kontreadmiral Tirpitz habe einen Plan zu einer außerordentlichen Flottenvermehrung ausgearbeitet und dem Kaiser vorgelegt, sprach die offiziöse Presse in ihren unvermeidlichen Dementis von einem „Flaggoffizier an unverantwortlicher Stellung". Bald darauf war der Flaggoffizier Marinesekretär, und der nach seines Vorgängers öffentlich ausgesprochenen Meinung „ganz unmögliche Plan" war eine offizielle Regierungsvorlage geworden.

Im Herbst des Jahres 1905 hat ein Generalstabsoffizier in unverantwortlicher Stellung, der Hauptmann v. Haeften, in den vom Großen Generalstab herausgegebenen Vierteljahrsheften für Truppenführung und Heereskunde den Plan zur Gründung einer **Kolonialarmee** entwickelt. Man wird vielleicht vorerst versuchen, den Aufsatz des Hauptmanns für seine Privatarbeit auszugeben, es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß der Verfasser ein politisch so wichtiges Thema nur auf höheren Auftrag behandelt hat, daß also der Hauptmann von Morgen, der auf dem Kolonialkongresse von „amtlichen Erwägungen" zu erzählen wußte, ganz richtig unterrichtet war. Der Plan, uns neben dem regulären Militär und neben der demnächst wieder zu vergrößernden Schlachtflotte auch noch mit einer besonderen Kolonialarmee zu beglücken, besteht, und kann bei der heftigen Schnelligkeit, mit der mitunter auf diesem Gebiete gearbeitet wird, früher als man denkt, dem Reichstage in fester Gestalt vorliegen.

Haeften resp. seine Hintermänner halten zwei Dinge für „notwendig": 1. die Reorganisation der bisherigen Schutztruppen; 2. **die Schaffung einer dauernd in der Heimat vorhandenen, für überseeische Zwecke verwendbaren Truppe.** Diese Truppe soll nicht dem Kriegsministerium, sondern dem Kolonialamt unterstellt sein. Es handelt sich also um eine Extra-Armee, die außerhalb der gewöhnlichen militärischen Organisation steht, und die besonders und zum besonderen Zwecke, allezeit für die Kolonien marschbereit zu sein, daheim ständig unterhalten werden soll. Während nach dem jetzigen Schutztruppensystem höhere Aufwendungen nur erforderlich sind für die Zeit, in der die einzelnen Leute dieser Schutztruppe in den Kolonien stehen, soll in Zukunft eine Kolonialarmee dauernd einexerziert und bezahlt werden.

Deutschland hat zwar eigentlich keine richtigen Kolonien, wie andere Länder sie haben, Kolonien, die sich selber bezahlt machen, es soll aber eine Kolonialarmee bekommen. Unsere Kolonialpolitik belastet ständig mit höheren Ziffern die Ausgabenseite der Reichswirtschaft, nun sollen die Ausgaben noch weiter ins Ungeheuerliche vermehrt werden. An die Stelle der außerordentlichen und einmaligen Riesensummen, die für die versuchte — nicht immer erfolgreiche — Niederwerfung von Kolonialaufständen gefordert werden, soll eine dauernde Belastung des ordentlichen Etats treten, die die Aufbringung neuer dauernder Einnahmen, **d. h. neuer Reichssteuern,** notwendig macht.

Das sind wahrhaft ruinöse Pläne, gegen die energisch Front zu machen niemals früh genug ist!

Badische Politik.

Die Botschaft hör ich wohl.

In einer Karlsruher Blockversammlung bemerkte Herr Muser u. a.:

> Daß wir gegen die Sozialdemokratie kämpfen müssen, bedauere ich für meine Person ebenso, wie es mich freut, daß das Bürgertum sich zum Kampf gegen die Zentrumspartei rüstet. Es wird keine Besserung der Zustände eintreten und nicht möglich sein, die Reaktion auf dem Gebiete der Kultur und des Geisteslebens wirksam zu bekämpfen und zur Strecke zu bringen, wenn es nicht gelingt, alle diejenigen Männer, denen es um wahre freiheitliche Entwicklung zu tun ist, zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzubringen.

Sehr richtig! Aber seit wann sind denn die Nationalliberalen Anhänger der wahren freiheitlichen Entwickelung? Sie waren es nie und sind es auch heute noch nicht. Die Nationalliberalen verteidigen den traurigen Zustand, der unsere Staatsbeamten zur Ablegung eines Eides verpflichtet, der es den Staatsbeamten unmöglich macht, sich öffentlich als Anhänger der Sozialdemokratie zu bekennen. Mit den Nationalliberalen kann man schlechterdings nicht für eine wahre freiheitliche Entwickelung kämpfen. Das muß doch Herr Muser auch wissen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede bemerkte Herr Muser:

> Wir wollen, daß den Arbeitern das unumschränkte Koalitionsrecht gewährleistet wird, jenes Recht, das der Arbeiter zur Erlangung besserer Lebensverhältnisse für sich und die Seinen benötigt.

Daß Herr Muser das will, bestreiten wir nicht. Aber die Nationalliberalen wollen das nicht. In Karlsruhe haben die Nationalliberalen mit allen erdenkbaren Chikanen den städtischen Arbeitern das freie Koalitionsrecht unmöglich zu machen versucht. Ist das wahre Freiheit? Oder: Die Nationalliberalen wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die sozialdemokratische Partei in den gemeindlichen Vertretungskörpern eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung bekommt. Nicht einmal einen Stadtrat hat man uns zugebilligt! Ist das wahre Freiheit? Wem will denn Herr Muser begreiflich machen, daß mit einer so herrschsüchtigen, lediglich auf die kapitalistischen Sonderinteressen verpichteten Partei für die wahre Freiheit gekämpft werden kann? Was die Nationalliberalen jetzt in den Wahlversammlungen an freiheitlichen Redensarten verzapfen, ist nur Phrase, reine Phrase.

Die Nationalliberalen sind und bleiben die Schrittmacher der Reaktion. So lange diese prinzipienlose Partei den Kern des Liberalismus bildet, wird eine Vereinigung des Liberalismus und der Sozialdemokratie zum Kampfe gegen die Reaktion schlechterdings nicht möglich sein.

Genosse Süßkind

schickte der Bad. Volkszeitung folgende Berichtigung:

> „Es ist nicht wahr, was Sie über meine Rede in Hinsicht auf die Tarifreform in Nr. 233 veröffentlichten. Wahr ist dagegen, daß ich gesagt habe: Wir weinen dem Kilometerheft keine Träne nach, wenn der Satz von 2,4 Pf. pro Kilometer für die 3. Wagenklasse ohne Zuschlag für die Schnellzüge beibehalten wird. Gegen die Einführung der 4. Wagenklasse habe ich mich ganz entschieden und mit den drastischsten Ausdrücken gewendet."
>
> Albert Süßkind, Stadtverordneter."

Die Bad. Volksztg. schreibt dazu:

„Unsere Angaben aus dem Referate des Herrn Stadtv. Süßkind stützen sich auf stenographische und in Kurrentschrift skizzierte Aufzeichnungen. Die angestellte Vergleichung beider deckt sich inhaltlich.

Wir bestreiten jedoch nicht, daß Herr Stadtv. Süßkind sich wie oben angegeben in Sachen des Kilometerheftes aussprach. Wir bleiben aber dabei, daß hierbei auch der Ausdruck fiel: „Wir sind keine absoluten Narren auf das Kilometerheft, für eine ganze Reihe von Personen taugt es nichts!"

Wir geben auch zu, daß Herr Stadtv. Süßkind in den „drastischsten Ausdrücken" sich gegen eine vierte Wagenklasse gewendet hat, aber wir halten auch hier unsern Satz aufrecht, der in Bezug auf die event. Verwendung einer 4. Wagenklasse im Nahverkehr fiel: Wenn noch **eine 4. Wagenklasse für den Nahverkehr eingeführt werden soll, dann könne man damit nur einverstanden sein, wenn diese** ähnlich wie die **dritte Klasse ausgestattet** würde."

Wir können demgegenüber nur auf's allerbestimmteste erklären, daß die Sozialdemokratie unter gar keinen Umständen für die 4. Wagenklasse zu haben ist, also auch nicht für den Nahverkehr und auch nicht, wenn sie so ausgestattet ist, wie die 3. Klasse. Warum man, den letzteren Fall angenommen, überhaupt eine 4. Klasse braucht, das können wir nicht begreifen.

Auf Zentrumshilfe

hoffen, wie ein Korrespondent der Straßb. Post schreibt, offenbar die Konservativen und zwar sehr bestimmt, denn sonst hätten sie nicht in 13 Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt.

Das haben wir schon lange geschrieben und wer nicht blind war, konnte aus den Artikeln Wackers sich über die Taktik des Zentrums gegenüber den Konservativen schon lange klar sein. Das Zentrum weiß sehr genau, was es will, zum Unterschied vom „Block", der sich über seine Mission, soweit sie außerhalb der Gewinnung von Mandaten liegt, nicht klar ist.

Ein interessanter Brief

macht gegenwärtig die Runde durch die Presse. Verfasser desselben ist der im Schwetzinger Bezirk aufgestellte konservativ-bauernbündlerische Kandidat, Domänendirektor Hoffmann. Der Brief ist an einen Beamten gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Ich ersuche Sie, meiner Wählerversammlung in B. nächsten Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Ochsen allda, anzuwohnen. Ich werde mit Herrn Reidner und Hoffmann und noch einigen anderen Herren der nationalliberalen Partei erscheinen. Ich hoffe, daß auch Sie der Ansicht sind, daß der Block an der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich durch Aufstellung eines Demokraten schwer verfehlt hat. Die Großh. Regierung kann an einem solchen Auswuchs des Nationalliberalismus keine Freude haben und wenn die Bezirksbeamten hie und da dennoch für den Block stimmen, nun dann tun sie es eben aus sich privat und dies kann ihnen niemand wehren, aber als Regierungswillen kann ein solches Verhalten nicht angesehen werden.

Mit dem besten Gruß

B. Hoffmann, Direktor.

Daß Leute mit solch vorsintflutlichen Auffassungen über die Rechte der Beamten als Staatsbürger sich noch ernsthaft als Kandidaten für die Volksvertretung bewerben können, ist ein sehr bedenkliches Zeichen.

Uebrigens standen die Nationalliberalen, solange sie die Macht noch hatten, auf ganz demselben Standpunkt und sie würden ihn auch heute noch verteidigen, wenn sie noch die Macht hätten. Insoweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, verteidigen die Nationalliberalen jetzt noch den Standpunkt, daß ein Staatsbeamter sich nicht zu derselben bekennen darf. Echt nationalliberaler Freiheitsbegriff!

Auf monarchischem Boden

zu stehen, hielt der demokratische Kandidat für Schwetzingen, Herr Ihrig, festzustellen für notwendig. Sonderbar! Früher hörte man von den Demokraten nie solche Beteuerungen. Der Anschluß an den „Block" wirkt nach dieser Richtung hin bei den Demokraten offenbar „erzieherisch".

Ein starkes Stückchen

erlaubte sich nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse der Zentrumskandidat Dekan Dieterle in einer Wählerversammlung in Oberscheidenthal. Nach einem Bericht des „Odenwälder" soll Herr Dieterle u. a. gesagt haben:

Es wäre für die Landwirtschaft ein Unglück, wenn eine große Anzahl Bauern dem Landtag angehören würden. Der Landtag würde dadurch brachgelegt werden. Die Bauern seien nicht imstande, ihr Mandat entsprechend auszuüben (hört, hört!), da hierzu eine akademische Bildung erforderlich sei.

Wir haben mit dem Abdruck der Notiz zugewartet, weil wir sie nicht für glaubhaft hielten und auf ein schleuniges Dementi des Bad. Beobachters warteten. Da aber dieses Dementi gestern ausgeblieben ist, scheint es mit der Nachricht seine Richtigkeit zu haben.

Ob die Bauern sich eine solche Verhöhnung gefallen lassen, wird sich ja bald zeigen. Die Zentrumsbauern werden sich ja schließlich auch den Schimpf ruhig gefallen lassen, umsomehr, als er ja aus dem Munde eines Geistlichen kommt. „Der muß es ja wissen".

Im übrigen sei hier nur bemerkt, daß die akademische Bildung gerade keine besondere Qualifikation zum Volksvertreter abgibt. Im Landtag saßen schon Akademiker und insbesondere auf den Zentrumsbänken, die den Nichtakademikern nicht einmal das Wasser reichen konnten. Es gibt auch unter den Akademikern parlamentarische Nullen.

Zentrum und Eisenbahnreform.

In der Freiburger Zentrums-Versammlung, von der wir vor einigen Tagen berichteten, war es nicht Herr Fehrenbach, sondern Herr Betriebsinspektor Bertram, der sich für die 4. Wagenklasse aussprach. Herr Fehrenbach steht aber sachlich auf dem Standpunkt des Herrn Bertram. Mehr haben wir nicht zu berichtigen. Auf alle Fälle ist dem Zentrum in der Eisenbahnfrage nicht zu trauen.

Blöckler unter sich.

In der Naumannschen „Hilfe" wird über die Gärung innerhalb des Liberalismus geschrieben. Das ärgert die „Freie Deutsche Presse", das Organ Eugen Richters, dermaßen, daß sie in einem Artikel u. a. sagt:

„Nach diesem publizistischen Bubenstück der „Hilfe" machen die übrigen Unwahrheiten, Entstellungen, Beschimpfungen und Verleumdungen einen fast harmlosen Eindruck . . ."

Und so was entrüstet sich dann über den schlechten Ton in der Arbeiterpresse!

Die ärgsten Stänker sind die Freisinnigen.

Landtagswahlbewegung.

Die Konservativen haben in letzter Stunde auch in Karlsruhe-Stadt zwei Kandidaten aufgestellt und zwar im 43. Bezirk (Weststadt) den Rechtsanwalt Kratzer und im 44. Bezirk (Südstadt) den Geistlichen Verwalter Fellmeth.

Den Nationalliberalen also stellen die Konservativen keine Gegenkandidaten gegenüber, sondern nur den Trabanten der Nationalliberalen. Auch sehr bezeichnend. Irgendwelche Bedeutung kommt den konservativen Kandidaturen in Karlsruhe übrigens nicht zu.

Beiertheim. Auf den 11. Oktober hatte die Zentrumspartei eine Versammlung im Löwen nach Beiertheim anberaumt, und zwar auch für Bulach. Die Einberufer kalkulierten wohl ganz richtig, daß die Versammlung seitens der Zentrumsanhänger schlecht besucht sein werde. Der Renommierarbeiter-Zentrumskandidat Belzer hat mit seinen eingelernten Sprüchlein aus der München-Gladbacher Schule bis jetzt wenig Anziehungskraft ausgeübt und auch die faustdicken Lügen seiner geistlichen Helfershelfer über die Sozialdemokratie, sowie die Kniffe der ihn begleitenden Rechtsanwälte können die Suppe nicht fett machen. Es waren mit Ach und Krach, die Belzersche Gefolgschaft miteingerechnet, ca. 30 Zentrumsbrüder anwesend, als der sanfte Heinrich die Versammlung eröffnete und das Kartoffelgraben als Grund für den sehr verspäteten Beginn der Versammlung bezeichnete. Sodann geruhte er, für die Diskussionsredner 15 Minuten Redezeit zu gewähren, worauf seitens der inzwischen außerordentlich zahlreich herbeigeströmten Sozialdemokraten ein energisches Oho erfolgte. Sichtlich entrüstet ob solcher frechen Kritik rief der sanfte Heinrich den Kritikern zu: Was, Oho? Da gibt's kein Oho! Nun aber brach der Sturm los und unter allgemeinem Oho verließ die Opposition die Versammlung, begleitet von den Segenswünschen (?) des Kaplans und des Zentrumskandidaten und begab sich zum „Schnapsjörg". Dort saß in aller Ruhe der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lutz, der soeben eine Entdeckungsreise nach Vereinslokalen beendigt hatte. Das gab nun ein äußerst vergnügtes Wiedersehen, besonders da von Zeit zu Zeit Bericht über den trübseligen Gang der Zentrumsversammlung im Löwen erstattet wurde. Nachdem der Arbeitergesangverein ein Lied gesungen, wurde sofort eine Versammlung arrangiert, die außerordentlich begeistert verlief und Zeugnis gab von der kampfesmutigen Stimmung, die unter unseren Genossen in Beiertheim herrscht. Allgemein war man sich darüber einig, alle Kräfte aufzubieten, damit wenn am Wahltag die schwarze Gesellschaft den Sieg in Beiertheim davonzutragen glaubt, ihr in die Ohren schallt ein donnerndes „Oho", der Schlachtruf der Beiertheimer Sozzen!

Knielingen. Am Donnerstag Abend hielt hier der „Block" eine Wahlversammlung ab, die aber in der Mehrzahl von unsern Genossen und auswärtigen Gästen besucht war. Der nationalliberale Kandidat Bürgermeister Reck von Eggenstein hielt eine längere Rede, in welcher er sein „Programm" entwickelte. In der Diskussion trat ihm Genosse Hansler entgegen. Er verwies auf die Politik der Halbheit des Liberalismus, insbesondere im Kampfe gegen die ultramontane Gefahr. Herr Rechtsanwalt Heinsheimer entgegnete und, wie wir anerkennen, in sehr sachlicher Weise. Er meinte, die Trennung der Kirche vom Staate würde dem Volke noch mehr kosten als der heutige Zustand. (Aber Herr Heinsheimer! Diese Frage ist doch keine solche, die sich um den Kostenpunkt dreht. Red. d. V.) Inbezug auf die Sozialdemokratie sprach Herr Heinsheimer die Hoffnung aus, daß die Zeit kommen möge, wo der Liberalismus und die Sozialdemokratie gemeinsam gegen den Ultramontanismus kämpfen. Dies wäre aber erst möglich, wenn die Sozialdemokratie hinsichtlich der nationalen Fragen eine andere Stellung einnehme. (Herr Heinsheimer! Zwischen der sozialdemokratischen und nationalliberalen Auffassung über die nationalen Pflichten besteht ein so himmelweiter Unterschied, daß an eine Uebereinstimmung gar nicht zu denken ist. Abgesehen von vielem anderen, spielt hier der Kostenpunkt eine große Rolle.) Wenn einmal die Hurrapatrioten für ihre Hurrabegeisterung aus ihren eigenen Mitteln aufkommen, wollen wir darüber uns unterhalten. Bis dahin, Herr Heinsheimer, bleibts beim alten. Red. d. V.)

Ein Herr aus Karlsruhe versuchte für den konservativen Kandidaten eine Lanze zu brechen. Der Herr wurde aber von allen Seiten gründlich zugedeckt. Der 19. Oktober wird zeigen, daß hier die bürgerlichen Parteien immer mehr ins Hintertreffen kommen. Das Volk lernt seine „Freunde" nach und nach kennen.

? **Radolfzell.** In einer hiesigen nationalliberalen Versammlung trat u. a. auch ein nationalliberaler Arbeiter auf. Solche Arbeiteremplare sind sehr selten geworden, man kann sie in Bälde im Panoptikum fürs Geld sehen lassen. Das Interessante an der Geschichte aber ist, daß dieser selbe Arbeiter am folgenden Zahltag einen 20prozentigen Lohnabzug sich gefallen lassen mußte. Dem Manne wird die liberale Begeisterung ausgetrieben sein.

Deutsches Reich.

Vom militärischen Strafvollzug.

Man schreibt dem Vorwärts aus Stuttgart: Die Erörterungen über den Strafvollzug in den deutschen Gefängnissen erreichten ihren Höhepunkt im bekannten Plötzensee-Prozeß, der die Reformbedürftigkeit des bürgerlichen Strafvollzuges erwiesen hat. Aber auch dem militärischen Strafvollzug wird man seine Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, denn was soeben an die Oeffentlichkeit gelangt ist, läßt grauenhafte Schlüsse auf das zu, was man nicht erfährt und daher nicht zu kontrollieren vermag.

In der freisinnigen Ulmer Zeitung wird eine längere Schilderung veröffentlicht, der wir folgendes entnehmen: Ein nach den Aussagen seines Feldwebels kräftiger und gut genährter Mann kam wegen Fahnenflucht vier Monate ins Gefängnis. Nach seiner Entlassung wurde er wieder in die Kompagnie eingestellt, von seinem Hauptmann aber sofort in die Revierkrankenstube geschickt, da er so schlapp sei, daß nichts mit ihm anzufangen wäre. Bei der Untersuchung sah man dort **ein Skelett vor sich zittern,** das lebhaft an die bekannten Bilder von der Hungersnot in Indien erinnert. Die Augenhöhlen sind hohl und tief, die Wangen eingefallen, die **Haut hängt wie ein weiter Sack über dem Skelett und läßt sich in Falten abheben.** Die Wirbelsäule ist S-förmig nach den Seiten gekrümmt und scheint jeden Augenblick einzuknicken. Der ganze Mann befindet sich fortwährend in taumelnder Bewegung und heult in einer Weise, wie man es oft in Erschöpfungszuständen findet. **Der Darm kann normale Mengen von Speisen überhaupt nicht mehr ertragen,** die erhaltene Nahrung geht unausgesetzt in zehn bis zwölf Stühlen täglich ab. Nur durch reichliches Opiumgeben ist zu erreichen, daß der Mann etwas bei sich behält. **Es ergibt sich, daß der Mann nach den vier Monaten Gefängnishaft körperlich und geistig gebrochen ist.**

Ein furchtbares Bild wird in dieser Schilderung entrollt, das dringend nach Untersuchung und Feststellung desjenigen schreit, der eine solche Vernichtung eines blühenden Menschenlebens verschuldet hat. Leider beschränkt sich das Ulmer Blatt darauf, diese Schilderung zu geben ohne hinzuzufügen, wo sich der Vorgang abgespielt hat. Sein Artikel trägt nur die Ueberschrift: „Aus einem Festungsgefängnis". Indessen wird die Militärverwaltung auch ohne nähere Bezeichnung des Ortes einen derartigen Bericht nicht passieren lassen können, ohne der Sache auf den Grund zu gehen, denn sonst könnte leicht die Vorstellung in der Oeffentlichkeit entstehen, daß die gegebene Schilderung richtig ist und die Militärverwaltung eine Klarstellung zu scheuen hat. Das wollen wir nicht ohne weiteres annehmen und sehen daher einer amtlichen Untersuchung des Falles entgegen. —

Ein süßer Trost.

Der nationalliberale Jugendverein in Essen beschäftigte sich mit dem Essener Wahlausfall. Es sollte ein Mittel ausfindig gemacht werden, das sinkende Schiff zu retten. Der einzige positive Vorschlag der gemacht wurde, war — Anschluß an das Zentrum! Dagegen erhob sich Widerspruch; schließlich tröstete man sich mit der stolzen Feststellung, daß man bei tüchtiger Arbeit — vorläufig immerhin noch das Zünglein an der Wage bilde. — Ein süßer Trost für eine im Essener Kreis noch vor kurzen Jahren allmächtige Partei.

Die Reichstagswahl in Kattowitz-Zabrze

(Oberschlesien) hatte ein überraschendes Ergebnis. Nach der amtlichen Zusammenstellung erhielten Korfanty (rad. Pole) 23 208, Kapitza (Zentrum) 8100, Voltz (lib.) 7682 und Morawski (Soz.) 4780 Stimmen. Korfanty ist somit gewählt. — Bei der Wahl im Jahre 1903 fielen auf den Kandidaten des Zentrums 19 992, auf Korfanty 11 670, den Sozialdemokraten 10 044 und den damaligen freisinnigen Kandidaten 3033 Stimmen. In der Stichwahl stimmten damals die Sozialdemokraten für Korfanty. Gestern haben viele unserer Wähler, um eine Stichwahl zwischen Korfanty und dem Zentrum zu vermeiden, offenbar für den Polen gestimmt, anders läßt sich die geringe Stimmenzahl Morawskis nicht erklären. Der Rückgang der Zentrumsstimmen von fast 20 000 auf etwas über 8000 Stimmen — und das, obwohl die Partei einen Kandidaten polnischer Nationalität präsentiert hatte, läßt darauf schließen, daß es mit der Herrlichkeit derer um Ballestrem im oberschlesischen Industrierevier zu Ende geht.

Aus der Partei.

Grünwinkel, 14. Okt. Wir machen auch an dieser Stelle aufmerksam, daß heute Abend 8 Uhr im Gasthaus zum Bad. Hof eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet, in welcher unser Kandidat, Genosse Lutz aus Baden, referieren wird.

Ettlingen, 14 Okt. Auch an dieser Stelle machen wir auf die morgen (Sonntag) Abend bei Traut stattfindende Volksversammlung aufmerksam. Es ist dies die letzte vor der Wahl. Deshalb müssen die Genossen es sich zur Pflicht machen, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Landtagsabg. Schmitt aus München und der Kandidat für den 46. Bezirk, Genosse Müller, werden sprechen.

S. V. **Bruchsal,** 14. Okt. Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, erscheint heute Abend im Einhorn, morgen in der Frühe soll das Flugblatt zur Verteilung gelangen. Gleichzeitig machen wir auf die heute Abend in der Brauerei Gebhard stattfindende Versammlung aufmerksam. Unser Kandidat Genosse Willi wird sprechen.

Blankenloch, 13. Okt. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet hier im Gasthaus zum Bahnhof eine Wählerversammlung statt, desgleichen abends 7 Uhr in Büchig im Grünen Baum. Referenten sind in beiden Versammlungen Landtagskandidat Wilhelm Schäufele aus Rintheim und Genosse Girolla aus Bruchsal.

Die Parteigenossen werden in beiden Orten aufgefordert, für zahlreiches Erscheinen zu agitieren und pünktlich in die Versammlungen zu kommen.

* **Pforzheim,** 14. Okt. Die Generalabrechnung mit den Gegnern findet am Mittwoch Abend in der großen Wählerversammlung im Saalbau statt. Parteigenossen, unterlaßt an diesem Tage alle anderen Veranstaltungen. Laßt auch die Weilarbeit ruhen, geht heraus aus den Fabriken, füllt Mann für Mann den Saalbau.

Es muß eine Riesenversammlung werden, um als Heerschau vor der Wahl gelten zu können.

Es spricht der Landtagsabgeordnete Genosse Franz Schmitt aus München, außerdem die Kandidaten für Pforzheim und Pforzheim-Land, die Genossen Adolf Geck, Ernst Friedrich Müller und Emil Eichhorn.

S.V. **Gaggenau,** 13. Okt. Die Mitglieder des Wahlvereins und des Metallarbeiterverbandes werden dringend ersucht, sich **heute Samstag Abend 8 Uhr** in der Restauration **Steiner** einzufinden, um das Falzen der Flugblätter vorzunehmen. Wir haben einen großen Bezirk zu bearbeiten, es darf also keiner zurückstehen.

Alle Mann an Bord!

Der vorläufige Kassenabschluß vom Jenaer Parteitag, den Genosse Hörschelmann in einer Jenaer Parteiversammlung vortrug, läßt statt des mutmaßlichen Defizits einen beträchtlichen Ueberschuß erwarten. Einer voraussichtlichen Ausgabe von 4300 Mk. steht eine voraussichtliche Einnahme von 5400 Mk. gegenüber. Ueber die Verwendung des Ueberschusses wird noch Beschluß gefaßt. In der Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß es nicht gelungen ist, die Persönlichkeit des Buben festzustellen, der die Obelisken vor dem Volkshaus zu Beginn des Parteitages durch Begießen mit einer Säure beschädigt hat.

(Fortsetzung im dritten Blatt)

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zum Kampf in der Berliner Elektrizitäts-Industrie.

Die Beendigung der Aussperrung steht bevor. Die Obmänner der Arbeiterausschüsse der Elektrizitätsfirmen erklärten gestern, daß sich die Schraubendreher von Siemens und Halske bereit erklärt hätten, die Arbeit zu den vor der Arbeitsniederlegung angebotenen Bedingungen wieder aufzunehmen. Die Lagerarbeiter des Kabelwerks der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft seien noch nicht zu einem endgiltigen Beschlusse gekommen; ein solcher sei jedoch bis Samstag Mittag zu erwarten.

* **Der große Kampf in der Textilbranche** (siehe zweites Blatt) scheint Tatsache zu werden. Die der Ortsgruppe Gera des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereien angehörigen Webereibetriebe beschlossen gestern Nachmittag, sämtlichen Stuhlarbeitern für den 27. Oktober zu kündigen, da sich die Voraussetzung, daß bis Donnerstag, den 12. ds., abends, in den vier Betrieben, in denen die Arbeiter vor acht Tagen zum größten Teil gekündigt haben, eine genügende Anzahl von Arbeitern sich zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bereit erklären würde, nicht erfüllte. Die notwendige Folge dieser Kündigung wird, wie die Geraer Zeitung meldet, sein, daß in der nächsten Woche die Schließung der sämtlichen zum Verbande der sächsisch-thüringischen Webereien gehörigen Betriebe angeordnet werden wird.

(Fortsetzung im zweiten Blatt.)

Badische Chronik.

Pforzheim, 14. Okt. Eine außerordentliche Bürgerausschußsitzung, welche zur Fleischteuerung Stellung nahm, fand auf Verlangen einiger Stadtverordneten am Freitag Abend statt. Die Sitzung, welche vom Oberbürgermeister allerdings nicht als offizielle bezeichnet wurde, hatte das Ergebnis, daß folgende Resolution beschlossen wurde:

„Angesichts der seit Monaten bestehenden und wachsenden, die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit breitester Schichten des Volkes schwer bedrückenden Fleischnot und daraus resultierender Teuerung faßt der Bürgerausschuß der Stadt Pforzheim den

Beschluß:

Der Stadtrat wird beauftragt, alsbald und dringend vorstellig zu werden bei der Reichsregierung sowohl bei dem Herrn Reichskanzler, als bei dem tit. Bundesrat

„wegen rascher Oeffnung der Grenzen für lebendes Vieh und wegen Aufhebung des Einfuhrverbots für überseeisches Fleisch;

ferner bei unserer Landesregierung

„wegen Erteilung der Weisung an den badischen Bundes-Bevollmächtigten, für obige Maßregeln einzutreten.

Der Stadtrat wird ferner beauftragt, sich namens der Stadt Pforzheim allen Schritten anzuschließen, welche seitens der Städte des engeren oder des ganzen Vaterlandes unternommen werden zur baldigsten Beseitigung des wahrhaften Notstandes."

Pforzheim, 13. Oktober 1905.

Die Debatte zeigte vollständige Uebereinstimmung über die Tatsache der Fleischnot und Fleischteuerung, sowie auch über die Ursachen derselben.

Der Oberbürgermeister erstattete Bericht über die Unterredung der drei badischen Oberbürgermeister mit dem Minister Schenkel, der erklärt habe, Baden könne deshalb in der Sache nichts tun, weil es nicht an einer Grenze liege, die für die Oeffnung in Betracht komme. In der Schweiz, als einzigem angrenzenden Staat, werde nur Zuchtvieh produziert. Es könne nur durch die gesamten Bundesstaaten vorgegangen werden; die wollten aber nicht viel damit zu tun haben. Wenn nur ein Bundesstaat beim Reichskanzler vorstellig werde, nütze das nicht viel.

Der Oberbürgermeister steht auf dem Standpunkt, daß nur von einem Vorgehen der deutschen Städte etwas zu erhoffen sei. Der Stadrat habe deshalb beschlossen, der Vereinigung deutscher Städte beizutreten. Für ihn sei klar, daß man bei Auftreten der Teuerung sofort das Einfuhrkontingent aus Rußland hätte ganz bedeutend erhöhen müssen. Er könne nicht einsehen, daß es für die Seuchengefahr ein Unterschied sei, ob 1360 oder 2500 Schweine hereingelassen werden.

Um der Teuerung in Pforzheim etwas zu steuern, werde der Stadtrat bis auf weiteres Dienstag und Freitag einen Seefischmarkt abhalten lassen.

Der Stadtverordneten-Obmann Gesell erinnerte daran, daß Baden der erste Staat gewesen sei, welcher veterinärpolizeiliche Maßnahmen gegen die Seucheneinschleppung durchgeführt habe. Die Agrarier hätten sich dies jedoch zunutze gemacht und mit der „Gefahr" so stark gearbeitet, daß eine riesige Preissteigerung die Folge gewesen sei. Auch die Angst vor dem amerikanischen Büchsenfleisch usw. sei dazu benutzt worden. Soviel Geld schon zur Aufsuchung von Trichinen verwendet worden sei, so wenig habe man gefunden. Die Erhöhung des russischen Einfuhrkontingents um 200 Schweine monatlich sei angesichts des riesigen Verbrauchs allein der Stadt Berlin ein offener Hohn. Man müsse daran gehen, in den Gemeindeverwaltungen die Zucht von Schweinen in die Hand zu nehmen.

Stadtv. Kaiser verspottete die Antwort des bad. Ministers.

Genosse Müller hob hervor, daß das Einfuhrverbot nur eine Begleiterscheinung des großen Raubzugs der Agrarier sei, der am 14. Dezember 1903 unter Bruch der Geschäftsordnung begonnen, und zwar unter Assistenz derselben Nationalliberalen, die heute so gegen die Folgen des damaligen Volksverrats zu Felde ziehen. Wir schlossen uns der Resolution an, obgleich sie uns nicht scharf genug sei. Er müsse aber noch auf den großen Widerspruch hinweisen, daß man aus einer Stadt eine solche Resolution an den Reichskanzler absende, in welcher noch wie hier ein so hohes Oktroi erhoben werde. Es müsse verlangt werden, daß auch hier eine Aenderung getroffen wird.

Eine einzige Stimme, der Stadtv. Elsäßer, der ein Hofgut betreibt, erhob sich, um darzutun, daß die kleinen Landwirte froh seien, endlich auch einmal einen Profit durch die hohen Viehpreise einstecken zu können.

Bezeichnenderweise war es der Oberbürgermeister, der dieser Argumentation entgegentrat. Die Abstimmung hatte das eingangs erwähnte Ergebnis. Nur der Hofgutsbesitzer blieb sitzen.

Unsere nationalliberalen Führer im Stadtrat bieten durch die heutige Verhandlung ein Schauspiel für Götter. Aus Angst, man werde die Weigerung des Stadtrats, eine Sitzung zur Besprechung dieser Frage einzuberufen, in der Wahlagitation benützen, hat man schnell vor dem Wahltag die Sache noch abgemacht, und hat sich, weil man ja weit vom Schuß war, bemüht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie die Folgen einer Maßnahme der Regierung abzuwenden seien, für welche die nationalliberalen Abgeordneten im Reichstag mit Hurra eingetreten sind.

Von einigen Stadtverordneten, welche der Sitzung fernblieben, wurde auch ganz offen von der Bürgerausschußsitzung als dem „Fleischrummel" gesprochen, ein Beweis, daß die Sache als Farce aufgefaßt wurde.

* **Graben,** 12. Okt. Ueber die Erschießung des Kaufmanns Fritz Baer schreibt ein mit den Verhältnissen Vertrauter dem Pforzh. Anz.: Die Firma Gebr. Baer trennte sich im Jahre 1902. Es gab von da an die Firmen Heinrich Baer u. Söhne (jetzige Inhaber des alten Geschäfts) und Aron Baer u. Co. (neues Geschäft). Wie es nun so bei einer Trennung geht, suchte jede der beiden Firmen den größten Teil der bisherigen Gesamtkundschaft für sich zu gewinnen. Der Sohn von Aron Baer u. Co. gab sich z. B. in Pforzheim und anderwärts öfters für den Bruder des in Wirtskreisen beliebten Albert Baer von der Firma Heinrich Baer und Söhne aus, und es ist demselben auch gelungen, unter diesem Deckmantel manches Geschäft zu machen. Diese Machinationen führten zu Gehässigkeiten und sind am Sonntag, den 1. Oktober, so weit ausgeartet, daß drei Söhne der Firma Aron Baer u. Co. den Heinrich Baer, einen Mann von 58 Jahren, in Gemeinschaft mißhandelten. Dies verursachte natürlich bei den Söhnen von Heinrich Baer eine Aufregung, und es traf sich unglücklicherweise, daß Fritz Baer am Montag, den 2. Okt. am Bahnhof in Graben mit dem Julius Baer, einem von den dreien, die seinen Vater mißhandelten, zusammentraf. Fritz wollte nun die dem Vater angetane Schmach rächen. Aber schon nach einigen Hieben knallte ein Schuß und Fritz Baer sank, in den Unterleib getroffen, zusammen. Als der Schuß gefallen war, sprang der Bruder des Getroffenen, der sich bis dahin passiv verhalten hatte, hinzu und entriß dem Julius Baer den Revolver und schlug damit zu. Fritz Baer wurde nach Untersuchung seiner Wunde ins Krankenhaus nach Karlsruhe verbracht. Der noch mit fünf scharfen Patronen geladene Revolver wurde der Gendarmerie übergeben. Der sich keines guten Rufes erfreuende Schießheld stand schon einmal wegen Bedrohung mit dem Revolver vor Gericht, wurde aber freigesprochen.

S. **Malsch,** 13. Okt. Schon seit dem Einführen der Bahnhofsperre besteht in Malsch ein Mißstand, dessen Beseitigung jetzt unbedingt verlangt werden muß. Der Perron ist viel zu kurz, um aussteigen zu können. Bei dem allerdings etwas langen Arbeiterzug stehen immer 4—8 Wagen außerhalb des Bahnsteigs. Die Arbeiter sind gezwungen, auf der bloßen Beschotterung auszusteigen und erst, wenn der Zug weggefahren ist, können sie in den Bahnsteig einpassieren. Man möge bedenken, daß es doch auch sehr gefährlich ist, auf bloßer Beschotterung zwischen Schienen, Weichen und sonstigen Leitungen ohne Beleuchtung herumzulaufen. Wir glauben doch, daß wir auf eine anständigere Behandlung Anspruch haben, zahlt doch ein Arbeiter für seine Wochenkarte jährlich das schöne Sümmchen von 88 Mk., durchschnittlich ein Zehntel seines Einkommens. Auch wäre der Wunsch berechtigt, daß einer der Perronschaffner auf der entgegengesetzten Seite stehen möge, so daß die 300 Arbeiter nicht erst zu warten brauchten, bis der Zug weggefahren ist. Würde auf dieser Seite ein Ausgang geschaffen, so wäre dem großen Gedränge abgeholfen, und überdies ist dieses auch der Weg, den die Arbeiter vor der Bahnsteigsperre benutzten.

* **Neufatz,** 12. Okt. Die Weinernte ist beendet und in Qualität wie Quantität zufriedenstellend. Das Mostgewicht ist 60—80 Proz. Käufe wurden schon zu 45 Mk. pro Ohm abgeschlossen. Das Obst fehlt dieses Jahr fast gänzlich.

Denzlingen, 12. Okt. Am 9. d. Mts. wurde durch die Ortsschelle bekannt gemacht, daß die Maß Milch 27 Pfennig kostet (gleich 1½ Liter). Dieser Beschluß wurde am Sonntag in der Versammlung vom hiesigen Bauernverein gefaßt. Die Milch kostete bis jetzt hier am Orte 23 Pf. die Maß, das ist eine Erhöhung von 20 Proz. Ueber diesen Beschluß waren die hiesigen Milchkonsumenten ganz empört und beauftragten den Vorstand des hiesigen Konsumvereins, eine Protestver-

sammlung anzuzeigen, welchem Auftrag dieser auch Folge leistete. Am 10. Oktober fand im Gasthaus zum Rebstock die Protestversammlung statt und war von 80 Personen besucht. In der Versammlung wurde das Benehmen der Mitglieder des Bauernvereins stark kritisiert und wurde ein Komitee gewählt (drei Vorstandsmitglieder und zwei Beisitzer), welche Schritte zu tun haben zur Errichtung einer Milchgenossenschaft.

* **Konstanz**, 13. Okt. Das Restaurant Kyffhäuser ging um 75 000 Mk. an die Brauerei A. Bilger in Gottmadingen über.

* **Mannheim**, 13. Okt. Der Direktor Leonhardt von der gräfl. Oberndorff'schen Brauerei in Edingen wurde wegen Weinfälschung von der Strafkammer zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus dem Reiche.

Darmstadt, 12. Okt. Ein schlagfertiger Unteroffizier. Der Unteroffizier Wilhelm Bauer von der 10. Kompagnie des Infanterie-Regiments 116 in Gießen befahl einem Musketier, einem Arrestanten Essen zu bringen. Der Soldat glaubte nicht, daß ein Reservist Essen holen müsse und wurde von dem Unteroffizier durch Schimpfworte und einen Schlag auf den Mund darüber belehrt. Diese Schlagfertigkeit brachte dem Unteroffizier vor dem Kriegsgericht sieben Tage gelinden Arrest ein.

Was wäre wohl geschehen, wenn der Musketier dem Unteroffizier einen Schlag auf den Mund versetzt hätte?

Mainz, 12. Okt. Der 23jährige Fabrikarbeiter Jakob Schneider aus Worms, der mit seiner 15jährigen Schwester intimen Umgang gepflogen hatte, wurde von der Strafkammer zu 8 Monaten, sowie seine Schwester zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Göttingen, 12. Okt. Der „Polyp". Mit der Frage, ob die Bezeichnung „Polyp", auf einen Schutzmann angewandt, eine Beleidigung sei, hatte sich die hiesige Strafkammer zu beschäftigen. Der stud. jur. Buse, der des Nachts mit einigen Freunden über die Straße ging, warnte diese, als sie zu singen begannen, durch den Zuruf: „Pst! ein Polyp", obgleich er einen Schutzmann in diesem Augenblick gar nicht gesehen hatte. Im nächsten Moment tauchte jedoch ein Schutzmann auf, der den Ruf gehört hatte und den Studenten wegen Beleidigung zur Anzeige brachte. Das Schöffengericht sah den Ausdruck „Polyp" nicht als Beleidigung an und sprach den Angeklagten frei. Die Strafkammer dagegen hielt den Ausdruck für eine objektive Beleidigung, und bestätigte nur deshalb das freisprechende Urteil, weil der Ausdruck „Polyp" — mit Rücksicht darauf, daß B. den Schutzmann nicht gesehen — nicht in Beziehung auf eine bestimmte Person gefallen sei.

Bemerkenswert ist, daß der in der Schöffengerichtsverhandlung den Vorsitz führende Assessor während jener Verhandlung äußerte, daß er selbst den Ausdruck „Polyp" gebrauche, wofür ihm zufolge erhobener Beschwerde beim Landgerichtspräsidium eine Rüge erteilt wurde.

Wie wäre es einem Streikposten ergangen, der jenen „Kosenamen" gebraucht hätte? —

(Fortsetzung im zweiten Blatt.)

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 14. Okt.

Zur Stimmzettelverteilung

treffen sich die Genossen morgen, Sonntag früh 7 Uhr im Auerhahn für die Südstadt, bei Möhrlein für die Alt- und Oststadt, bei Bonning für die Mittelstadt und im Württemberger Hof für die Weststadt.

Genossen! Erscheint so zahlreich, daß die Arbeit schnell erledigt ist.

Auf in die Festhalle!

Wie unsern Lesern an dieser Stelle schon zur Genüge auseinandergesetzt wurde, ist ein Massenbesuch am

Montag Abend

eine zwingende Notwendigkeit. Die Arbeiterschaft von Karlsruhe muß zeigen, daß sie auf dem Posten ist, wenn die Wahrnehmung ihrer politischen Rechte dies erheischt.

Eine **imposante Versammlung** muß es werden, die dem Block die richtige Antwort auf seine unberechtigten Angriffe gegen uns gibt.

Antwort wird erhalten Herr Stadtrat Weill ob seiner persönlichen Kampfesweise, doppelt und dreifach werden die sozialdemokratischen Wähler Herrn Weill bescheinigen, daß sie den „Mann von der Hobelbank" politischen Schacherern vorziehen.

Antwort werden erhalten die Blockkandidaten, die in ihren Flugblättern und Versammlungen von der Unfähigkeit der Sozialdemokratie sprechen, Positives für das Volk zu leisten.

Antwort werden erhalten jene Nationalliberalen, die da glauben, wie auf dem Karlsruher Rathause auch im Landtage die Residenzstadt ihren Interessen dienstbar machen zu können.

Antwort werden wir geben jenen Linksliberalen und Demokraten, die während der ganzen Wahlbewegung niemals den Mut hatten, den anmaßenden Beschimpfungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten.

Diese Antworten zu erteilen und auf die Notwendigkeit der Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten hinzuweisen, ist der Zweck der Montags-Versammlung.

Wähler, Arbeiter, Parteigenossen! Gedenkt der Schmach von Konstanz, von Rastatt, gedenkt der heimlichen Agitation gegen die Sozialdemokratie. Protestiert in der Versammlung am Montag gegen diese Ungerechtigkeiten, gegen die Politik der herrschenden Klassen, die Euch direkt und indirekt in den letzten Monaten und Wochen eine ungeahnte **Verteuerung Eurer Nahrungsmittel** gebracht hat. Zeigt durch massenhaften Besuch dieser Versammlung, daß Ihr den 19. Oktober als **wirklichen Zahltag** betrachtet. Agitiert heute und morgen bei Zusammenkünften in Restaurants, in gewerkschaftlichen Versammlungen und bei sonstigen Gelegenheiten für den Besuch der Montags-Versammlung.

Nur in der Festhalle darf man am Montag Abend den sozialdemokratischen Wähler, den klassenbewußten Arbeiter treffen.

Referent ist Genosse Dr. **David**-Mainz, der in Karlsruhe vorteilhaft bekannt ist. Zugleich werden **die sozialdemokratischen Kandidaten** Ansprachen an die Wähler halten.

Auf zur Wahl, auf in die Versammlung, es gilt die Vertretung Eurer, unserer Rechte! Keiner darf zu Hause bleiben!

Das Wahlkomitee
tritt am Sonntag Vormittag ½10 Uhr bei Möhrlein zu einer Sitzung zusammen.

Zu rechter Zeit

setzt der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit seiner Agitation in Karlsruhe ein. Er hat an verschiedene Geschäftsleute und auch an Parteigenossen seine Werbezirkulare geschickt, um sie zur Mitgliedschaft beim Reichsverband zu veranlassen. Wir könnten nach Durchsicht der Flugschriften nun nicht sagen, daß sie besonders geeignet wären, der „sozialdemokratischen Gefahr" Abbruch zu tun. Ganz im Gegenteil verwandeln sich einzelne Feststellungen dieser Flugschriften in einen Lobeshymnus auf unsere agitatorische Tätigkeit. Da heißt es u. a.:

Praktische politische Arbeit im gewöhnlichen Laufe der Dinge ist den meisten Deutschen in den bürgerlichen Parteien gleichgiltig oder unsympatisch. Viele, die in guter ökonomischer Lage, in äußerlich hervorragender Stellung sind, sehen solche politische Tätigkeit geringschätzig, wenn nicht verächtlich an; sie leben und bleiben in Wollenkuckucksheim, sehen nicht das Angesicht, hören nicht den Schritt der Zeit.

Bei der Sozialdemokratie tritt fast alles hinter der politischen Tätigkeit, hinter der Teilnahme für öffentliche, ihr wichtige Angelegenheiten zurück, bei den bürgerlichen Parteien geht eigentlich alles andere dieser Teilnahme vor. Da genügt die hergebrachte Behaglichkeit, der regelmäßige Bier- oder Spielabend usw. Der Gedanke ist kaum zu fassen, daß zugunsten der politischen Tätigkeit auf irgend welches private „Amüsement" verzichtet werden könne. Und bei den Wahlen — wie viele Stimmen gehen den bürgerlichen Parteien verloren, weil die und die Leute „auf Reisen" sind. Bei der Sozialdemokratie aber wird zu dieser Zeit nicht gereist, da ist Jeder am Platze.

Bei der Sozialdemokratie zankt man sich oft und scharf, einigt sich aber **zur rechten Zeit**; bei den bürgerlichen Parteien zankt man sich zehnmal so viel und einigt sich noch nicht den zehnten Teil so oft, als die Sozialdemokratie es tut. Bei der Sozialdemokratie wird **freiwillig gegeben** oder unter Zwang gesammelt, bei den bürgerlichen Parteien wird von der überwiegenden Mehrheit wenig oder nichts gegeben, selbst von recht wohlhabenden Leuten. Zwang ist ausgeschlossen und der Erfolg? **Volle Kassen bei der Sozialdemokratie**, leere bei den bürgerlichen Parteien.

Und diese vorstehend so köstlich skizzierten bürgerlichen Parteien wollen uns den Garaus machen!?! Es ist zum Lachen.

Warten wir einige Wochen ab und es ist wieder still in ihren Reihen. Sie sind nur auf dem Platze, wenn die Mandate ihrer parlamentarischen Vertreter in Gefahr sind. Sonst pfeifen sie auf des Volkes Wünsche.

Dagegen wird auch nach den Wahlen in der Sozialdemokratie „jeder auf seinem Platze" sein. Darin lassen wir uns nicht übertreffen — trotz Reichsverband oder gerade deswegen!

Der Sozialdemokrat beim Beobachter.

Das Zentrumsblatt berichtet unter dem 11. Oktober:

Ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, das in Karlsruhe wohnt und wegen Kränklichkeit sich mit Verkauf von allerlei Kleinwaren beschäftigt, klagt uns, daß Sozialdemokraten in Pforzheim ihm im Tivoli die schwersten Beleidigungen zugefügt hätten, weil sie ihn für einen unzuverlässigen Parteimann hielten. — Merkwürdige Leute, die ihren Unmut in keiner besseren und anständigeren Weise auslassen können.

Spricht der Beobachter von merkwürdigen Leuten, die ihren Unmut in keiner besseren und anständigeren Weise auslassen können, so stellen wir die Gegenfrage: Was ist das für ein merkwürdiger Sozialdemokrat, der sich beim Beobachter darüber beschwert, daß ihm von Pforzheimer Genossen im dortigen Restaurant Tivoli Unrecht geschehen sei? Welche Beleidigungen hat man dem Mann zugefügt und warum hat man seine Parteizugehörigkeit bezweifelt? Diese und andere Fragen hätte sich der Beobachter vorlegen sollen, ehe er rasch seinen Stab über die „merkwürdigen" Leute brach.

Wir sind über den Fall noch nicht unterrichtet. Vielleicht nehmen die Beteiligten oder der Wirt des Tivoli, Genosse Müller, Veranlassung, die Angelegenheit klarzulegen. Der Beobachter ist unseres Erachtens recht wenig berufen, über den Terrorismus anderer Parteien zu klagen, sintemalen die Zentrumspartei, besonders auf dem Lande, schwerlich darin übertroffen werden kann.

Die Städte gegen die Fleischnot.

In der letzten Stadtratssitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand des deutschen Städtetages in einer zu Berlin abgehaltenen Sitzung über die gegen die bestehende Fleischteuerung zu ergreifenden Maßregeln beraten habe. Es sei beschlossen worden, eine Abordnung zum Reichskanzler zu entsenden, um demselben die für die Einwohner der Städte durch die Teuerung hervorgerufenen Mißstände darzulegen und um eine Milderung der hinsichtlich der Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch bestehenden Abschließung der Grenze nachzusuchen. Die Abordnung soll aus je einem Vertreter der Städte Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, München, Stuttgart, Straßburg und Karlsruhe bestehen.

Und der Reichskanzler? Nun, der verweist die Deputation an den Landwirtschaftsminister, und dieser erklärt: „Es giebt keine Fleischnot!" Eine solche Behandlung läßt man sich aber nur in Deutschland gefallen.

Wohin wir steuern?

Im Stadtratsbericht ist zu lesen: Das Bezirksamt übersendet Abschrift eines Schreibens des Großh. Oberschulrats, wonach das Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts mit Entschließung vom 12. September d. J. zur Errichtung bezw. Fortführung der Haushaltungsschule im Franziskushaus dahier durch den in das Vereinsregister eingetragenen Verein „Jugendschutz" die Genehmigung erteilt hat.

Ferner wird darin mitgeteilt, es habe das genannte Ministerium genehmigt, daß, solange der Unterricht in den elementaren Fächern — wie zur Zeit — durch eine geprüfte Lehrerin erteilt wird, die an dem Haushaltungsunterricht teilnehmenden Mädchen von der Teilnahme am Fortbildungsunterricht befreit werden.

Den an der Haushaltungsschule (im Handarbeits- und Kochunterricht) tätigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul mit dem Mutterhaus in Freiburg ist behufs Ausübung einer Lehrwirksamkeit als Lehrerin an der in Frage stehenden Anstalt Nachsicht gemäß § 116, Abs. 4 des Gesetzes über den Elementarunterricht erteilt worden.

Schließlich wurde durch die eingangs erwähnte Entschließung zur Fortführung der Marthaschule dahier durch den mit Körperschaftsrechten ausgestatteten Diakonissenverein die Genehmigung erteilt und die mit Erlaß Großherzoglichen Oberschulrats vom 22. März 1889 zugelassene Befreiung der fortbildungsschulpflichtigen Zöglinge dieser Schule vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule aufrecht erhalten.

Statt die Schule der Kirche aus ihren Institutionen zu entreißen, liefert sie der Staat erst recht der Kirche aus.

Der Streik der hiesigen Plattenleger

dauert, wie man uns schreibt, unverändert fort, nur mit dem Unterschied, daß es sich jetzt jeden Tag besser zeigt, daß es bei den Herren Arbeitgebern am guten Willen fehlt, sich mit ihren Arbeitern zu verständigen.

Wenn auch beständig von den Herren dem Publikum Sand in die Augen gestreut wird, die Plattenleger hätten ungerechte Forderungen gestellt, so können wir heute den Beweis liefern, daß die Herren zurzeit auf der Suche nach Arbeitswilligen sind, denen sie sogar Löhne bis zu 1,50 Mark pro Stunde angeboten haben.

So kam vor einigen Tagen ein Bauführer namens Gerstner von Karlsruhe auf's Streikbureau, um anzufragen, ob er Platten legen darf, die Firma Stauffer und Schenk hätte ihm pro Stunde 1,50 Mk. angeboten. Selbstverständlich wurde dem Herrn „Bauführer" dort erklärt, wenn er zum Verräter der streikenden Plattenleger werden will, so könnte man ihm nicht helfen.

Auch die Firma Wolf und Heintz ist in der Lage, mehr Lohn zahlen zu können, wie ursprünglich die Plattenleger gefordert haben.

Erst kürzlich wurde von obiger Firma einem Maurer von Knielingen gegenüber erklärt, er würde 7 Mark Lohn pro Tag erhalten, wenn er Platten legt. Trotz dieses schönen Angebots überließ es der Maurer den Herren Wolf und Heintz, ihre Streikbrecher anderwärts zu suchen.

Alle ähnlichen Angebote beweisen zur Genüge, daß der jetzige Plattenlegerstreik zu einem Machtstreik geworden ist. Die Herren halten es eben unter ihrer Würde, mit den Arbeitern zu unterhandeln, es könnte dadurch ihr Herrenstandpunkt Not leiden. Daß bei einem Streik die Herren Arbeitgeber auch einmal ihre Finger mit Zement und dergleichen beschmutzen können, haben die Herren Stauffer und Schenk sowie ihr Geschäftsführer Dettling am Schlachthausanbau bewiesen; dort haben sie selbst Platten gelegt. Ob diese Herren auch für 50 Pf. die Stunde gearbeitet haben?

Bei dieser Herrenarbeit konnten die Streikposten öfters die Wahrnehmung machen, daß sich hier das Sprüchwort: „Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach", nur zu sehr bewahrheitet hat, man konnte nämlich mehrmals sehen, mit welchem Interesse die Herren ihre wohlgepflegten Fingerspitzen betrachteten, ob sie sich noch nicht aufgearbeitet haben, viel fehlte jedenfalls nicht, denn die Herren hatten die Arbeit bald dick.

Auch die Herren Gipsermeister Almendinger und Bischof sind in die glückliche Lage geraten, auch einmal Plattenleger spielen zu dürfen. Mit welchem Kunstsinn Herr Almendinger die Arbeit fertig gestellt hat, kann man am besten in dem Neubau Ecke Georg Friedrichstraße und Durlacherallee (Hausspitz) sehen. Jedem Laien tun bei diesem Anblick die Augen wehe, und die Plattenleger sind allgemein der Meinung, wenn einer aus ihren Reihen die Arbeit gemacht hätte, dieser rücksichtslos aus dem Geschäft hinausgeworfen worden wäre.

Daß die Arbeitgeber eine ganz gewaltige Furcht vor den harmlos streikenden Plattenlegern haben, konnte man am Donnerstag vor dem Ständehaus in der Ritterstraße sehen.

Dort sind einige Ofensetzer, Steinhauer und Zementeure als Rausreißer beschäftigt. Um diese Leute kennen zu lernen, hatten sich die Streikenden kurz vor Feierabend dort eingefunden. Trotzdem diese in gar keiner Weise einen einzigen Passanten belästigt oder aufgehalten haben, sah man schon in kurzer Zeit ein ganzes Aufgebot von Schutzleuten.

Soll dies etwa nicht auf Antrag der Bauleitung geschehen sein? Die Plattenleger betrachten dieses Polizeiaufgebot als vollständig überflüssig, denn soweit sind sie geschult, daß sie ganz genau wissen, mit welchem Buchstaben der Strafparagraph 153 der Gewerbeordnung anfängt.

Sie werden sich deshalb auch sehr hüten, der Polizei Anlaß zum Vorgehen und den Herren von Besitz Material in die Hände zu geben, womit letztere dann gegen die Arbeiter in den bürgerlichen Blättern krebsen gehen könnten.

Die Maurer und Ofensetzer werden auch an dieser Stelle ersucht, keine Streikarbeit zu verrichten, bis eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen den Plattenlegern und dem Materialhändlerverband abgeschlossen ist.

* **Kampf um den „Großen Preis von Baden"** ist die letzte Veranstaltung dieser Saison auf der hiesigen Radrennbahn betitelt. Das gut dotierte Rennen kommt morgen Sonntag, 15. Okt., nachm. 3 Uhr zum Austrag und vereinigt nur durchaus gute Fahrer am Start. Die Direktion hat den dreimaligen Sieger vom letzten Rennen (10. Sept.), Willy Mauß, der am Sonntag in Zürich wiederum zwei erste Siege gegen Extra-Klasse errungen, fest verpflichtet. Als schärfste Konkurrenz ist der einwandfreie Sieger im „Goldenen Rad von Darmstadt" F. Hitzler-Würzburg gewonnen worden. Außerdem werden Ph. Eckhardt-Durlach und Hch. Knauff-Köln sicher alles daransetzen, um den hohen Preis zu erringen. Zur Vervollständigung ist noch ein Motorrennen für Schrittmacher im Programm vorgesehen und wird das Publikum von Karlsruhe und Umgebung, sowie alle Freunde und Gönner des Sportes zum Besuch freundlichst eingeladen.

* **Volkszählung.** Zu der vom Bundesrat auf 1. Dezember d. J. angeordneten allgemeinen Volkszählung, mit der eine Wohnungszählung in hiesiger Stadt verbunden sein wird, bedarf die Stadtverwaltung der Mitwirkung von etwa 650 Zählern und zwar sind nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 22. August d. J. möglichst freiwillige, d. h. ehrenamtliche Zähler zu dem Zählgeschäft heranzuziehen.

Im Hinblick auf das hervorragende Interesse, das die Gemeindeverwaltung an einer sorgfältigen und zuverlässigen Durchführung des Zählgeschäftes hat, und angesichts der großen Schwierigkeiten, mit denen die Gewinnung einer so großen Anzahl ehrenamtlicher Zähler erfahrungsgemäß verknüpft ist, richtet der Stadtrat an die Mitglieder des Bürgerausschusses, an die Lehrer, an die Studierenden der Technischen Hochschule, an die Beamten und Geschäftsinhaber, sowie an die sonstigen hiesigen Einwohner, die in der Lage sind, das Amt eines Zählers zu übernehmen, die dringende Bitte, sich als ehrenamtliche und freiwillige Zähler zur Verfügung zu stellen und ihre Adressen dem Städtischen Statistischen Amt im Rathaus einzusenden.

* **Schülerzahl in den höheren Schulen von Karlsruhe.** Nach einer vom Bürgermeisteramt gefertigten Statistik werden im Schuljahr 1906—07 besucht (die innerhalb Klammer beigesetzten Zahlen geben die Ziffern des vorhergegangenen Schuljahres an): Das Gymnasium von 699 (659) Schülern, das Realgymnasium mit gymnasialer Abteilung von 786 (763) Schülern, die Oberrealschule von 575 (619) Schülern, die Realschule von 490 (465) Schülern, die Höhere Mädchenschule (ohne die Gymnasialabteilung) von 648 (592), die Gymnasialabteilung dieser Anstalt von 99 (94) Schülerinnen.

* **Das neue Schulhaus in Mühlburg.** Als Bauplatz für das geplante neue Mühlburger Volksschulhaus wird in Uebereinstimmung mit der Baukommission seitens des Stadtrats nunmehr das städtische Gelände in den Zolleräckern südlich der Sofienstraße, westlich der verlängerten Händelstraße in Aussicht genommen. Das städtische Hochbauamt wird um Prüfung und Aeußerung ersucht, ob und in welcher Weise dieses Gelände mit einem Volksschulhause bebaut werden kann.

* **Im Karlsruher Krematorium**, welches Ende April 1904 eröffnet wurde, fanden bis Ende September 1905, also in nicht ganz anderthalb Jahren, 125 Feuerbestattungen statt und deren Zahl hatte, wie in allen übrigen deutschen Krematorien, trotz der fortwährenden Vermehrung dieser, von Quartal zu Quartal zugenommen. Von den Eingeäscherten gehörten 90 dem männlichen, 35 dem weiblichen Geschlecht an; 89 waren evangelisch, 16 katholisch, 7 altkatholisch, 6 Israeliten, 4 freireligiös, je 1 russisch-orthodox, Buddhist und konfessionslos; 43 waren in Karlsruhe wohnhaft und 82 von auswärts (darunter 3 aus Durlach und 7 aus Baden-Baden) zum Zweck der Bestattung hierher verbracht worden.

* **Von den Leihämtern.** Auf eine Anfrage des großh. Bezirksamts Karlsruhe sprach sich die Handelskammer dagegen aus, daß bei den Versteigerungen durch städtische Leihämter Gold- und Silbersachen unter ihrem Gold- und Silberwert zugeschlagen werden dürfen.

* **Das Gesuch** des Julius Glunz hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft Kaiser-Allee 61 wird seitens des Stadtrats dem Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt. Das Gesuch des Wagenrevidenten Ludwig Brenner um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft (Weinwirtschaft) im Hause Rüppurrerstraße 52 wird durch Anschlag an der Verkündigungstafel zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

* **Von der Straßenbahn.** In Abänderung des Beschlusses aus letzter Sitzung soll die Ecke der Rudolf- und Karl Wilhelmstraße vorgesehene Haltestelle der im Bau begriffenen Straßenbahn nach dem Friedhof nicht an der Rudolfstraße, sondern in der Mitte zwischen dieser und der Bernhardstraße eingerichtet werden. — Den Gesuchen einer Anzahl Einwohner von Durlach und der Direktion des hiesigen Kolosseums um Führung eines Spätwageus der Straßenbahn nach Schluß der Vorstellungen im Kolosseum nach Durlach kann nur entsprochen werden, wenn der Straßenbahnkasse die Selbstkosten dieses Wagens, die nach früherer Erfahrung nicht eingehen, ersetzt werden. Also erst Geld, dann Verkehr!

Die Revolution in Rußland.

Odessa, 13. Okt. In einer allgemeinen Studenten-Versammlung wurde mit 778 gegen 592 Stimmen beschlossen, nur nach Aufhebung des Kriegszustandes und nachdem die ganze Nation volle bürgerliche Rechte erreicht habe, an den Vorlesungen der Universität nach ihrer Wiedereröffnung teilzunehmen.

w. **Moskau**, 14. Okt. Unter den Beamten der Stadtverwaltung ist eine Bekanntmachung im Umlauf, in der diese aufgefordert werden, angesichts des zweideutigen Verhaltens des Stadtausschusses und des Bürgermeisters sich sämtlich dem Ausschuß der Arbeiter anzuschließen. Die Setzer der Druckereien des Rhitu Listok und Moskowski Listok haben die Arbeit unter militärischem Schutz wieder aufgenommen und die Ausständigen, die sie an der Arbeit hindern wollten, vertrieben. Das Militär bewacht die elektrischen Kraftstationen und die Gebäude der Gesellschaft für Beleuchtung der Stadt.

Letzte Post.

Berlin, 14. Okt. Noch immer ist es unentschieden, ob der Kampf beendigt oder fortgesetzt werden soll. Die neueste Meldung besagt: Die Vertrauensmänner der Arbeitgeber der Metall-Industrie stimmten gestern einem Vorschlag der Lagerarbeiter der Kabelwerke der Allg. Elektrizitätsgesellschaft zu, die Frist für die Antwort, ob die Lagerarbeiter die Bedingungen annehmen, bis heute Mittag auszudehnen.

In geheimer Sitzung wurde beschlossen, von dem Ergebnis am Samstag Mittag allen Mitgliedern des Verbandes Mitteilung zu machen, damit in allen Betrieben bekannt gemacht werden könne, ob eine weitere Aussperrung erfolgt oder nicht.

Tuttlingen, 13. Okt. Bei der heutigen Landtagsersatzwahl haben von 7290 Wahlberechtigten 5312 giltig abgestimmt. Es erhielten Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Storz-Heidenheim (Volkspartei) 2570 Stimmen, Rechtsanwalt Dr. Schilling-Stuttgart (Zentrum) 1028 Stimmen, Arbeitersekretär Mattutat (Sozialdemokrat) 1714 Stimmen. Somit ist Stichwahl zwischen Storz und Mattutat erforderlich. [illegible] Stimmen wurden 9 abgegeben.

Essen, 14. Okt. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband und der christliche Gewerkverein berufen für Sonntag zahlreiche Versammlungen zwecks Stellungnahme der Bergarbeiter zum neuen Berggesetz, der Arbeitsordnung und Besprechung der Wahl zu den Arbeitsausschüssen ein.

Mailand, 14. Okt. Ein japanisches Geschwader unter Admiral Togo besucht baldigst Livorno, Genua, Neapel und Palermo. Togo und die Offiziere werden sich nach Rom begeben, wo der König sie empfängt.

Stockholm, 13. Okt. Beide Kammern des Reichstages hielten heute Abend Sitzungen ab, in denen die Regierung 2 Entwürfe einbrachte betreffend die Aufhebung der Reichsakte seitens Schwedens nach der Richtung, daß die Regierung Norwegen als den von Schweden getrennten Staat unter der Bedingung anerkennt, daß dem sogenannten Karlstader Uebereinkommen die Form eines regelrechten Abkommens verliehen und dieses nach allgemeinem internationalem Brauche unterzeichnet wird, sowie betr. die Aufhebung der geltenden Bestimmungen über das Unionszeichen in der schwedischen Flagge.

Washington, 13. Okt. (Reuter.) Die Ratifikationen des russisch-japanischen Friedensvertrages sollen, wie jetzt vereinbart ist, morgen ausgetauscht werden.

Vereinsanzeiger.

Beiertheim (Soz. Verein). Samstag, den 14. Oktober, Abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Die Mitglieder sowie die Volksfreundleser werden wegen Wichtigkeit der Tagesordnung um vollzähliges Erscheinen gebeten. Der Vorstand.

Daxlanden (Soz. Verein). Samstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, in der Sonne, Mitgliederversammlung. Unbedingtes Erscheinen erwünscht.
3891 Der Vorstand.

Gaggenau (Soz. Verein). **Heute** Samstag, den 14., abends 8 Uhr, **Versammlung** im Parteilokal. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. Vollzähliges Erscheinen erwartet.
3887 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Grötzingen. Genosse Hüber ist in Königsbach anwesend.

Spessart. Wenn Sie uns beweiskräftige Zeugen nennen können, daß der Bürgermeister tatsächlich gegenüber einem fremden Herrn, der sich die nötigen Legitimationspapiere beschaffen wollte, erklärt hat, er habe jetzt keine Zeit, er müsse aufs Feld, dann wollen wir die kritischen Randglossen anbringen. Aber vorläufig fehlt dazu die Berechtigung.

Odenheim. Mit der Beschaffung von Rednern können wir uns nicht befassen; es dürfte sich für heutigen Samstag auch schwerlich noch einer finden.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Badische Politik, Deutsches Reich, Ausland und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für die Rubriken: Aus der Partei, Soziale Rundschau, Gerichtszeitung, Badische Chronik, Aus der Residenz, Versammlungsberichte, Aus dem Reiche, Vermischtes und Feuilleton: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Bei den **hohen Fleischpreisen**

Billigster Bezug in großen, plombierten Originalflaschen zu M. 6.—

leistet **MACCIs WÜRZE** mit dem Kreuzstern der Hausfrau unschätzbare Dienste, um auf billige Art gute, schmackhafte Gerichte zu bereiten.

Zu haben in Fläschchen von 35 Pfg. an, nachgefüllt 25 Pfg. 3871

(Kreuzstern)

Bekanntmachung.

Die Reinigung der Obstbäume von Misteln betr.

Nr. 3965. Die Besitzer von Obstbäumen haben ihre von Misteln ergriffenen Bäume im Laufe des Monats November d. Js. zu reinigen. Die Reinigung geschieht, wenn die Mistel an der Spitze eines Astes sitzt, durch Wegschneiden der Astspitze, wenn sie dagegen am oberen Teil eines Astes sitzt, dadurch, daß die Mistel mittels eines scharfen Messers tief ausgeschnitten und die Schnittfläche sodann mit Steinkohlenteer bestrichen wird.

In den ersten Tagen des Monats Dezember werden wir Nachschau halten lassen, ob diese Anordnung befolgt ist. Wo dies nicht geschehen ist, werden wir die Reinigung auf Kosten der Säumigen vornehmen lassen. Außerdem haben die Säumigen Bestrafung auf Grund des § 145[1] P.St.G.B. und § 38 F.P.O. mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. zu gewärtigen.

Karlsruhe den 7. Oktober 1905. 3875

Bürgermeisteramt.
Dr. Horstmann.

Bekanntmachung.

Nr. 3965. Die Vertilgung von Raupen betr.

Alle Obstbäume, Zierbäume und Gesträucher in Gärten und Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen und Wegen, sowie an Eisenbahndämmen, sind in der Zeit von jetzt ab bis Mitte Februar 1906 von Raupennestern zu reinigen und letztere zu vertilgen.

Wir werden nach dem 15. Februar 1906 Nachschau halten lassen, ob die Vertilgungsarbeit vorgenommen wurde. Säumige haben nach § 368[2] D.St.G.B. und § 37 F.P.O. Geldstrafe bis zu 60 Mk oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen und überdies zu gewärtigen, daß die Vertilgung der Raupennester auf Kosten der Säumigen diesseits angeordnet wird.

Karlsruhe den 7. Oktober 1905. 3874.2

Bürgermeisteramt.
Dr. Horstmann.

Festhalle.

Sonntag den 15. Oktober 1905, nachmittags 4 Uhr

KONZERT

des Königlichen Musikdirektors **Adolf Boettge** mit der gesamten Kapelle des

Badischen Leib-Grenadier-Regiments.

(Orchester- und Militärmusik).

Eintritt: { Abonnenten **20** Pfg. / Nichtabonnenten **50** Pfg. 3895

Soldaten und Kinder die Hälfte.
Programm 10 Pfg.
Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen.

Filiale Karlsruhe.

Am Sonntag den 15. d. Mts., nachmittags von 4 Uhr ab, findet im großen Saale „Drei Linden", Mühlburg unser

17. Stiftungsfest

verbunden mit **Musik, Gesangs- und Theateraufführungen, humor. Vorträgen** und darauffolgendem **Tanz** statt.

Hierzu sind unsere Mitglieder, sowie alle Freunde und Gönner der Arbeiterorganisationen freundlichst eingeladen. 3850

Die Ortsverwaltung.

Eintritt 30 Pfg. für Herren, eine Dame frei, **20 Pfg.** für jede weitere Dame.

Achtung! Buchbinder und verw. Berufsgenossen.

Sonntag den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr findet im Hotel **„Goldener Adler"**, Karlfriedrichstraße

öffent. Versammlung

statt. **Tagesordnung:**

Bericht der Lohnkommission üb. den gegenw. Stand der Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Berufsangehörigen ist Ehrensache. 3839

Die Lohnkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Sonntag den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr beginnend im großen Saale zum **„Küblen Krug"**

Stiftungsfest.

Ein reichhaltiges Programm mit darauffolgendem Tanz bietet gute Unterhaltung. Wir laden unsere Kollegen und Freunde mit Angehörigen freundlichst ein. 3794.2

Eintritt für Herren 30 Pfg., Damen frei. Tanz 50 Pfg.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Partei Freiburg.

Dienstag, den 17. Oktober, abends halb 9 Uhr,
in der **„Kunst- und Festhalle"**

große

Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:

Die bevorst. Landtagswahlen.

Referent: 3862.3

Reichstagsabg. A. Dreesbach aus Mannheim.

Zu dieser Versammlung ist jedermann freundlichst eingeladen.
Genossen agitiert für einen starken Besuch!

Das Wahlkomitee.

Saalbau zum „Roten Löwen" Durlach.

Sonntag den 15. Oktober 1905

Grosses hum. Gesangs-Konzert

veranstaltet von den

Humoristen Fröhlich-Stauch

mit Unterstützung des **Quartett-Vereins Durlach.**

Anfang 8 Uhr. **Eintritt 20 Pfg.**

NB. Als Neuheit: „Eine sonderbare Blutvergiftung an de Füß" (vor 4 Wochen hier passiert.) 3893

Sonntag den 15. Oktober, nachmittags punkt 3 Uhr

auf der Karlsruher Radrennbahn

Durlacher Allee ✠ Straßenbahn-Haltestelle

Kampf um den grossen Preis von Baden.

Dauerfahren über 80 Km. sowie Flieger- u. Motor-Rennen.

Vorverkauf zu ermässigten Preisen an den durch Plakate erkenntlichen Vorverkaufsstellen.

3836

Während der Rennen Konzert. **Näheres siehe Anschlagsäulen.**

Letztes Rennen in dieser Saison!

Samstag d. 14. Oktober
Sonntag d. 15. Oktober
Montag d. 16. Oktober

Lebensmittel

Von heute ab jeden nachmittag 5 Uhr: **Warmen Schinken in Brotteig gebacken** ¼ Pfund **50** Pfg.

Extra-Preise:

3892

Wurstwaren

Fst. Braunschw. Cervelatwurst	Pfd.	1.65
„ „ Salami	„	1.55
„ Holsteiner „	„	1.45
„ Braunschw. Mettwurst	„	1.25
„ „ Fleischwurst	„	1.00
„ „ Rotwurst	„	75 ₰
„ „ Sülze	„	1.00
„ Frankf. Leberwurst	„	1.10
„ Hallesche „	„	1.10
„ Sard.- u. Trüffel-Leberw.	„	1.30
„ Landjäger	Paar	22 ₰
„ Villinger Würstchen	„	22 ₰
„ Frankfurter „	„	26 ₰
„ Stuttgarter „	„	12 ₰
Nußschinken	Pfd.	1.40
Geräucherte Gänsebrust	„	1.95

Käse

Feinster Schweizer	Pfd.	95 ₰
„ Tilsiter	„	90 ₰
Echter Camembert	Stück	43 ₰
„ Neuchateler	„	22 ₰
„ Gervais	„	30 ₰
Kräuterkäse	„	9 ₰
Pumpernickel in Scheiben	Paket	18 ₰
Pumpernickel in Stücken	„	16 ₰
Marmelade in 10 Pfd.-Eimern		1.90
Marmelade in 5 Pfund-Töpfen		1.15
Zwetschgen-Marmelade in 10 Pfd.-Eim.		2.00
Rheinisches Apfelkraut	Dose	42 ₰
Neue Kranzfeigen	Pfd.	24 ₰
„ Para-Nüsse	„	52 ₰
„ Maronen	„	22 ₰
Wizemanns feinste Palmbutter	Pfd.	58 ₰

Fisch- und Rauchwaren.

Geräucherter Lachs	¼ Pfd.	40 ₰
Kieler Bücklinge	6 Stück	25 ₰
Kieler Sprotten	Pfund	90 ₰
Krabben in Dosen	Dose	38 ₰
Oelsardinen	Dose	28, 48, 78 ₰
Russische Sardinen	Glas	28 ₰
Anchovis	Glas	28 ₰
Heringe in Gelée	Dose	38 ₰
Aal in Gelée	Dose	78 ₰
Bismarckheringe	Dose	52 ₰
Rollmops	Dose	48 ₰
Hummern	Dose	1.90
Kakao, garantiert rein	Pfund	1.05
Schokolade, garantiert rein,	„	68 ₰
Friedrichsdorfer Zwieback	Paket	11 ₰
Frühstücks-Cakes	Pfund	48 ₰
Thee in bekannt feinen Mischungen, ¼ Pfd.-Pakete		45, 54, 65, 85, 110 ₰

Weine

Kaiserstühler, rot und weiß	Flasche	48 ₰
Zeller Rotwein	Flasche	78 ₰
Medoc	„	1.05
Zeltinger	„	73 ₰
Piesporter	„	80 ₰
Niersteiner	„	90 ₰
Portwein	Flasche	98 ₰
Samos	„	90 ₰
Ungarwein	„	1.35
Malaga	„	1.35
Sherry	„	1.35

Kupferberg Gold
Curgeff grün
Henkel trocken
¼ Flasche
— 3.75. —

Welt-Likör	Flasche	58 ₰
Familien-Likör	„	1.10
Gilka	„	1.55
Wampes Halb und Halb	„	1.50
Echten Steinhäger	„	1.70
Cognac ¼ Fl. 1.50	½ Fl.	80 ₰
„ alt ¼ Fl. 2.00	½ Fl.	1.10
„ Libby	¼ Fl.	2.60

Preisermäßigung für Zucker: Würfel Pfd. **22** Pfg., gemahl. Zucker Pfd. **21** Pfg.

Geschwister Knopf.

Bekanntmachung.

Wir machen unsere Wasserabonnenten darauf aufmerksam, daß gemäß der §§ 39—41 der Wasserbezugsordnung für unvermietet leerstehende Wohnungen Wassergeldrückersatz gewährt wird, sofern die in den bezeichneten Paragraphen erwähnten Voraussetzungen zutreffen und die An- und Abmeldungen rechtzeitig besorgt werden.

Gleichzeitig machen wir auf § 14 der Wasserbezugsordnung aufmerksam, wonach jede, die Berechnung des Wassergeldes beeinflussende Aenderung an der Leitung oder im Wasserbezug anzuzeigen ist.

3810 **Städtisches Wasserwerk Karlsruhe.**

An die Parteigenossen von Freiburg!

Parteigenossen, die am **Montag feiern,** werden gebeten, schon **nachmittags** mit der **Flugblattverbreitung** zu beginnen.

Die Flugblätter für die Stadt sind am **Montag** in der Restauration Vöttiner, Löwenstraße, abzuholen. 3894

Die Flugblätter für das Land sind **heute abend** und **morgen früh** in der Restauration zur Stadt Belfort (früher Schwanke) abzuholen und zwar möglichst heute abend. Bleibe keiner zurück!

Durlach.

Wirtschaftsübernahme u. Empfehlung.

Einem titl. hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebenste Mitteilung, daß ich die

Wirtschaft zum Tannhäuser

Ecke Lamm- und Spitalstraße übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch Verabreichung von nur guten Speisen und Getränke (ff. Seldeneckscher Bier) die Zufriedenheit meiner Gäste zu erwerben. **Nebenzimmer mit Klavier und Billard.**

3842 Achtungsvoll

Johann Merkle, früher „zum Waldhorn".

Engros! Schneider-Artikel! En detail!

Zur jetzigen Saison empfehle mein gut assortiertes Lager in sämtlichen **Futterartikeln, Fournituren, Bügelutensilien u. s. w.**

Peter Meess, Karlsruhe,
3852 **Herrenstraße 42.**

Vereinsbank Karlsruhe.

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht

Karlsruhe, 1 Kreuzstrasse 1

gewährt ihren Mitgliedern
Vorschüsse auf bestimmte Zeit,
Kredite in laufender Rechnung
und
diskontirt Wechsel;
sie besorgt
An- und Verkauf von Effekten u. dergl.,
Umwechselung von Zins- und Dividenden Scheinen und fremden Geldsorten,
Einholung neuer Coupons- und Dividendenbonge, Umtausch von Interimsscheinen in definitive Stücke u. dergl.
Einkassierung von Wechseln,
Auszahlungen und Wechsel nach europäischen, amerikanischen und allen sonstigen fremden Plätzen.
Dieselbe nimmt auch von Nichtmitgliedern
Baareinlagen auf Check-Konto, auf Sparbuch und mit längerer Kündigung,
sowie
verschlossene und offene Depôts zur Verwahrung und Verwaltung unter voller Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes;
sie vermiethet
in ihrer unter Anwendung aller Erfindungen und Fortschritte der Kassenbautechnik neuerbauten

Stahlkammer

Schrankfächer, zur Aufbewahrung von Dokumenten Werthpapieren, Edelmetallen u. Schmuckgegenständen bestimmt unter Selbstverschluss der einzelnen Miether.

Hafer-Mastgänse, junge, fette, 8—10 Pfd. schw., das Pfd. 42—44 ₰, Enten 54—56 ₰, kleine Brustfedern in allen Daun. 225 Mk. vers. Besitz. **E. Klapschuweit, Gr. Friedrichsdorf (Ostpr.).** 3888

3 u. 4 Zimmerwohnungen

Mühlburg, Geibelstraße 1 a, per sofort oder später zu vermieten. Näh. daselbst, 2. Stock. 1780

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 239. Zweites Blatt. Karlsruhe, Samstag den 14. Oktober 1905. 25. Jahrgang.

Wie ein Katholik den Kapitalismus kritisiert.

Keine Literatur ist so reich an Gedanken und Auslassungen, die sich gegen die eigenen Taten ausschlachten lassen, wie die des Zentrums, und nichts ist lehrreicher, wenn man die heutige Zentrumspolitik verstehen und würdigen will, als einen Blick in die älteren Zentrumsschriften zu werfen. Eine der Anfang der 90er Jahre meist verbreiteten Broschüren ist „Der rote Doktor Quacksalber.“ Das Elaborat, das vierte der Flugschriften des Volksvereins für das katholische Deutschland, im Verlage der Germania Berlin erschienen, beginnt mit einer Schilderung unserer Lage. Die an den bestehenden Zuständen geübte Kritik ist so scharf, daß sie jedem Sozialdemokraten Ehre machen würde und es sich verlohnt, ausführlicher an sie zu erinnern.

Geld, so heißt es hier, gibts genug in der Welt; der Fehler ist nur, daß die meisten Leute keins haben. Geld und Gut sind eben viel zu ungleich unter die Menschen ausgeteilt. Gleich verteilt waren sie nie und gleich verteilt werden sie auch nie sein, einfach deshalb, weil die Leute nie gleich fleißig, gleich geschickt und gleich sparsam waren und jemals sein werden. Aber so steinreich

die Not treibt ihn heraus aus seinem Neste und er wandert fort von Haus und Hof der Stadt zu und nimmt nichts mit als den Groll im Herzen und die Schande am Rücken. Ein mühseliges Leben wartet auf ihn am Stadttor; er geht in die Fabrik als Tagelöhner oder macht bei den Juden den Unterhändler; der freie Bauer ist zum unzufriedenen Proletarier, zum ausgesäckelten Habenichts geworden ...

Den Bauersmann drückt die Schuldenlast zu Boden, den kleinen Gewerbsmann bringt die Maschine um Brot und Freiheit. Die Maschine steht im Dienste des Reichtums. So ein Ungetüm, das von glühenden Kohlen lebt und mit eisernen Knochen Tag und Nacht fortarbeitet, liefert in einer Stunde mehr Waren, als hundert Menschenhände in einer Woche fertigbringen. Dieses eiserne Räderwerk arbeitet so rasch und billig, daß der Kleinmeister nicht mehr mittun kann. Er muß zurückbleiben wie der Krüppel, der mit der Lokomotive wettlaufen wollte. So verliert der freie Meister Kundschaft und Brot, er muß seine Werkstätte zusperren und Lohnarbeiter in der Fabrik werden. Schlechter Geschäftsgang oder auch die Laune eines Fabrikherrn kann ihn alle Tage auf die Landstraße hinauswerfen. Weil der karge Lohn nicht reichen will, müssen auch Weib und

selbst im schlimmsten Falle gesichert, das Glück, von Kapital und Maschine gefressen zu werden.“

Nun, die Mittelstände haben es mit dem Zentrum probiert. Sie haben heute all die schönen Sachen, die das Zentrum ihnen damals so beredt angepriesen hat, sie haben Zwangsinnung, Befähigungsnachweis, Lehrlingsvorschriften — Schutzzoll, Grenzsperre und Seuchengesetz. Die Kur ist versucht, teilweise schon lange Jahre versucht. Hat sie geholfen? Und wer behält Recht: das Zentrum oder die Sozialdemokratie?

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Aussperrung aller Weber und Weberinnen in Gera wird durch folgenden Anschlag in den Fabriken angekündigt:

Nachdem bei den Firmen Bardski u. Oeser, W. Theodor Gey, Alfred Münch, Ernst Fr. Weißflog Kündigungen seitens der Arbeiter in größerem Umfange vorgekommen sind, geben wir hiermit bekannt, daß wir uns genötigt (?) sehen,

am 13. Oktober d. J.

gegenüber allen unseren Stuhlarbeitern die Kündigung für den 27. Oktober auszusprechen, falls nicht bis Donnerstag, den 12. Oktober, abends in den genannten 4 Betrieben eine genügende Zahl von Arbeitern sich [illegible] nisses bereit erklärt

[illegible] gischer Webereien. Gera. [illegible] rsitzender. [illegible] Weber und Weber- [illegible] nehmer gegen eine [illegible] Geraer Kollegen, die

[illegible] errung ist es bei [illegible] -Linden gekommen. [illegible] ion zugemutet, die [illegible] , worauf ihnen die [illegible] nn wurde an die [illegible] Streikarbeit zu ver- [illegible] das Ansinnen der [illegible] e Kesselschmiede — [illegible] r geworfen wurden. [illegible] gleiche mit den 39 [illegible] aus der Fräserei [illegible] iese erklärten, nicht [illegible] Streikbrecher aus [illegible] . 1200 Mann aus- [illegible] listenmanieren sei [illegible] unde, in der den [illegible] „Wenn Ihr für [illegible] eid Ihr entlassen“, [illegible] einer Sitzung in [illegible] aß der Bruttoge- [illegible] rk beträgt gegen [illegible] 000 Mark mehr. [illegible] nd Gewinnanteile [illegible] Mark verwandt; [illegible] n Vorjahre, ver- [illegible] 10 Mark auf neue [illegible] auf die Straße [illegible] en Lohn um 10 [illegible] eiten etwa 2000 [illegible] sie mehr er- [illegible] ist, das macht [illegible] iesen Mehrwert [illegible] he, Kapitalisten, [illegible] um Bau einer

[illegible] e der Unter- [illegible] es Arbeitgeber- [illegible] schweig ist u. a. [illegible] n: [illegible] rung gebracht, [illegible] eitarbeiten an [illegible] weil diese

[illegible] n den Ehren- [illegible] tete ihr Ge- [illegible] Versen ernst [illegible] den Glas- [illegible] s und links [illegible] ewunderung [illegible] Am meisten [illegible] tische. Die [illegible] ischlin ver- [illegible] n, und es [illegible] ie in der [illegible] er näher [illegible] ihre ehr- [illegible] hoben von [illegible] eine treu- [illegible] e an das [illegible] sie weiter [illegible] n, [illegible] er am [illegible] zog die [illegible] heraus [illegible] ch die [illegible] eichen. [illegible] einen [illegible] hat. [illegible] ohne [illegible] rung; [illegible] auf.

(Schluß folgt.)

ihren Leuten freiwillige Lohnzugeständnisse gemacht haben.“

Das ist allerdings unerhört, daß Unternehmer, ohne erst die Stadt um Erlaubnis zu fragen, ihren Arbeitern den Lohn aufbessern. Das muß bestraft werden — man entzieht ihnen die Arbeit. Man „begründet“ das dann wahrscheinlich damit, daß die Stadt schließlich ein paar Pfennige für die Arbeiten mehr zahlen müsse. Fürwahr, eine ähnlich rückständige und unsoziale Handlungsweise dürfte denn doch trotz allem, was man schon erlebt hat, noch nicht dagewesen sein. Das Dokument verbohrtester Kommunalpolitik sollte den Arbeitern aller Orten eindringlich predigen, von welch ungeheurer Wichtigkeit für ihre ureigensten Interessen ihr Einfluß auf die kommunalen Dinge ist.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 12. Okt.

8. Sittlichkeitsverbrechen.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit kam als letzter Fall der gegenwärtigen Schwurgerichtssession die Anklage gegen den 31 Jahre alten

Maurer Karl Julius Schell

aus Offenau (Württemberg) wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Verhandlung. Dem Angeschuldigten wurde zur Last gelegt, daß er am 28. Juli, nachts 11 Uhr, auf dem Weiherberg zu Pforzheim die auf dem Heimwege befindliche Kellnerin Karoline Rieger in der Weiherbergstraße überfallen und an ihr das Verbrechen der Notzucht zu verüben versucht habe. Der Angeschuldigte bestritt, die ihm zur Last gelegte Tat verübt zu haben. Er erklärte, daß er der Mann nicht gewesen sei, der das Sittlichkeitsattentat an der Rieger begangen. Er sei am 28. Juli nicht auf dem Weiherberg gewesen. Am Abend jenes Tages habe er sich in verschiedenen Wirtschaften aufgehalten in Gesellschaft von Bekannten. Um 12 Uhr sei er dann nach Hause gegangen. Von dem Vorfall auf dem Weiherberg wisse er nichts.

Am Abend des 28. Juli wurde in Pforzheim in der Weiherbergstraße die dort wohnende Kellnerin Rieger, die sich von einem Einkaufe nach Hause begab, von einem Manne angefallen und zu vergewaltigen versucht. Seinen Zweck erreichte der Angreifer nicht, da die Rieger laute Hilferufe ausstieß, auf die mehrere Bewohner der in der Nähe liegenden Häuser herbeieilten. Die Rieger hatte bei der damals herrschenden Dunkelheit das Gesicht des Angreifers nicht erkannt. Es fehlte überhaupt jeder Anhaltspunkt dafür, wer dieses gemeine Rohheitsdelikt ausgeführt haben könnte. Eine Spur, die zufällig gefunden wurde, lenkte den Verdacht auf Schell. Zur Abendzeit des 28. Juli trieb sich ein Mann auf dem Weiherberg herum, der sich später eine Zeit lang auf der Weiherbergwiese niederlegte und dort ein Schriftstück zerriß, dessen Teile er in eine nahe Hecke warf. Zwei 13jährige Mädchen hatten diesen an sich unbedeutenden Vorgang mitangesehen und von demselben, als sie von dem Ueberfall der Rieger hörten, ihren Eltern Mitteilung gemacht, da sie glaubten, daß der ihnen verdächtig erschienene Mann die Tat begangen haben könne. Der Vater des einen Mädchens sammelte andern Tages die Papierfetzen, soweit sie noch vorhanden waren und übergab sie der Polizei. Durch das Zusammensetzen der Papierstücke ergab sich, daß das zerrissene Schriftstück eine amtliche Vorladung für Schell zu einem Gerichtstermin auf 5. Juli war. Es wurde darauf nach Schell geforscht und festgestellt, daß er am 5. Juli vom Schöffengericht Pforzheim wegen Diebstahls zu einer mehrwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, die er am 19. Juli verbüßt hatte.

Am 22. Juli trat Schell bei dem Maurermeister Engel in Pforzheim in Arbeit. Aber schon am 2. August verließ er wieder diese Arbeitsstelle und verschwand aus Pforzheim. Sein Aufenthalt wurde einige Zeit darnach in Neckarsulm ermittelt, wo dann seine Festnahme erfolgte. Von Anfang an und auch heute leugnete der Angeklagte. Er machte in der Voruntersuchung umfangreiche Angaben über sein Tun und Lassen am 28. Juli, die sich auf Grund der angestellten Erhebungen als vollkommen unwahr erwiesen. Auch die von ihm zur heutigen Verhandlung geladenen Zeugen, die Aufschluß über seinen Aufenthalt am Abend des 28. Juli geben

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hoftheater. Ibsen's Schauspiel **„Stützen der Gesellschaft“**, das seit Ende der 1878er Jahre hier nicht mehr gegeben wurde, ging gestern „neu einstudiert“ über die weltbedeutenden Bretter unserer Hofbühne. In diesem Stücke, das Ibsen noch vor Nora schrieb, ist er noch nicht der Verkündiger moderner Ideen, grüblerischer und pessimistischer Symbolik, wie in seinen späteren Werken, aber er hat mit ihm schon sein eigenstes Gebiet, die moderne Gesellschaftskritik, betreten. Die Stützen der Gesellschaft sind auch heute noch ein zeitgemäßes Bild, und sein Unterschied gegen die späteren Werke dieses Genres ist nur der, daß nach der Anlage der Hauptperson das Drama nicht mit einem Sprung ins Wasser, nicht durch eine Katastrophe endet, sondern versöhnlich ausläuft.

Wenn man sich also mit der schwachen Sühne des 4. Aktes begnügen will, so kann man sich den vollen Griff, den der Dichter in das faule soziale Leben der Gegenwart macht, schon gefallen lassen. Die Hauptfiguren sind prächtig gemalt, andere indessen, wie z. B. Dina Dorp, nur skizzenhaft getroffen, aber trotzdem geht ein frischer Zug durchs Gesamtbild wie durch die Aufführung selbst.

Die Vorstellung war aus einem Guße und die Regie des Herrn Intendanten Wassermann hatte ein Uebriges getan, dem Stücke durch sorgfältiges Studium den Erfolg zu sichern; die szenische Ausstattung war eine durchaus tadellose, dem Geschmacke und dem Charakter der Handlung und ihrer Zeit entsprechend. Aus dem Milieu des Ensembles ragte besonders die Lona Hessel des Frl. Fraundorfer heraus, die eine sich auf psychologische Wahrheit wie Natürlichkeit und große Innigkeit stützende packende Leistung bot; auch der Konsul Bernick des Herrn Wassermann, sowie der prächtige Naturmensch Johann Tönnesen des Herrn Herz stützten sich auf diese hervorragenden Eigenschaften; Herr Baumbach gab den frömmelnden Rörlund mit viel Geschick und fand den richtigen Ton für diese, sagen wir pastorale Figur. Ein volles Lob gebührt allen übrigen Rollen bis zum jungen Olaf des Herrn Schneider. Es war eine Vorstellung, die das Prädikat mustergiltig ansprechen konnte. Das Publikum nahm das alte aber immer noch wirksame Stück mit viel Teilnahme entgegen.

An die Einwohnerschaft Pforzheims

zur Aufklärung über den Gasarbeiterstreik.

Bereits seit längerer Zeit gärte es im hiesigen Gaswerk. Durch die zum Teil geradezu schweinemäßige Wirtschaftsführung in der Kantine sahen sich die Gasarbeiter zu verschiedenenmalen genötigt, dieserhalb Beschwerde zu führen und zu verlangen, daß das Bier von der Brauerei direkt abgefüllt bezogen werde, um nicht Gefahr zu laufen, mit Schnecken und Käfern in nähere Berührung zu kommen.

Der Vorsitzende der Organisation der Gemeindearbeiter, der zugleich auch Vertreter im Arbeiterausschuß war, wurde mit dem Vortrag der Beschwerde betraut. Darob großer Krakehl in der Kantine. Um den unbequemen Mahner los zu werden, schmiedete man den Plan, durch Zusammentragen von allem möglichen und unmöglichen Material diesen zu stürzen und damit zugleich die Organisation ihres Oberhauptes zu berauben.

Während eines Urlaubs von 4 Tagen, den man **Girrbach** einräumte, gelang der saubere Anschlag, dessen Ausführung der Betriebsingenieur Heinrich und der Vorsitzende der Gaskommission und Pforzheimer Oberscharfmacher Herr C. W. Meier übernahmen. Während man sonst sogar Schwerverbrechern das Recht, sich zu verteidigen, einräumt, wurde Girrbach dieses verweigert.

Der Stadtrat schenkte den Anklagen der Gaskommission Glauben und bestätigte die Entlassung Girrbachs. Gleichzeitig wurde zwar betont, daß das Koalitionsrecht der Gasarbeiter nicht angetastet werden solle, aber nach Lage der Sache ist diese Versicherung kaum richtig ernst zu nehmen.

Eine zur Schlichtung der Angelegenheit entsandte Deputation, bestehend aus Arbeitersekretär Faaß, Stadtverordneter Wettstein und Verbandssekretär Altvater machte den Vermittlungsvorschlag, Girrbach zwar eventl. nicht im Gaswerk, sondern in einem andern städtischen Betrieb weiter zu beschäftigen. Diesem stimmten die anwesenden Herren Bürgermeister, wie auch Herr C. W. Meier zu, welcher dabei versprach, diesen Antrag in der nächsten Stadtratssitzung zu stellen und auch zu vertreten.

Was machte aber Herr Meier in Wirklichkeit? Zu der am 5. September stattgefundenen Stadtratssitzung erschien er einfach nicht.

Jetzt riß den Gasarbeitern der Geduldsfaden und beschlossen dieselben einhellig, unbedingt zu verlangen, daß ihnen bis zum 7. Sept., nachmittags 4 Uhr, Antwort werde.

Der Einberufung einer außerordentlichen Stadtratssitzung wurde nicht stattgegeben und waren deshalb die Gasarbeiter genötigt, ihre Rechte durch Arbeitsniederlegung zu verteidigen.

Einhellig wurde der Beschluß gefaßt:

Am 8. September, morgens 6 Uhr, ruht so lange die Arbeit im Gaswerk, bis der Kollege Girrbach wieder in den Betrieb eingestellt, der Achtstundentag eingeführt und die Kantine in der gewünschten Weise reorganisiert ist.

Die Arbeit ruht nun im Gaswerk und kann damit eventuell auch die gesamte Industrie, die durchweg Gas benötigt, in unliebsame Mitleidenschaft gezogen werden. Mit dem Aushilfsmittel, **Wassergasstoffgas** zu 75 Prozent dem vorhandenen Vorrat von Kohlengas zuzusetzen, werden voraussichtlich die **Goldarbeiter** nicht einverstanden sein, da dieses den nötigen Anforderungen nicht im Geringsten genügen kann. Der von der Gaskommission provozierte Kampf ist nunmehr entbrannt und wird bei der Einmütigkeit der Gasarbeiter auch durchgefochten werden. Von Herrn Bürgermeister Holzwart wurde sogar anerkannt, daß die Leitung der Gemeindearbeiterorganisation das menschenmöglichste getan habe, um die Sache im Frieden zu schlichten.

Die Gaskommission mit Herrn C. W. Meier an der Spitze wollte aber den Krieg und sie soll ihn nunmehr haben.

Der Verband der Gemeindearbeiter. Filiale Pforzheim.

J. A.: Carl Altvater.

Verlag von Carl Altvater. Stuttgart.

Wir können demgegenüber nur auf's allerbestimmteste erklären, daß die Sozialdemokratie unter gar keinen Umständen für die 4. Wagenklasse zu haben ist, also auch nicht für den Nahrerlehr und auch nicht, wenn sie so ausgestattet ist, wie die 3. Klasse. Warum man, den letzteren Fall angenommen, überhaupt eine 4. Klasse braucht, das können wir nicht begreifen.

Auf Zentrumshilfe

hoffen, wie ein Korrespondent der Straßb. Post schreibt, offenbar die Konservativen und zwar sehr bestimmt, denn sonst hätten sie nicht in 13 Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt.

Das haben wir schon lange geschrieben und wer nicht blind war, konnte aus den Artikeln Wackers sich über die Taktik des Zentrums gegenüber den Konservativen schon lange klar sein. Das Zentrum weiß sehr genau, was es will, zum Unterschied vom „Block", der sich über seine Mission, soweit sie außerhalb der Gewinnung von Mandaten liegt, nicht klar ist.

Ein interessanter Brief

noch gegenwärtig die Runde durch die Presse. Verfasser desselben ist der im Schwetzinger Bezirk aufgestellte konservativ-bauernbündlerische Kandidat, Domänendirektor Hoffmann. Der Brief ist an einen Beamten gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Ich ersuche Sie, meiner Wählerversammlung in B. nächsten Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Ochsen allda, anzuwohnen. Ich werde mit Herrn Weidner und Hoffmann und noch einigen anderen Herren der nationalliberalen Partei erscheinen. Ich hoffe, daß auch Sie der Ansicht sind, daß der Block an der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich durch Aufstellung eines Demokraten schwer verfehlt hat. Die Großh. Regierung kann an einem solchen Auswuchs des Nationalliberalismus keine Freude haben und wenn die Bezirksbeamten hie und da dennoch für den Block stimmen, nun dann tun sie es eben aus sich privat und dies kann ihnen niemand wehren, aber als Regierungswillen kann ein solches Verhalten nicht angesehen werden.

Mit dem besten Gruß

B. Hoffmann, Direktor.

Daß Leute mit solch vorsintflutlichen Auffassungen über die Rechte der Beamten als Staatsbürger sich noch ernsthaft als Kandidaten für die Volksvertretung bewerben können, ist ein sehr bedenkliches Zeichen.

Uebrigens standen die Nationalliberalen, solange sie die Macht noch hatten, auf ganz demselben Standpunkt und sie würden ihn auch heute noch verteidigen, wenn sie noch die Macht hätten. Insoweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, verteidigen die Nationalliberalen jetzt noch den Standpunkt, daß ein Staatsbeamter sich nicht zu derselben bekennen darf. Echt nationalliberaler Freiheitsbegriff!

Auf monarchischem Boden

zu stehen, hielt der demokratische Kandidat für Schwetzingen, Herr Ihrig, festzustellen für notwendig. Sonderbar! Früher hörte man von den Demokraten nie solche Beteuerungen. Der Anschluß an den „Block" wirkt nach dieser Richtung hin bei den Demokraten offenbar „erzieherisch".

Ein starkes Stückchen

erlaubte sich nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse der Zentrumskandidat Dekan Dieterle in einer Wählerversammlung in Oberscheidenthal. Nach einem Bericht des „Odenwälder" soll Herr Dieterle u. a. gesagt haben:

Es wäre für die Landwirtschaft ein Unglück, wenn eine große Anzahl Bauern dem Landtag angehören würden. Der Landtag würde dadurch brachgelegt werden. Die Bauern seien nicht imstande, ihr Mandat entsprechend auszuüben (hört, hört!), da hierzu eine akademische Bildung erforderlich sei.

Wir haben mit dem Abdruck der Notiz zugewartet, weil wir sie nicht für glaubhaft hielten und auf ein schleuniges Dementi des Bad. Beobachters warteten. Da aber dieses Dementi gestern ausgeblieben ist, scheint es mit der Nachricht seine Richtigkeit zu haben.

Ob die Bauern sich eine solche Verhöhnung gefallen lassen, wird sich ja bald zeigen. Die Zentrumsbauern werden sich ja schließlich auch den Schimpf ruhig gefallen lassen, umsomehr, als er ja aus dem Munde eines Geistlichen kommt. „Der muß es ja wissen".

Im übrigen sei hier nur bemerkt, daß die akademische Bildung gerade keine besondere Qualifikation zum Volksvertreter abgibt. Im Landtag saßen schon Akademiker und insbesondere auf den Zentrumsbänken, die den Nichtakademikern nicht einmal das Wasser reichen konnten. Es gibt auch unter den Akademikern parlamentarische Nullen.

Zentrum und Eisenbahnreform.

In der Freiburger Zentrums-Versammlung, von der wir vor einigen Tagen berichteten, war es nicht Herr Fehrenbach, sondern Herr Betriebsinspektor Bertram, der sich für die 4. Wagenklasse aussprach. Herr Fehrenbach steht aber sachlich auf dem Standpunkt des Herrn Bertram. Mehr haben wir nicht zu berichtigen. Auf alle Fälle ist dem Zentrum in der Eisenbahnfrage nicht zu trauen.

Blöckler unter sich.

In der Naumannschen „Hilfe" wird über die Gärung innerhalb des Liberalismus geschrieben. Das ärgert die „Freie Deutsche Presse", das Organ Eugen Richters, dermaßen, daß sie in einem Artikel u. a. sagt:

„Nach diesem publizistischen Bubenstück der „Hilfe" machen die übrigen Unwahrheiten, Entstellungen, Beschimpfungen und Verleumdungen einen fast harmlosen Eindruck . . ."

Und so was entrüstet sich dann über den schlechten Ton in der Arbeiterpresse!

Die ärgsten Stänker sind die Freisinnigen.

Landtagswahlbewegung.

Die Konservativen haben in letzter Stunde auch in Karlsruhe-Stadt zwei Kandidaten aufgestellt und zwar im 43. Bezirk (Weststadt) den Rechtsanwalt Kratzer und im 44. Bezirk (Südstadt) den Geistlichen Verwalter Fellmeth.

Den Nationalliberalen also stellen die Konservativen keine Gegenkandidaten gegenüber, sondern nur den Trabanten der Nationalliberalen. Auch sehr bezeichnend. Irgendwelche Bedeutung kommt den konservativen Kandidaturen in Karlsruhe übrigens nicht zu.

Veiertheim. Auf den 11. Oktober hatte die Zentrumspartei eine Versammlung im Löwen nach Veiertheim anberaumt, und zwar auch für Bulach. Die Einberufer kalkulierten wohl ganz richtig, daß die Versammlung seitens der Zentrumsanhänger schlecht besucht sein werde. Der Renommierarbeiter-Zentrumskandidat Belzer hat mit seinen eingelernten Sprüchlein aus der München-Gladbacher Schule bis jetzt wenig Anziehungskraft ausgeübt und auch die faustdicken Lügen seiner geistlichen Helfershelfer über die Sozialdemokratie, sowie die Kniffe der ihn begleitenden Rechtsanwälte können die Suppe nicht fett machen. Es waren mit Ach und Krach, die Belzersche Gefolgschaft miteingerechnet, ca. 30 Zentrumsbrüder anwesend, als der sanfte Heinrich die Versammlung eröffnete und das Kartoffelgraben als Grund für den sehr verspäteten Beginn der Versammlung bezeichnete. Sodann geruhte er, für die Diskussionsredner 15 Minuten Redezeit zu gewähren, worauf seitens der inzwischen außerordentlich zahlreich herbeigeströmten Sozialdemokraten ein energisches Oho erfolgte. Sichtlich entrüstet ob solcher frechen Kritik rief der sanfte Heinrich den Kritikern zu: Was, Oho? Da gibt's kein Oho! Nun aber brach der Sturm los und unter allgemeinem Oho verließ die Opposition die Versammlung, begleitet von den Segenswünschen (?) des Kaplans und des Zentrumskandidaten und begab sich zum „Schnapsjörg". Dort saß in aller Ruhe der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lutz, der soeben eine Entdeckungsreise nach Vereinslokalen beendigt hatte. Das gab nun ein äußerst vergnügtes Wiedersehen, besonders da von Zeit zu Zeit Bericht über den trübseligen Gang der Zentrumsversammlung im Löwen erstattet wurde. Nachdem der Arbeitergesangverein ein Lied gesungen, wurde sofort eine Versammlung arrangiert, die außerordentlich begeistert verlief und Zeugnis gab von der kampfesmutigen Stimmung, die unter unseren Genossen in Veiertheim herrscht. Allgemein war man sich darüber einig, alle Kräfte aufzubieten, damit wenn am Wahltag die schwarze Gesellschaft den Sieg in Veiertheim davonzutragen glaubt, ihr in die Ohren schallt ein donnerndes „Oho", der Schlachtruf der Veiertheimer Sozzen!

Knielingen. Am Donnerstag Abend hielt hier der „Block" eine Wahlversammlung ab, die aber in der Mehrzahl von unsern Genossen und auswärtigen Gästen besucht war. Der nationalliberale Kandidat Bürgermeister Reck von Eggenstein hielt eine längere Rede, in welcher er sein „Programm" entwickelte. In der Diskussion trat ihm Genosse Hansler entgegen. Er verwies auf die Politik der Halbheit des Liberalismus, insbesondere im Kampfe gegen die ultramontane Gefahr. Herr Rechtsanwalt Heinsheimer entgegnete und, wie wir anerkennen, in sehr sachlicher Weise. Er meinte, die Trennung der Kirche vom Staate würde dem Volke noch mehr kosten als der heutige Zustand. (Aber Herr Heinsheimer! Diese Frage ist doch keine solche, die sich um den Kostenpunkt dreht. Red. d. V.) Inbezug auf die Sozialdemokratie sprach Herr Heinsheimer die Hoffnung aus, daß die Zeit kommen möge, wo der Liberalismus und die Sozialdemokratie gemeinsam gegen den Ultramontanismus kämpfen. Dies wäre aber erst möglich, wenn die Sozialdemokratie hinsichtlich der nationalen Fragen eine andere Stellung einnehme. (Herr Heinsheimer! Zwischen der sozialdemokratischen und nationalliberalen Auffassu[illegible] über die nationalen Pflichten besteht ein so himmelw[illegible] Uebereinstimmung gar [illegible] von vielem anderen, spie[illegible] große Rolle.) Wenn einmal [illegible] begeisterung aus ihre[illegible] wollen wir darüber un[illegible] Heinsheimer, bleibts be[illegible]

Ein Herr aus Karls[illegible] tiven Kandidaten eine[illegible] wurde aber von aller[illegible] 19. Oktober wird zeige[illegible] teien immer mehr ins [illegible] ernt seine „Freunde" [illegible]

? **Radolfzell.** I[illegible] Versammlung trat u[illegible] beiter auf. Solche[illegible] geworden, man kann[illegible] Geld sehen lassen. [illegible] aber ist, daß dieser [illegible] einen 20prozentigen L[illegible] Dem Manne wird [illegible] trieben sein.

Deu[illegible]

Vom mil[illegible]

Man schreibt d[illegible]

Die Erörterun[illegible] deutschen Gefäng[illegible] im bekannten P[illegible] bedürftigkeit de[illegible] wiesen hat. Ab[illegible] vollzug wird m[illegible] den haben, denn[illegible] gelangt ist, läßt[illegible] was man nicht [illegible] lieren vermag.

In der frei[illegible] längere Schilde[illegible] des entnehmen[illegible] webels kräfti[illegible] wegen Fahnen[illegible] fängnis, [illegible] wieder in die[illegible] Hauptmann a[illegible] geschickt, da er[illegible] zufangen wär[illegible] dort ein Skel[illegible] bekannten Bi[illegible] erinnert. Di[illegible] Wangen eing[illegible] **Sack über de[illegible] heben.** Di[illegible] Seiten gekri[illegible] zuknicken. [illegible] rend in tau[illegible] Weise, wie[illegible] findet. D[illegible] **Speisen üb[illegible]** tene Nahru[illegible] Stühlen tä[illegible] geben ist z[illegible] behält. E[illegible] **Monaten [illegible] brochen ist** [illegible]

Ein fur[illegible] entrollt, d[illegible] stellung d[illegible] tung ein[illegible] hat. Lei[illegible] diese Sch[illegible] sich der A[illegible] nur die[illegible] gefängni[illegible] auch ohn[illegible] artigen [illegible] der Sa[illegible] könnte [illegible] entstehe[illegible] und di[illegible] scheuen [illegible] annehm[illegible] suchun[illegible]

Der [illegible] in E[illegible] ausfa[illegible] werden, [illegible] positive Vorschlag der gemacht [illegible] schluß an das Zentrum! Dagegen erhob sich Widerspruch; schließlich tröstete man sich mit der stolzen Feststellung, daß man bei tüchtiger Arbeit — vorläufig immerhin noch das Zünglein an der Wage bilde. — Ein süßer Trost für eine im Essener Kreis noch vor kurzen Jahren allmächtige Partei.

Die Reichstagswahl in Kattowitz-Zabrze

(Oberschlesien) hatte ein überraschendes Ergebnis. Nach der amtlichen Zusammenstellung erhielten Korfanty (rad. Pole) 23 208, Kapitza (Zentrum) 8100, Voltz (lib.) 7682 und Morawski (Soz.) 4780 Stimmen. Korfanty ist somit gewählt. — Bei der Wahl im Jahre 1903 fielen auf den Kandidaten des Zentrums 19 992, auf Korfanty 11 670, den Sozialdemokraten 10 044 und den damaligen freisinnigen Kandidaten 3033 Stimmen. In der Stichwahl stimmten damals die Sozialdemokraten für Korfanty. Gestern haben viele unserer Wähler, um eine Stichwahl zwischen Korfanty und dem Zentrum zu vermeiden, offenbar für den Polen gestimmt, anders läßt sich die geringe Stimmenzahl Morawskis nicht erklären. Der Rückgang der Zentrumsstimmen von fast 20 000 auf etwas über 8000 Stimmen — und das, obwohl die Partei einen Kandidaten polnischer Nationalität präsentiert hatte, läßt darauf schließen, daß es mit der Herrlichkeit derer um Ballestrem im oberschlesischen Industrierevier zu Ende geht.

Aus der Partei.

Grünwinkel, 14. Okt. Wir machen auch an dieser Stelle aufmerksam, daß heute Abend 8 Uhr im Gasthaus zum Bad. Hof eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet, in welcher unser Kandidat, Genosse Lutz aus Baden, referieren wird.

Ettlingen, 14. Okt. Auch an dieser Stelle machen wir auf die morgen (Sonntag) Abend bei Traut stattfindende Volksversammlung aufmerksam. Es ist dies die letzte vor der Wahl. Deshalb müssen die Genossen es sich zur Pflicht machen, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Landtagsabg. Schmitt aus München und der Kandidat für den 46. Bezirk, Genosse Müller, werden sprechen.

S. V. **Bruchsal,** 14. Okt. Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, erscheint heute Abend im Einhorn, morgen in der Frühe soll das Flugblatt zur Verteilung gelangen. Gleichzeitig machen wir auf die heute Abend in der Brauerei Gebhard stattfindende Versammlung aufmerksam. Unser Kandidat Genosse Willi wird sprechen.

Blankenloch, 13. Okt. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet hier im Gasthaus zum Bahnhof eine Wählerversammlung statt, desgleichen abends 7 Uhr in Büchig im Grünen Baum. Referenten sind in beiden Versammlungen Landtagskandidat Wilhelm Schäufele aus Rintheim und Genosse Girolla aus Bruchsal.

Die Parteigenossen werden in beiden Orten aufgefordert, [illegible] agitieren und [illegible]

Der Stadtrat wird ferner beauftragt, sich namens der Stadt Pforzheim allen Schritten anzuschließen, welche seitens der Städte des engeren oder des ganzen Vaterlandes unternommen werden zur baldigsten Beseitigung des unerträglichen Notstandes."

Pforzheim, 13. Oktober 1905.

Die Debatte zeigte vollständige Uebereinstimmung über die Tatsache der Fleischnot und Fleischteuerung, sowie auch über die Ursachen derselben.

Der Oberbürgermeister erstattete Bericht über die Unterredung der drei badischen Oberbürgermeister mit dem Minister Schenkel, der erklärt habe, Baden könne deshalb in der Sache nichts tun, weil es nicht an einer Grenze liege, die für die Oeffnung in Betracht komme. In der Schweiz, als einzigem angrenzenden Staat, werde nur Zuchtvieh produziert. Es könne nur durch die gesamten Bundesstaaten vorgegangen werden; die wollten aber nicht viel damit zu tun haben. Wenn nur ein Bundesstaat beim Reichskanzler vorstellig werde, nütze das nicht viel.

Der Oberbürgermeister steht auf dem Standpunkt, daß nur von einem Vorgehen der deutschen Städte etwas zu erhoffen sei. Der Stadtrat habe deshalb beschlossen, der Vereinigung deutscher Städte beizutreten. Für ihn sei klar, daß man bei Auftreten der Teuerung sofort das Einfuhrkontingent aus Rußland hätte ganz bedeutend erhöhen müssen. Er könne nicht einsehen, daß es für die Seuchengefahr ein Unterschied sei, ob 1360 oder 2500 Schweine hereingelassen werden.

Um der Teuerung in Pforzheim etwas zu steuern, werde der Stadtrat bis auf weiteres Dienstag und Freitag einen Seefischmarkt abhalten lassen.

Der Stadtverordneten-Obmann Gesell erinnerte daran, daß Baden der erste Staat gewesen sei, welcher veterinärpolizeiliche Maßnahmen gegen die Seuchenein-schleppung durchgeführt habe. Die Agrarier hätten sich dies jedoch zunutze gemacht und mit der „Gefahr" so stark gearbeitet, daß eine riesige Preissteigerung die Folge gewesen sei. Auch die Angst vor dem amerikanischen Büchsenfleisch usw. sei dazu benutzt worden. Soviel Geld schon zur Aufsuchung von Trichinen verwendet worden sei, so wenig habe man gefunden. Die Erhöhung des russischen Einfuhrkontingents um 200 Schweine monatlich sei angesichts des riesigen Verbrauchs allein der Stadt Berlin ein offener Hohn. Man müsse daran gehen, in den Gemeindeverwaltungen die Zucht von Schweinen in die Hand zu nehmen.

Stadtv. Kaiser verspottete die Antwort des bad. Ministers.

Genosse Müller hob hervor, daß das Einfuhrverbot nur eine Begleiterscheinung des großen Raubzugs der Agrarier sei, der am 14. Dezember 1903 unter Bruch der Geschäftsordnung begonnen, und zwar unter Assistenz derselben Nationalliberalen, die heute so gegen die Folgen des damaligen Volksverrats zu Felde ziehen. Wir schlössen uns der Resolution an, obgleich sie uns nicht scharf genug sei. Er müsse aber noch auf den großen Widerspruch hinweisen, daß man aus einer Stadt eine solche Resolution an den Reichskanzler absende, in welcher noch wie hier ein so hohes Oktroi erhoben werde. Es müsse verlangt werden, daß auch hier eine Aenderung getroffen wird.

Eine einzige Stimme, der Stadtv. Elsäßer, der [illegible] erhob sich, um darzutun, daß die [illegible] regeln einzutreten.

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 239. Zweites Blatt. Karlsruhe, Samstag den 14. Oktober 1905. 25. Jahrgang.

Wie ein Katholik den Kapitalismus kritisiert.

Keine Literatur ist so reich an Gedanken und Auslassungen, die sich gegen die eigenen Taten ausschlachten lassen, wie die des Zentrums, und nichts ist lehrreicher, wenn man die heutige Zentrumspolitik verstehen und würdigen will, als einen Blick in die älteren Zentrumsschriften zu werfen. Eine der Anfang der 90er Jahre meist verbreiteten Broschüren ist „Der rote Doktor Quacksalber." Das Elaborat, das vierte der Flugschriften des Volksvereins für das katholische Deutschland, im Verlage der Germania Berlin erschienen, beginnt mit einer Schilderung unserer Lage. Die an den bestehenden Zuständen geübte Kritik ist so scharf, daß sie jedem Sozialdemokraten Ehre machen würde und es sich verlohnt, ausführlicher an sie zu erinnern.

Geld, so heißt es hier, gibts genug in der Welt; der Fehler ist nur, daß die meisten Leute keins haben. Geld und Gut sind eben viel zu ungleich unter die Menschen ausgeteilt. Gleich verteilt waren sie nie und gleich verteilt werden sie auch nie sein, einfach deshalb, weil die Leute nie gleich fleißig, gleich geschickt und gleich sparsam waren und jemals sein werden. Aber so steinreich

die Not treibt ihn heraus aus seinem Neste und er wandert fort von Haus und Hof der Stadt zu und nimmt nichts mit als den Groll im Herzen und die Schande am Rücken. Ein mühseliges Leben wartet auf ihn am Stadttor; er geht in die Fabrik als Tagelöhner oder macht bei den Juden den Unterhändler; der freie Bauer ist zum unzufriedenen Proletarier, zum ausgesackelten Habenichts geworden ...

Den Bauersmann drückt die Schuldenlast zu Boden, den kleinen Gewerbsmann bringt die Maschine um Brot und Freiheit. Die Maschine steht im Dienste des Reichtums. So ein Ungetüm, das von glühenden Kohlen lebt und mit eisernen Knochen Tag und Nacht fortarbeitet, liefert in einer Stunde mehr Waren, als hundert Menschenhände in einer Woche fertigbringen. Dieses eiserne Räderwerk arbeitet so rasch und billig, daß der Kleinmeister nicht mehr mittun kann. Er muß zurückbleiben wie der Krüppel, der mit der Lokomotive wettlaufen wollte. So verliert der freie Meister Kundschaft und Brot, er muß seine Werkstätte zusperren und Lohnarbeiter in der Fabrik werden. Schlechter Geschäftsgang oder auch die Laune eines Fabrikherrn kann ihn alle Tage auf die Landstraße hinauswerfen. Weil der karge Lohn nicht reichen will, müssen auch Weib und

selbst im schlimmsten Falle gesichert, das Glück, von Kapital und Maschine gefressen zu werden."

Nun, die Mittelstände haben es mit dem Zentrum probiert. Sie haben heute all die schönen Sachen, die das Zentrum ihnen damals so beredt angepriesen hat, sie haben Zwangsinnung, Befähigungsnachweis, Lehrlingsvorschriften — Schutzzoll, Grenzsperre und Seuchengesetz. Die Kur ist versucht, teilweise schon lange Jahre versucht. Hat sie geholfen? Und wer behält Recht: das Zentrum oder die Sozialdemokratie?

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Aussperrung aller Weber und Weberinnen in Gera wird durch folgenden Anschlag in den Fabriken angekündigt:

Nachdem bei den Firmen Bardski u. Oeser, W. Theodor Gey, Alfred Münch, Ernst Fr. Weißflog Kündigungen seitens der Arbeiter in größerem Umfange vorgekommen sind, geben wir hiermit bekannt, daß wir uns genötigt (?) sehen,

am 13. Oktober d. J.

gegenüber allen unseren Stuhlarbeitern die Kündigung für den 27. Oktober auszusprechen, falls nicht bis Donnerstag, den 12. Oktober, abends in den genannten 4 Betrieben eine genügende Zahl von Arbeitern sich

tnisses bereit erklärt

gischer Webereien.
Gera.
rsitzender.
e Weber und Weber-
rnehmer gegen eine
Geraer Kollegen, die

errung ist es bei
r-Linden gekommen.
ion zugemutet, die
, worauf ihnen die
nun wurde an die
Streikarbeit zu ver-
das Ansinnen der
e Kesselschmiede —
r geworfen wurden.
gleiche mit den 39
aus der Fräserei
iese erklärten, nicht
Streikbrecher aus
. 1200 Mann aus-

alistenmanieren sei
unde, in der den
„Wenn Ihr für
seid Ihr entlassen",
einer Sitzung in
daß der Bruttoge-
Mark beträgt gegen
7 000 Mark mehr.
und Gewinnanteile
7 Mark verwandt;
im Vorjahre, ver-
4,10 Mark auf neue
n auf die Straße
den Lohn um 10
rbeiten etwa 2000
ben sie mehr er-
hlt ist, das macht
Diesen Mehrwert
asche, Kapitalisten,
beim Bau einer

sche der Unter-
des Arbeitgeber-
aunschweig ist u. a.
nden:
innerung gebracht,
einmeyarbeiten an
ibt, weil diese

ihren Leuten freiwillige Lohnzugeständnisse gemacht haben."

Das ist allerdings unerhört, daß Unternehmer, ohne erst die Stadt um Erlaubnis zu fragen, ihren Arbeitern den Lohn aufbessern. Das muß bestraft werden — man entzieht ihnen die Arbeit. Man „begründet" das dann wahrscheinlich damit, daß die Stadt schließlich ein paar Pfennige für die Arbeiten mehr zahlen müsse. Fürwahr, eine ähnlich rückständige und unsoziale Handlungsweise dürfte denn doch trotz allem, was man schon erlebt hat, noch nicht dagewesen sein. Das Dokument verbohrtester Kommunalpolitik sollte den Arbeitern aller Orten eindringlich predigen, von welch ungeheurer Wichtigkeit für ihre ureigensten Interessen ihr Einfluß auf die kommunalen Dinge ist.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 12. Okt.

8. Sittlichkeitsverbrechen.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit kam als letzter Fall der gegenwärtigen Schwurgerichtssession die Anklage gegen den 31 Jahre alten

Maurer Karl Julius Schell

aus Offenau (Württemberg) wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Verhandlung. Dem Angeschuldigten wurde zur Last gelegt, daß er am 28. Juli, nachts 11 Uhr, auf dem Weiherberg zu Pforzheim die auf dem Heimwege befindliche Kellnerin Karoline Rieger in der Weiherbergstraße überfallen und an ihr das Verbrechen der Notzucht zu verüben versucht habe. Der Angeschuldigte bestritt, die ihm zur Last gelegte Tat verübt zu haben. Er erklärte, daß er der Mann nicht gewesen sei, der das Sittlichkeitsattentat an der Rieger begangen. Er sei am 28. Juli nicht auf dem Weiherberg gewesen. Am Abend jenes Tages habe er sich in verschiedenen Wirtschaften aufgehalten in Gesellschaft von Bekannten. Um 12 Uhr sei er dann nach Hause gegangen. Von dem Vorfall auf dem Weiherberg wisse er nichts.

Am Abend des 28. Juli wurde in Pforzheim in der Weiherbergstraße die dort wohnende Kellnerin Rieger, die sich von einem Einkaufe nach Hause begab, von einem Manne angefallen und zu vergewaltigen versucht. Seinen Zweck erreichte der Angreifer nicht, da die Rieger laute Hilferufe ausstieß, auf die mehrere Bewohner der in der Nähe liegenden Häuser herbeieilten. Die Rieger hatte bei der damals herrschenden Dunkelheit das Gesicht des Angreifers nicht erkannt. Es fehlte überhaupt jeder Anhaltspunkt dafür, wer dieses gemeine Rohheitsdelikt ausgeführt haben könnte. Eine Spur, die zufällig gefunden wurde, lenkte den Verdacht auf Schell. Zur Abendzeit des 28. Juli trieb sich ein Mann auf dem Weiherberg herum, der sich später eine Zeit lang auf der Weiherbergwiese niederlegte und dort ein Schriftstück zerriß, dessen Teile er in eine nahe Hecke warf. Zwei 13jährige Mädchen hatten diesen an sich unbedeutenden Vorgang mitangesehen und von demselben, als sie von dem Ueberfall der Rieger hörten, ihren Eltern Mitteilung gemacht, da sie glaubten, daß der ihnen verdächtig erschienene Mann die Tat begangen haben könne. Der Vater des einen Mädchens sammelte andern Tages die Papierfetzen, soweit sie noch vorhanden waren und übergab sie der Polizei. Durch das Zusammensetzen der Papierstücke ergab sich, daß das zerrissene Schriftstück eine amtliche Vorladung für Schell zu einem Gerichtstermin auf 5. Juli war. Es wurde darauf nach Schell gefahndet und festgestellt, daß er am 5. Juli vom Schöffengericht Pforzheim wegen Diebstahls zu einer mehrwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, die er am 19. Juli verbüßt hatte.

Am 22. Juli trat Schell bei dem Maurermeister Engel in Pforzheim in Arbeit. Aber schon am 2. August verließ er wieder diese Arbeitsstelle und verschwand aus Pforzheim. Sein Aufenthalt wurde einige Zeit darnach in Neckarsulm ermittelt, wo dann seine Festnahme erfolgte. Von Anfang an und auch heute leugnete der Angeklagte. Er machte in der Voruntersuchung umfangreiche Angaben über sein Tun und Lassen am 28. Juli, die sich auf Grund der angestellten Erhebungen als vollkommen unwahr erwiesen. Auch die von ihm zur heutigen Verhandlung geladenen Zeugen, die Aufschluß über seinen Aufenthalt am Abend des 28. Juli geben

er an den Ehren-
euchtete ihr Ge-
en Versen ernst
auf den Glas-
rechts und links
er Bewunderung
en. Am meisten
Ehrentische. Die
e Reischlin ver-
Augen, und es
ut, wie in der
immer näher
l auf ihre ehr-
arf abhoben von
denen eine treu-

Schritte an das
n, als sie weiter

i herum,

Voda
us.

achsen,
m.

dachte, der am
lte, da zog die
Sacktuch heraus
. Und auch die
d tat desgleichen.
nn man einen
angehörigen zum Friedhof hinausgetragen hat. Die Emerenz, als ein junges Frauenzimmer ohne richtige Erfahrung, zeigte keine so große Rührung; aber sie schnupfte doch etlichemal auf.

(Schluß folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hoftheater. Ibsen's Schauspiel **„Stützen der Gesellschaft"**, das seit Ende der 1878er Jahre hier nicht mehr gegeben wurde, ging gestern „neu einstudiert" über die weltbedeutenden Bretter unserer Hofbühne. In diesem Stücke, das Ibsen noch vor Nora schrieb, ist er noch nicht der Verkündiger moderner Ideen, grüblerischer und pessimistischer Symbolik, wie in seinen späteren Werken, aber er hat mit ihm schon sein eigenstes Gebiet, die moderne Gesellschaftskritik, betreten. Die Stützen der Gesellschaft sind auch heute noch ein zeitgemäßes Bild, und sein Unterschied gegen die späteren Werke dieses Genres ist nur der, daß nach der Anlage der Hauptperson das Drama nicht mit einem Sprung ins Wasser, nicht durch eine Katastrophe endet, sondern versöhnlich ausläuft.

Wenn man sich also mit der schwachen Sühne des 4. Aktes begnügen will, so kann man sich den vollen Griff, den der Dichter in das faule soziale Leben der Gegenwart macht, schon gefallen lassen. Die Hauptfiguren sind prächtig gemalt, andere indessen, wie z. B. Dina Dorp, nur skizzenhaft getroffen, aber trotzdem geht ein frischer Zug durchs Gesamtbild wie durch die Aufführung selbst.

Die Vorstellung war aus einem Guße und die Regie des Herrn Intendanten Wassermann hatte ein Uebriges getan, dem Stücke durch sorgfältiges Studium den Erfolg zu sichern; die szenische Ausstattung war eine durchaus tadellose, dem Geschmacke und dem Charakter der Handlung und ihrer Zeit entsprechend. Aus dem Milieu des Ensembles ragte besonders die Lona Hessel des Frl. Fraundorfer heraus, die eine sich auf psychologische Wahrheit wie Natürlichkeit und große Innigkeit stützende packende Leistung bot; auch der Konsul Bernick des Herrn Wassermann, sowie der prächtige Naturmensch Johann Tönnesen des Herrn Herz stützten sich auf diese hervorragenden Eigenschaften; Herr Baumbach gab den frömmelnden Rörlund mit viel Geschick und fand den richtigen Ton für diese, sagen wir pastorale Figur. Ein volles Lob gebührt allen übrigen Rollen bis zum jungen Olaf des Herrn Schneider. Es war eine Vorstellung, die das Prädikat mustergiltig ansprechen konnte. Das Publikum nahm das alte aber immer noch wirksame Stück mit viel Teilnahme entgegen.

An die Einwohnerschaft Pforzheims

zur Aufklärung über den Gasarbeiterstreik.

Bereits seit längerer Zeit gärte es im hiesigen Gaswerk. Durch die zum Teil geradezu schweinemäßige Wirtschaftsführung in der Kantine sahen sich die Gasarbeiter zu verschiedenenmalen genötigt, dieserhalb Beschwerde zu führen und zu verlangen, daß das Bier von der Brauerei direkt abgefüllt bezogen werde, um nicht Gefahr zu laufen, mit Schnecken und Käfern in nähere Berührung zu kommen.

Der Vorsitzende der Organisation der Gemeindearbeiter, der zugleich auch Vertreter im Arbeiterausschuß war, wurde mit dem Vortrag der Beschwerde betraut. Darob großer Krakehl in der Kantine. Um den unbequemen Mahner los zu werden, schmiedete man den Plan, durch Zusammentragen von allem möglichen und unmöglichen Material diesen zu stürzen und damit zugleich die Organisation ihres Oberhauptes zu berauben.

Während eines Urlaubs von 4 Tagen, den man **Girrbach** einräumte, gelang der saubere Anschlag, dessen Ausführung der Betriebsingenieur Heinrich und der Vorsitzende der Gaskommission und Pforzheimer Oberscharfmacher Herr C. W. Meier übernahmen. Während man sonst sogar Schwerverbrechern das Recht, sich zu verteidigen, einräumt, wurde Girrbach dieses verweigert.

Der Stadtrat schenkte den Anklagen der Gaskommission Glauben und bestätigte die Entlassung Girrbachs. Gleichzeitig wurde zwar betont, daß das Koalitionsrecht der Gasarbeiter nicht angetastet werden solle, aber nach Lage der Sache ist diese Versicherung kaum richtig ernst zu nehmen.

Eine zur Schlichtung der Angelegenheit entsandte Deputation, bestehend aus Arbeitersekretär Faaß, Stadtverordneter Wettstein und Verbandssekretär Altvater machte den Vermittlungsvorschlag, Girrbach zwar eventl. nicht im Gaswerk, sondern in einem andern städtischen Betrieb weiter zu beschäftigen. Diesem stimmten die anwesenden Herren Bürgermeister, wie auch Herr C. W. Meier zu, welcher dabei versprach, diesen Antrag in der nächsten Stadtratssitzung zu stellen und auch zu vertreten.

Was machte aber Herr Meier in Wirklichkeit? Zu der am 5. September stattgefundenen Stadtratssitzung erschien er einfach nicht.

Jetzt riß den Gasarbeitern der Geduldsfaden und beschlossen dieselben einhellig, unbedingt zu verlangen, daß ihnen bis zum 7. Sept., nachmittags 4 Uhr, Antwort werde.

Der Einberufung einer außerordentlichen Stadtratssitzung wurde nicht stattgegeben und waren deshalb die Gasarbeiter genötigt, ihre Rechte durch Arbeitsniederlegung zu verteidigen.

Einhellig wurde der Beschluß gefaßt:

Am 8. September, morgens 6 Uhr, ruht so lange die Arbeit im Gaswerk, bis der Kollege Girrbach wieder in den Betrieb eingestellt, der Achtstundentag eingeführt und die Kantine in der gewünschten Weise reorganisiert ist.

Die Arbeit ruht nun im Gaswerk und kann damit eventuell auch die gesamte Industrie, die durchweg Gas benötigt, in unliebsame Mitleidenschaft gezogen werden. Mit dem Aushilfsmittel, **Wasserstoffgas** zu 75 Prozent dem vorhandenen Vorrat von Kohlengas zuzusetzen, werden voraussichtlich die **Goldarbeiter** nicht einverstanden sein, da dieses den nötigen Anforderungen nicht im Geringsten genügen kann. Der von der Gaskommission provozierte Kampf ist nunmehr entbrannt und wird bei der Einmütigkeit der Gasarbeiter auch durchgefochten werden. Von Herrn Bürgermeister Holzwart wurde sogar anerkannt, daß die Leitung der Gemeindearbeiterorganisation das menschenmöglichste getan habe, um die Sache im Frieden zu schlichten.

Die Gaskommission mit Herrn C. W. Meier an der Spitze wollte aber den Krieg und sie soll ihn nunmehr haben.

Der Verband der Gemeindearbeiter. Filiale Pforzheim.
J. A.: Carl Altvater.

Verlag von Carl Altvater, Stuttgart.

Bis zu der Zeit a Jungfrau bleib'n,
Des kost' an Fleiß.

Hochzeiterin, host g'heiret,
Werst as bläsen müssen;

An Hozeitlader hamm mer,
Ja wia ma si's denkt;
Wia r'er d'Hozeit hat g'laden,
Is eahm s'Hemmad raus g'hängt.

Wir können demgegenüber nur auf's allerbestimmteste erklären, daß die Sozialdemokratie unter gar keinen Umständen für die 4. Wagenklasse zu haben ist, also auch nicht für den Nahrverkehr und auch nicht, wenn sie so ausgestattet ist, wie die 3. Klasse. Warum man, den letzteren Fall angenommen, überhaupt eine 4. Klasse braucht, das können wir nicht begreifen.

Auf Zentrumshilfe

hoffen, wie ein Korrespondent der Straßb. Post schreibt, offenbar die Konservativen und zwar sehr bestimmt, denn sonst hätten sie nicht in 13 Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt.

Das haben wir schon lange geschrieben und wer nicht blind war, konnte aus den Artikeln Wackers sich über die Taktik des Zentrums gegenüber den Konservativen schon lange klar sein. Das Zentrum weiß sehr genau, was es will, zum Unterschied vom „Block", der sich über seine Mission, soweit sie außerhalb der Gewinnung von Mandaten liegt, nicht klar ist.

Ein interessanter Brief

noch gegenwärtig die Runde durch die Presse. Verfasser desselben ist der im Schwetzinger Bezirk aufgestellte konservativ-bauernbündlerische Kandidat, Domänendirektor Hoffmann. Der Brief ist an einen Beamten gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Ich ersuche Sie, meiner Wählerversammlung in B. nächsten Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Ochsen allda, anzuwohnen. Ich werde mit Herrn Weidner und Hoffmann und noch einigen anderen Herren der nationalliberalen Partei erscheinen. Ich hoffe, daß auch Sie der Ansicht sind, daß der Block an der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich durch Aufstellung eines Demokraten schwer verfehlt hat. Die Großh. Regierung kann an einem solchen Auswuchs des Nationalliberalismus keine Freude haben und wenn die Bezirksbeamten hie und da dennoch für den Block stimmen, nun dann tun sie es eben aus sich privat und dies kann ihnen niemand wehren, aber als Regierungswillen kann ein solches Verhalten nicht angesehen werden.

Mit dem besten Gruß

B. Hoffmann, Direktor.

Daß Leute mit solch vorsintflutlichen Auffassungen über die Rechte der Beamten als Staatsbürger sich noch ernsthaft als Kandidaten für die Volksvertretung bewerben können, ist ein sehr bedenkliches Zeichen.

Uebrigens standen die Nationalliberalen, solange sie die Macht noch hatten, auf ganz demselben Standpunkt und sie würden ihn auch heute noch verteidigen, wenn sie noch die Macht hätten. Insoweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, verteidigen die Nationalliberalen jetzt noch den Standpunkt, daß ein Staatsbeamter sich nicht zu derselben bekennen darf. Echt nationalliberaler Freiheitsbegriff!

Auf monarchischem Boden

zu stehen, hielt der demokratische Kandidat für Schwetzingen, Herr Ihrig, festzustellen für notwendig. Sonderbar! Früher hörte man von den Demokraten nie solche Beteuerungen. Der Anschluß an den „Block" wirkt nach dieser Richtung hin bei den Demokraten offenbar „erzieherisch".

Ein starkes Stückchen

erlaubte sich nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse der Zentrumskandidat Dekan Dieterle in einer Wählerversammlung in Oberscheidenthal. Nach einem Bericht des „Odenwälder" soll Herr Dieterle u. a. gesagt haben:

Es wäre für die Landwirtschaft ein Unglück, wenn eine große Anzahl Bauern dem Landtag angehören würden. Der Landtag würde dadurch brachgelegt werden. Die Bauern seien nicht imstande, ihr Mandat entsprechend auszuüben (hört, hört!), da hierzu eine akademische Bildung erforderlich sei.

Wir haben mit dem Abdruck der Notiz zugewartet, weil wir sie nicht für glaubhaft hielten und auf ein schleuniges Dementi des Bad. Beobachters warteten. Da aber dieses Dementi gestern ausgeblieben ist, scheint es mit der Nachricht seine Richtigkeit zu haben.

Ob die Bauern sich eine solche Verhöhnung gefallen lassen, wird sich ja bald zeigen. Die Zentrumsbauern werden sich ja schließlich auch den Schimpf ruhig gefallen lassen, umsomehr, als er ja aus dem Munde eines Geistlichen kommt. „Der muß es ja wissen".

Im übrigen sei hier nur bemerkt, daß die akademische Bildung gerade keine besondere Qualifikation zum Volksvertreter abgibt. Im Landtag saßen schon Akademiker und insbesondere auf den Zentrumsbänken, die den Nichtakademikern nicht einmal das Wasser reichen konnten. Es gibt auch unter den Akademikern parlamentarische Nullen.

Zentrum und Eisenbahnreform.

In der Freiburger Zentrums-Versammlung, von der wir vor einigen Tagen berichteten, war es nicht Herr Fehrenbach, sondern Herr Betriebsinspektor Bertram, der sich für die 4. Wagenklasse aussprach. Herr Fehrenbach steht aber sachlich auf dem Standpunkt des Herrn Bertram. Mehr haben wir nicht zu berichtigen. Auf alle Fälle ist dem Zentrum in der Eisenbahnfrage nicht zu trauen.

Blöckler unter sich.

In der Naumannschen „Hilfe" wird über die Gärung innerhalb des Liberalismus geschrieben. Das ärgert die „Freie Deutsche Presse", das Organ Eugen Richters, dermaßen, daß sie in einem Artikel u. a. sagt:

„Nach diesem publizistischen Bubenstück der „Hilfe" machen die übrigen Unwahrheiten, Entstellungen, Beschimpfungen und Verleumdungen einen fast harmlosen Eindruck . . ."

Und so was entrüstet sich dann über den schlechten Ton in der Arbeiterpresse!

Die ärgsten Stänker sind die Freisinnigen.

Landtagswahlbewegung.

Die Konservativen haben in letzter Stunde auch in Karlsruhe-Stadt zwei Kandidaten aufgestellt und zwar im 43. Bezirk (Weststadt) den Rechtsanwalt Kratzer und im 44. Bezirk (Südstadt) den Geistlichen Verwalter Fellmeth.

Den Nationalliberalen also stellen die Konservativen keine Gegenkandidaten gegenüber, sondern nur den Trabanten der Nationalliberalen. Auch sehr bezeichnend. Irgendwelche Bedeutung kommt den konservativen Kandidaturen in Karlsruhe übrigens nicht zu.

Beiertheim. Auf den 11. Oktober hatte die Zentrumspartei eine Versammlung im Löwen nach Beiertheim anberaumt, und zwar auch für Bulach. Die Einberufer kalkulierten wohl ganz richtig, daß die Versammlung seitens der Zentrumsanhänger schlecht besucht sein werde. Der Renommierarbeiter-Zentrumskandidat Belzer hat mit seinen eingelernten Sprüchlein aus der München-Gladbacher Schule bis jetzt wenig Anziehungskraft ausgeübt und auch die faustdicken Lügen seiner geistlichen Helfershelfer über die Sozialdemokratie, sowie die Kniffe der ihn begleitenden Rechtsanwälte können die Suppe nicht fett machen. Es waren mit Ach und Krach, die Belzersche Gefolgschaft miteingerechnet, ca. 30 Zentrumsbrüder anwesend, als der sanfte Heinrich die Versammlung eröffnete und das Kartoffelgraben als Grund für den sehr verspäteten Beginn der Versammlung bezeichnete. Sodann geruhte er, für die Diskussionsredner 15 Minuten Redezeit zu gewähren, worauf seitens der inzwischen außerordentlich zahlreich herbeigeströmten Sozialdemokraten ein energisches Oho erfolgte. Sichtlich entrüstet ob solcher frechen Kritik rief der sanfte Heinrich den Kritikern zu: Was, Oho? Da gibt's kein Oho! Nun aber brach der Sturm los und unter allgemeinem Oho verließ die Opposition die Versammlung, begleitet von den Segenswünschen (?) des Kaplans und des Zentrumskandidaten und begab sich zum „Schnapsjörg". Dort saß in aller Ruhe der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lutz, der soeben eine Entdeckungsreise nach Vereinslokalen beendigt hatte. Das gab nun ein äußerst vergnügtes Wiedersehen, besonders da von Zeit zu Zeit Bericht über den trübseligen Gang der Zentrumsversammlung im Löwen erstattet wurde. Nachdem der Arbeitergesangverein ein Lied gesungen, wurde sofort eine Versammlung arrangiert, die außerordentlich begeistert verlief und Zeugnis gab von der kampfesmutigen Stimmung, die unter unseren Genossen in Beiertheim herrscht. Allgemein war man sich darüber einig, alle Kräfte aufzubieten, damit wenn am Wahltag die schwarze Gesellschaft den Sieg in Beiertheim davonzutragen glaubt, ihr in die Ohren schallt ein donnerndes „Oho", der Schlachtruf der Beiertheimer Sozzen!

Knielingen. Am Donnerstag Abend hielt hier der „Block" eine Wahlversammlung ab, die aber in der Mehrzahl von unsern Genossen und auswärtigen Gästen besucht war. Der nationalliberale Kandidat Bürgermeister Neck von Eggenstein hielt eine längere Rede, in welcher er sein „Programm" entwickelte. In der Diskussion trat ihm Genosse Hansler entgegen. Er verwies auf die Politik der Halbheit des Liberalismus, insbesondere im Kampfe gegen die ultramontane Gefahr. Herr Rechtsanwalt Heinsheimer entgegnete und, wie wir anerkennen, in sehr sachlicher Weise. Er meinte, die Trennung der Kirche vom Staate würde dem Volke noch mehr kosten als der heutige Zustand. (Aber Herr Heinsheimer! Diese Frage ist doch keine solche, die sich um den Kostenpunkt dreht. Red. d. V.) Inbezug auf die Sozialdemokratie sprach Herr Heinsheimer die Hoffnung aus, daß die Zeit kommen möge, wo der Liberalismus und die Sozialdemokratie gemeinsam gegen den Ultramontanismus kämpfen. Dies wäre aber erst möglich, wenn die So[illegible] nalen Fragen eine[illegible] Heinsheimer! Zwi[illegible] nationalliberalen Au[illegible] besteht ein so hin[illegible] Uebereinstimmung g[illegible] von vielem anderen, [illegible] große Rolle.) Wenn ei[illegible] begeisterung aus i h[illegible] wollen wir darüber [illegible] Heinsheimer, bleibt[illegible]

Ein Herr aus K[illegible] tiven Kandidaten [illegible] wurde aber von a[illegible] 19. Oktober wird ze[illegible] teien immer mehr i[illegible] lernt seine „Freund[illegible]

? **Radolfzell.** [illegible] Versammlung trat [illegible] heiter auf. Solc[illegible] geworden, man ka[illegible] Geld sehen lassen. [illegible] aber ist, daß dieser [illegible] einen 20prozentigen [illegible] Dem Manne wir[illegible] trieben sein.

Der[illegible]

Vom mi[illegible]

Man schreibt [illegible]

Die Erörteru[illegible] deutschen Gefän[illegible] im bekannten [illegible] bedürftigkeit d[illegible] wiesen hat. A[illegible] vollzug wird m[illegible] den haben, den[illegible] gelangt ist, läß[illegible] was man nicht [illegible] lieren vermag.

In der fre[illegible] längere Schild[illegible] des entnehmen[illegible] webels kräfti[illegible] wegen Fahner[illegible] fängnis, [illegible] wieder in die[illegible] Hauptmann [illegible] geschickt, da er [illegible] zufangen wä[illegible] dort ein Skel[illegible] bekannten B[illegible] erinnert. D[illegible] Wangen eing[illegible] **Sack über de[illegible] heben.** Di[illegible] Seiten gekri[illegible] zuknicken. [illegible] rend in tau[illegible] Weise, wie[illegible] findet. D[illegible] Speisen üb[illegible] tene Nahru[illegible] Stühlen tä[illegible] geben ist z[illegible] behält. Es[illegible] Monaten [illegible] brochen ist.

Ein fur[illegible] entrollt, d[illegible] stellung d[illegible] tung eine[illegible] hat. Leid[illegible] diese Schi[illegible] sich der V[illegible] nur die[illegible] gefängni[illegible] auch ohn[illegible] artigen [illegible] der Sac[illegible] könnte [illegible] entsteher[illegible] und die[illegible] scheuen [illegible] annehm[illegible] suchung[illegible]

Der [illegible] in E[illegible] ausfall[illegible] werder[illegible] positive [illegible] schluß an das Zentrum! Dagegen erhob [illegible] spruch; schließlich tröstete man sich mit der stolzen [illegible] regeln einzutreten.

Feststellung, daß man bei tüchtiger Arbeit — vorläufig immerhin noch das Zünglein an der Wage bilde. — Ein süßer Trost für eine im Essener Kreis noch vor kurzen Jahren allmächtige Partei.

Die Reichstagswahl in Kattowitz-Zabrze

(Oberschlesien) hatte ein überraschendes Ergebnis. Nach der amtlichen Zusammenstellung erhielten Korfanty (rad. Pole) 23 208, Kapitza (Zentrum) 8100, Voltz (lib.) 7682 und Morawski (Soz.) 4780 Stimmen. Korfanty ist somit gewählt. — Bei der Wahl im Jahre 1903 fielen auf den Kandidaten des Zentrums 19 992, auf Korfanty 11 670, den Sozialdemokraten 10 044 und den damaligen freisinnigen Kandidaten 3033 Stimmen. In der Stichwahl stimmten damals die Sozialdemokraten für Korfanty. Gestern haben viele unserer Wähler, um eine Stichwahl zwischen Korfanty und dem Zentrum zu vermeiden, offenbar für den Polen gestimmt, anders läßt sich die geringe Stimmenzahl Morawskis nicht erklären. Der Rückgang der Zentrumsstimmen von fast 20 000 auf etwas über 8000 Stimmen — und das, obwohl die Partei einen Kandidaten polnischer Nationalität präsentiert hatte, läßt darauf schließen, daß es mit der Herrlichkeit derer um Ballestrem im oberschlesischen Industrierevier zu Ende geht.

Aus der Partei.

Grünwinkel, 14. Okt. Wir machen auch an dieser Stelle aufmerksam, daß heute Abend 8 Uhr im Gasthaus zum Bad. Hof eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet, in welcher unser Kandidat, Genosse Lutz aus Baden, referieren wird.

Ettlingen, 14. Okt. Auch an dieser Stelle machen wir auf die morgen (Sonntag) Abend bei Traut stattfindende Volksversammlung aufmerksam. Es ist dies die letzte vor der Wahl. Deshalb müssen die Genossen es sich zur Pflicht machen, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Landtagsabg. Schmitt aus München und der Kandidat für den 46. Bezirk, Genosse Müller, werden sprechen.

S. V. **Bruchsal,** 14. Okt. Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, erscheint heute Abend im Einhorn, morgen in der Frühe soll das Flugblatt zur Verteilung gelangen. Gleichzeitig machen wir auf die heute Abend in der Brauerei Gebhard stattfindende Versammlung aufmerksam. Unser Kandidat Genosse Willi wird sprechen.

Blankenloch, 13. Okt. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet hier im Gasthaus zum Bahnhof eine Wählerversammlung statt, desgleichen abends

Der Stadtrat wird ferner beauftragt, sich namens der Stadt Pforzheim allen Schritten anzuschließen, welche seitens der Städte des engeren oder des ganzen Vaterlandes unternommen werden zur baldigsten Beseitigung des [illegible] Notstandes."

Pforzheim, 13. Oktober 1905.

Die Debatte zeigte vollständige Uebereinstimmung über die Tatsache der Fleischnot und Fleischteuerung, sowie auch über die Ursachen derselben.

Der Oberbürgermeister erstattete Bericht über die Unterredung der drei badischen Oberbürgermeister mit dem Minister Schenkel, der erklärt habe, Baden könne deshalb in der Sache nichts tun, weil es nicht an einer Grenze liege, die für die Oeffnung in Betracht komme. In der Schweiz, als einzigem angrenzenden Staat, werde nur Zuchtvieh produziert. Es könne nur durch die gesamten Bundesstaaten vorgegangen werden; die wollten aber nicht viel damit zu tun haben. Wenn nur ein Bundesstaat beim Reichskanzler vorstellig werde, nütze das nicht viel.

Der Oberbürgermeister steht auf dem Standpunkt, daß nur von einem Vorgehen der deutschen Städte etwas zu erhoffen sei. Der Stadtrat habe deshalb beschlossen, der Vereinigung deutscher Städte beizutreten. Für ihn sei klar, daß man bei Auftreten der Teuerung sofort das Einfuhrkontingent aus Rußland hätte ganz bedeutend erhöhen müssen. Er könne nicht einsehen, daß es für die Seuchengefahr ein Unterschied sei, ob 1360 oder 2500 Schweine hereingelassen werden.

Um der Teuerung in Pforzheim etwas zu steuern, werde der Stadtrat bis auf weiteres Dienstag und Freitag einen Seefischmarkt abhalten lassen.

Der Stadtverordneten-Obmann Gesell erinnerte daran, daß Baden der erste Staat gewesen sei, welcher veterinärpolizeiliche Maßnahmen gegen die Seuchenverschleppung durchgeführt habe. Die Agrarier hätten sich dies jedoch zunutze gemacht und mit der „Gefahr" so stark gearbeitet, daß eine riesige Preissteigerung die Folge gewesen sei. Auch die Angst vor dem amerikanischen Büchsenfleisch usw. sei dazu benutzt worden. Soviel Geld schon zur Aufsuchung von Trichinen verwendet worden sei, so wenig habe man gefunden. Die Erhöhung des russischen Einfuhrkontingents um 200 Schweine monatlich sei angesichts des riesigen Verbrauchs allein der Stadt Berlin ein offener Hohn. Man müsse daran gehen, in den Gemeindeverwaltungen die Zucht von Schweinen in die Hand zu nehmen.

Stadtv. Kaiser verspottete die Antwort des bad. Ministers.

Genosse Müller hob hervor, daß das Einfuhrverbot nur eine Begleiterscheinung des großen Raubzugs der Agrarier sei, der am 14. Dezember 1903 unter Bruch der Geschäftsordnung begonnen, und zwar unter Assistenz derselben Nationalliberalen, die heute so gegen die Folgen des damaligen Volksverrats zu Felde ziehen. Wir schlössen uns der Resolution an, obgleich sie uns nicht scharf genug sei. Er müsse aber noch auf den

---

Achtung! **Ettlingen.** Achtung!

Landtagswähler!

Samstag, den 9. September 1905, abends halb 9 Uhr, findet im „Darmstädter Hof" eine

öffentliche Volksversammlung

statt.

Tagesordnung:

Die bevorstehende Landtagswahl.

Referent: Genosse **Lehmann** aus Mannheim.

Es ist jedermann freundlichst eingeladen.

Freie Diskussion.

Das Agitationskomitee.

Druck und Verlag von Geck u. Co. Karlsruhe.

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 239. Zweites Blatt. Karlsruhe, Samstag den 14. Oktober 1905. 25. Jahrgang.

Wie ein Katholik den Kapitalismus kritisiert.

Keine Literatur ist so reich an Gedanken und Auslassungen, die sich gegen die eigenen Taten anschlachten lassen, wie die des Zentrums, und nichts ist lehrreicher, wenn man die heutige Zentrumspolitik verstehen und würdigen will, als einen Blick in die älteren Zentrumsschriften zu werfen. Eine der Anfang der 90er Jahre meist verbreiteten Broschüren ist „Der rote Doktor Quacksalber." Das Elaborat, das vierte der Flugschriften des Volksvereins für das katholische Deutschland, im Verlage der Germania Berlin erschienen, beginnt mit einer Schilderung unserer Lage. Die an den bestehenden Zuständen geübte Kritik ist so scharf, daß sie jedem Sozialdemokraten Ehre machen würde und es sich verlohnt, ausführlicher an sie zu erinnern.

Geld, so heißt es hier, gibts genug in der Welt; der Fehler ist nur, daß die meisten Leute keins haben. Geld und Gut sind eben viel zu ungleich unter die Menschen ausgeteilt. Gleich verteilt waren sie nie und gleich verteilt werden sie auch nie sein, einfach deshalb, weil die Leute nie gleich fleißig, gleich geschickt und gleich sparsam waren und jemals sein werden. Aber so steinreich und so bettelarm zu gleicher Stunde ist das Menschenvolk auch noch nie gewesen wie heute. Niemals noch, so lange Gottes Sonne vom Himmel scheint, waren die Geldsäcke so schwer und die Bettelsäcke so leer, wie in unseren Tagen. Millionen von Menschen haben heute fast so viel wie nichts und ein Häuflein Millionäre hat fast alles. Das Großkapital hat Geld und Gut, Aecker und Häuser, Fabriken und Bergwerke, Handel und Schiffahrt an sich gezogen und sammelt mit allen Fingern Tag für Tag neue Schätze in die vollen Kassen. Das Volk hat mit all diesen einträglichen Sachen fast nur mehr die Arbeit; der Hauptgewinn der Arbeit aber fließt in die Taschen der Geldfürsten zusammen.

Dem Großkapital gehört fast die ganze Welt, für das Volk bleiben nur die Schulden. Magst du die Welt auf- und abwandern, die Schuldenwirtschaft trifft du in allen Ländern.... Dazu ist weiter noch fast jedes Stück der Gemeinde, jedes Haus, jeder Acker verschuldet; fast jeder Eigentümer, Bürger oder Bauer hat seine Extraschuld.... An der leeren Kasse kennt (der Bauer), daß er eigentlich nicht so sehr für sich, sondern für den Kapitalisten arbeitet. Dem Kapitalisten gibt er, was er auf dem Markt für den Weizen und für die Kälberkuh auf dem Viehmarkt gelöst hat. Stall und Aecker sind dem Bauern unfreu geworden; sie nähren nicht mehr ihren Pfleger, sondern den Zinsherrn. Der Bauer ist vielfach der Leibeigene des Kapitals geworden; er arbeitet wohl auf dem eigenen Grunde, aber nicht für den eigenen Säckel. Nur mühsam gelingt es ihm, von dem, was ihm der Staat und die Gemeinde und der Kapitalist übrig lassen, sich und die Seinen zu erhalten. Mit dem alten Bauernwohlstand ist's vorbei. [illegible] Zeit, wo es hieß, daß [illegible] Ernten [illegible] die Not treibt ihn heraus aus seinem Neste und er wandert fort von Haus und Hof der Stadt zu und nimmt nichts mit als den Groll im Herzen und die Schande am Rücken. Ein mühseliges Leben wartet auf ihn am Stadttor; er geht in die Fabrik als Tagelöhner oder macht bei den Juden den Unterhändler; der freie Bauer ist zum unzufriedenen Proletarier, zum ausgesäckelten Habenichts geworden...

Den Bauersmann drückt die Schuldenlast zu Boden, den kleinen Gewerbsmann bringt die Maschine um Brot und Freiheit. Die Maschine steht im Dienste des Reichtums. So ein Ungetüm, das von glühenden Kohlen lebt und mit eisernen Knochen Tag und Nacht fortarbeitet, liefert in einer Stunde mehr Waren, als hundert Menschenhände in einer Woche fertigbringen. Dieses eiserne Räderwerk arbeitet so rasch und billig, daß der Kleinmeister nicht mehr mittun kann. Er muß zurückbleiben wie der Krüppel, der mit der Lokomotive wettlaufen wollte. So verliert der freie Meister Kundschaft und Brot, er muß seine Werkstätte zusperren und Lohnarbeiter in der Fabrik werden. Schlechter Geschäftsgang oder auch die Laune eines Fabrikherrn kann ihn alle Tage auf die Landstraße hinauswerfen. Weil der karge Lohn nicht reichen will, müssen auch Weib und Kind an die Maschine gespannt werden und die ganze Familie verdient kaum so viel, daß sie sich eine richtige Kost und ein anständiges Sonntagsgewand kaufen kann. Aufwärts gehts nimmermehr mit dem herabgekommenen Kleinmeister und bei allem Fleiße bleibt den Kindern des Verarmten kein anderes Erbteil als die Not, in der ihre Eltern gehaust haben.

... Den Bauern frißt der Zins, den Handwerker die Maschine... Der Reiche wird immer reicher, der Arme alle Tage ärmer, die kleinen Leute haben die mühselige Arbeit ohne Gewinn, die großen den Gewinn ohne die mühselige Arbeit. Die Arbeit will ihren Mann nicht mehr ehren und nähren. Die Millionenmenschen haben das rote Gold, den schäumenden Becher, glänzende Namen und klingende Titel, den Pfennigmenschen ist vielfach nichts übrig geblieben, als die harte Arbeit, der bleiche Kummer, die graue Sorge und ein schwarzes Stück Brot dazu.

Schärfer vermag kein Kritiker die erdrückende Konkurrenz der Maschine gegenüber dem Handwerk, die Hypotheken- und Schuldknechtschaft, in die der Bauer vom städtischen Kapital gerät, zu kritisieren. Wer aber glaubt, daß man nun folgerichtig die Forderung einer anderen Gesellschaftsordnung erheben werde, irrt sich gewaltig. Alles soll bleiben, wie es ist, nur sollen dem Handwerker der Befähigungsnachweis und ein Paar sonstige Mittelstandsrettereien, dem Bauer ein Paar Schutzzölle auf die Wunden geklebt werden, von denen nur der großgrundbesitzende Junker Profit hat.

Wenn der Sozialismus sagt, gegen die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft ist der Mittelstand machtlos, wie das [illegible] selbst im schlimmsten Falle gesichert, das Glück, von Kapital und Maschine gefressen zu werden."

Nun, die Mittelstände haben es mit dem Zentrum probiert. Sie haben heute all die schönen Sachen, die das Zentrum ihnen damals so beredt angepriesen hat, sie haben Zwangsinnung, Befähigungsnachweis, Lehrlingsvorschriften — Schutzzoll, Grenzsperre und Seuchengesetz. Die Kur ist versucht, teilweise schon lange Jahre versucht. Hat sie geholfen? Und wer behält Recht: das Zentrum oder die Sozialdemokratie?

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Aussperrung aller Weber und Weberinnen in Gera wird durch folgenden Anschlag in den Fabriken angekündigt:

Nachdem bei den Firmen Bardski u. Oeser, W. Theodor Gey, Alfred Münch, Ernst Fr. Weißflog Kündigungen seitens der Arbeiter in größerem Umfange vorgekommen sind, geben wir hiermit bekannt, daß wir uns genötigt (?) sehen,

am 13. Oktober d. J.

gegenüber allen unseren Stuhlarbeitern die Kündigung für den 27. Oktober auszusprechen, falls nicht bis Donnerstag, den 12. Oktober, abends in den genannten 4 Betrieben eine genügende Zahl von Arbeitern sich zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bereit erklärt hat.

Gera, den 11. Oktober 1905.

Verband sächsisch-thüringischer Webereien.
Ortsgruppe Gera.
Ruckdeschel, Vorsitzender.

Auch in Ronneburg haben die Weber und Weberinnen das Tarifangebot der Unternehmer gegen eine Stimme abgelehnt und sich mit den Geraer Kollegen, die gekündigt haben, solidarisch erklärt.

Zu einer Metallarbeiteraussperrung ist es bei der Firma Egestorf A.-G. in Hannover-Linden gekommen. Den Fräsern ward eine Lohnreduktion zugemutet, die sich diese nicht gefallen lassen wollten, worauf ihnen die Entlassung angekündigt wurde. Sodann wurde an die Kesselschmiede das Ansinnen gestellt, Streikarbeit zu verrichten. Die Kesselschmiede lehnten das Ansinnen der Betriebsleitung ab, worauf sämtliche Kesselschmiede — etwa 300 an der Zahl — aufs Pflaster geworfen wurden. Eine Stunde später passierte das gleiche mit den 39 Tischlern. Der einzige Streikbrecher aus der Fräserei wurde zur Hofkolonne versetzt. Als diese erklärten, nicht mit ihm arbeiten zu wollen, flog der Streikbrecher aus dem Betrieb hinaus. Somit sind ca. 1200 Mann ausgesperrt.

Zur Beleuchtung gewisser Kapitalistenmanieren sei angeführt, daß fast um dieselbe Stunde, in der den Fräsern in Hannover gesagt wurde: „Wenn Ihr für das Geld nicht arbeiten wollt, dann seid Ihr entlassen", der Aufsichtsrat genannter Firma in einer Sitzung in Berlin den Aktionären bekannt gab, daß der Bruttogewinn in diesem Jahre 2 141 901,98 Mark beträgt gegen 2 114 220,83 Mark im Vorjahre — 27 000 Mark mehr. Für Abschreibungen, Reservestellungen und Gewinnanteile werden 978 418 Mark gegen 951 860,07 Mark verwandt; **25 Prozent Dividende** sollen, wie im Vorjahre, verteilt und 35 733,08 Mark gegen 33 024,10 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Den auf die Straße geworfenen 10 Arbeitern wollte man den Lohn um 10 Prozent kürzen. In dem Betriebe arbeiten etwa 2000 Arbeiter. Zwei Millionen Mark haben sie mehr erarbeitet, als ihnen an Lohn ausgezahlt ist, das macht für jeden Arbeiter rund 1000 Mark! Diesen Mehrwert stecken Kapitalisten vergnügt in die Tasche, Kapitalisten, die nie einen Finger krumm machen beim Bau einer Lokomotive.

Ein Stadtrat nach dem Wunsche der Unternehmer. Im letzten Vorstandsbericht des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe zu Braunschweig ist u. a. folgende sehr bezeichnende Stelle zu finden:

„Schließlich wurde noch in Erinnerung gebracht, daß der hiesige Stadtmagistrat Steinmetzarbeiten an hiesige Unternehmer nicht mehr vergibt, weil diese ihren Leuten freiwillige Lohnzugeständnisse gemacht haben."

Das ist allerdings unerhört, daß Unternehmer, ohne erst die Stadt um Erlaubnis zu fragen, ihren Arbeitern den Lohn aufbessern. Das muß bestraft werden — man entzieht ihnen die Arbeit. Man „begründet" das dann wahrscheinlich damit, daß die Stadt schließ ich ein paar Pfennige für die Arbeiten mehr zahlen müsse. Fürwahr, eine ähnlich rückständige und unsoziale Handlungsweise dürfte denn doch trotz allem, was man schon erlebt hat, noch nicht dagewesen sein. Das Dokument verbohrtester Kommunalpolitik sollte den Arbeitern aller Orten eindringlich predigen, von welch ungeheurer Wichtigkeit für ihre ureigensten Interessen ihr Einfluß auf die kommunalen Dinge ist.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 12. Okt.

8. Sittlichkeitsverbrechen.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit kam als letzter Fall der gegenwärtigen Schwurgerichtssession die Anklage gegen den 31 Jahre alten

Maurer Karl Julius Schell

aus Offenau (Württemberg) wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Verhandlung. Dem Angeschuldigten wurde zur Last gelegt, daß er am 28. Juli, nachts 11 Uhr, auf dem Weiherberg zu Pforzheim die auf dem Heimwege befindliche Kellnerin Karoline Rieger in der Weiherbergstraße überfallen und an ihr das Verbrechen der Notzucht zu verüben versucht habe. Der Angeschuldigte bestritt, die ihm zur Last gelegte Tat verübt zu haben. Er erklärte, daß er der Mann nicht gewesen sei, der das Sittlichkeitsattentat an der Rieger begangen. Er sei am 28. Juli nicht auf dem Weiherberg gewesen. Am Abend jenes Tages habe er sich in verschiedenen Wirtschaften aufgehalten in Gesellschaft von Bekannten. Um 12 Uhr sei er dann nach Hause gegangen. Von dem Vorfall auf dem Weiherberg wisse er nichts.

Am Abend des 28. Juli wurde in Pforzheim in der Weiherbergstraße die dort wohnende Kellnerin Rieger, die sich von einem Einkaufe nach Hause begab, von einem Manne angefallen und zu vergewaltigen versucht. Seinen Zweck erreichte der Angreifer nicht, da die Rieger laute Hilferufe ausstieß, auf die mehrere Bewohner der in der Nähe liegenden Häuser herbeieilten. Die Rieger hatte bei der damals herrschenden Dunkelheit das Gesicht des Angreifers nicht erkannt. Es fehlte überhaupt jeder Anhaltspunkt dafür, wer dieses gemeine Rohheitsdelikt ausgeführt haben könnte. Eine Spur, die zufällig gefunden wurde, lenkte den Verdacht auf Schell. Zur Abendzeit des 28. Juli trieb sich ein Mann auf dem Weiherberg herum, der sich später eine Zeit lang auf der Weiherbergwiese niederlegte und dort ein Schriftstück zerriß, dessen Teile er in eine nahe Hecke warf. Zwei 13jährige Mädchen hatten diesen an sich unbedeutenden Vorgang mitangesehen und von demselben, als sie von dem Ueberfall der Rieger hörten, ihren Eltern Mitteilung gemacht, da sie glaubten, daß der ihnen verdächtig erschienene Mann die Tat begangen haben könne. Der Vater des einen Mädchens sammelte andern Tages die Papierfetzen, soweit sie noch vorhanden waren und übergab sie der Polizei. Durch das Zusammensetzen der Papierstücke ergab sich, daß das zerrissene Schriftstück eine amtliche Vorladung für Schell zu einem Gerichtstermin auf 5. Juli war. Es wurde darauf nach Schell geforscht und festgestellt, daß er am 5. Juli vom Schöffengericht Pforzheim wegen Diebstahls zu einer mehrwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, die er am 19. Juli verbüßt hatte.

Am 22. Juli trat Schell bei dem Maurermeister Engel in Pforzheim in Arbeit. Aber schon am 2. August verließ er wieder diese Arbeitsstelle und verschwand aus Pforzheim. Sein Aufenthalt wurde einige Zeit darnach in Neckarsulm ermittelt, wo dann seine Festnahme erfolgte. Von Anfang an und auch heute leugnete der Angeklagte. Er machte in der Voruntersuchung umfangreiche Angaben über sein Tun und Lassen am 28. Juli, die sich auf Grund der angestellten Erhebungen als vollkommen unwahr erwiesen. Auch die von ihm zur heutigen Verhandlung geladenen Zeugen, die Aufschluß über seinen Aufenthalt am Abend des 28. Juli geben

---

[illegible] ga ko i net,
Des sag i glei;
Wer mi net gern auflust,
Ko nausgeh dawei.

Aber Leut geht's auf d'Seit,
Und Leut geht's ma weg,
Denn i möcht ja g'rad wissen,
Wo d' Hochzeiterin steckt.

Aba jetzt ho 'n i's g'seg'n,
Daß s'am anderen Tisch sitzt.
Daß sei wunderschön's Kranzei
Am Kopf so schö blitzt.

Des Kranzerl am Kopf
Is umad'um weiß;
Bis zu der Zeit a Jungfrau bleib'n,
Des kost' an Fleiß.

Hochzeiterin, host g'heiret,
Werst as bläsen müssen;
Hochzeiter, host a'heiret,
Ko'st am Sessel sitz'n,
Bis in dreiviertel Jahr,
Derfst an Schnuller spitz'n.

Hochzeiter, host g'heiret,
Hast lang uma g'fischt.
Jetzt host halt de schöner,
Do Watzling dawischt.

Wenn i d'Kranzeljungfrau o'schau,
Muß i allwei lacha,
Weil's gar so a spitzinges
Maul ko macha.

Der Brautführer is dockerlnett,
's Tanzen kann er net schlecht,
Liaben kann er aa für drei
Den möcht i glei.

An Hozeitlader hamm mer,
Ja wia ma si's denkt;
Wia r'er d'Hozeit hat g'laden,
Is eahm s'Hemmad raus g'hängt.

Barbara Weiß kam immer näher an den Ehrentisch heran. Der Kerzenschein beleuchtete ihr Gesicht, welches auch bei den lustigen Versen ernst blieb. Sie hatte die Augen fest auf den Glassturz geheftet und sah nicht, wie rechts und links von ihr die Zuhörer mit ehrlicher Bewunderung das schöne Schauspiel betrachteten. Am meisten Anerkennung fand sie wohl am Ehrentische. Die alte Salvermoserin und die alte Reischlin verloren sie keine Sekunde aus den Augen, und es wurde ihnen so feierlich zu Mut, wie in der Kirche, als der Lichterglanz immer näher herankam. Der helle Schein fiel auf ihre ehrlichen, alten Gesichter, die sich scharf abhoben von dem dunklen Hintergrund und aus denen eine treuherzige Frömmigkeit sprach.

Barbara war jetzt auf zwei Schritte an das [illegible]rsame Brautpaar herangekommen, als sie weiter sang:

Schaug' i hinum, schaug' i herum,
Schaug' i alle Eck aus,
Der Hochzeiterin sei liaba Voda
Schaut nirgends mehr raus.

Z'Eielsriad am Friedhof,
Da liegt er begrab'n,
Is a Graserl drüber g'wachsen,
Ko ma'n aa nimmer hamm.

Z'Eielsriad im Friedhof,
Da steht a Lind'n,
Da ko d'Hozeiterin sein
Liab'n Voda find'n.

Als sie so des Verstorbenen gedachte, der am heutigen Ehrentage sichtbarlich fehlte, da zog die alte Salvermoserin ihr großes Sacktuch heraus und fing bitterlich zum Weinen an. Und auch die Reischlin konnte sich nicht helfen und tat desgleichen. Auch sie wußte ja, wie es ist, wenn man einen Angehörigen zum Friedhof hinausgetragen hat. Die Emerenz, als ein junges Frauenzimmer ohne richtige Erfahrung, zeigte keine so große Rührung; aber sie schnupfte doch etlichemal auf.

(Schluß folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hoftheater. Ibsen's Schauspiel **„Stützen der Gesellschaft"**, das seit Ende der 1878er Jahre hier nicht mehr gegeben wurde, ging gestern „neu einstudiert" über die weltbedeutenden Bretter unserer Hofbühne. In diesem Stücke, das Ibsen noch vor Nora schrieb, ist er noch nicht der Verkündiger moderner Ideen, grüblerischer und pessimistischer Symbolik, wie in seinen späteren Werken, aber er hat mit ihm schon sein eigenstes Gebiet, die moderne Gesellschaftskritik, betreten. Die Stützen der Gesellschaft sind auch heute noch ein zeitgemäßes Bild, und sein Unterschied gegen die späteren Werke dieses Genres ist nur der, daß nach der Anlage der Hauptperson das Drama nicht mit einem Sprung ins Wasser, nicht durch eine Katastrophe endet, sondern versöhnlich ausläuft.

Wenn man sich also mit der schwachen Sühne des 4. Aktes begnügen will, so kann man sich den vollen Griff, den der Dichter in das faule soziale Leben der Gegenwart macht, schon gefallen lassen. Die Hauptfiguren sind prächtig gemalt, andere indessen, wie z. B. Dina Torp, nur skizzenhaft getroffen, aber trotzdem geht ein frischer Zug durchs Gesamtbild wie durch die Aufführung selbst.

Die Vorstellung war aus einem Guße und die Regie des Herrn Intendanten Wassermann hatte ein Uebriges getan, dem Stücke durch sorgfältiges Studium den Erfolg zu sichern; die szenische Ausstattung war eine durchaus tadellose, dem Geschmacke und dem Charakter der Handlung und ihrer Zeit entsprechend. Aus dem Milieu des Ensembles ragte besonders die Lona Hessel des Frl. Fraundorfer heraus, die eine sich auf psychologische Wahrheit wie Natürlichkeit und große Innigkeit stützende packende Leistung bot; auch der Konsul Bernick des Herrn Wassermann, sowie der prächtige Naturmensch Johann Tönnesen des Herrn Herz stützten sich auf diese hervorragenden Eigenschaften; Herr Baumbach gab den frömmelnden Rörlund mit viel Geschick und fand den richtigen Ton für diese, sagen wir pastorale Figur. Ein volles Lob gebührt allen übrigen Rollen bis zum jungen Olaf des Herrn Schneider. Es war eine Vorstellung, die das Prädikat mustergiltig ansprechen konnte. Das Publikum nahm das alte aber immer noch wirksame Stück mit viel Teilnahme entgegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir können demgegenüber nur auf's allerbestimmteste erklären, daß die Sozialdemokratie unter gar keinen Umständen für die 4. Wagenklasse zu haben ist, also auch nicht für den Nahrverkehr und auch nicht, wenn sie so ausgestattet ist, wie die 3. Klasse. Warum man, den letzteren Fall angenommen, überhaupt eine 4. Klasse braucht, das können wir nicht begreifen.

Auf Zentrumshilfe

hoffen, wie ein Korrespondent der Straßb. Post schreibt, offenbar die Konservativen und zwar sehr bestimmt, denn sonst hätten sie nicht in 13 Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt.

Das haben wir schon lange geschrieben und wer nicht blind war, konnte aus den Artikeln Wackers sich über die Taktik des Zentrums gegenüber den Konservativen schon lange klar sein. Das Zentrum weiß sehr genau, was es will, zum Unterschied vom „Block", der sich über seine Mission, soweit sie außerhalb der Gewinnung von Mandaten liegt, nicht klar ist.

Ein interessanter Brief

macht gegenwärtig die Runde durch die Presse. Verfasser desselben ist der im Schwetzinger Bezirk aufgestellte konservativ-bauernbündlerische Kandidat Domänendirektor Hoffmann. Der Brief ist an einen Beamten gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Ich ersuche Sie, meiner Wählerversammlung in B. nächsten Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Ochsen allda, anzuwohnen. Ich werde mit Herrn Weidner und Hoffmann und noch einigen anderen Herren der nationalliberalen Partei erscheinen. Ich hoffe, daß auch Sie der Ansicht sind, daß der Block an der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich durch Aufstellung eines Demokraten schwer verfehlt hat. Die Großh. Regierung kann an einem solchen Auswuchs des Nationalliberalismus keine Freude haben und wenn die Bezirksbeamten hie und da dennoch für den Block stimmen, nun dann tun sie es eben aus sich privat und dies kann ihnen niemand wehren, aber als Regierungswillen kann ein solches Verhalten nicht angesehen werden.

Mit dem besten Gruß

B. Hoffmann, Direktor.

Daß Leute mit solch vorsintflutlichen Auffassungen über die Rechte der Beamten als Staatsbürger sich noch ernsthaft als Kandidaten für die Volksvertretung bewerben können, ist ein sehr bedenkliches Zeichen.

Uebrigens standen die Nationalliberalen, solange sie die Macht noch hatten, auf ganz demselben Standpunkt und sie würden ihn auch heute noch verteidigen, wenn sie noch die Macht hätten. Insoweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, verteidigen die Nationalliberalen jetzt noch den Standpunkt, daß ein Staatsbeamter sich nicht zu derselben bekennen darf. Echt nationalliberaler Freiheitsbegriff!

Auf monarchischem Boden

zu stehen, hielt der demokratische Kandidat für Schwetzingen, Herr Ihrig, festzustellen für notwendig. Sonderbar! Früher hörte man von den Demokraten nie solche Beteuerungen. Der Anschluß an den „Block" wirkt nach dieser Richtung hin bei den Demokraten offenbar „erzieherisch".

Ein starkes Stückchen

erlaubte sich nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse der Zentrumskandidat Dekan Dieterle in einer Wählerversammlung in Oberscheidenthal. Nach einem Bericht des „Odenwälder" soll Herr Dieterle u. a. gesagt haben:

Es wäre für die Landwirtschaft ein Unglück, wenn eine große Anzahl Bauern dem Landtag angehören würden. Der Landtag würde dadurch brachgelegt werden. Die Bauern seien nicht imstande, ihr Mandat entsprechend auszuüben (hört, hört!), da hierzu eine akademische Bildung erforderlich sei.

Wir haben mit dem Abdruck der Notiz zugewartet, weil wir sie nicht für glaubhaft hielten und auf ein schleuniges Dementi des Bad. Beobachters warteten. Da aber dieses Dementi gestern ausgeblieben ist, scheint es mit der Nachricht seine Richtigkeit zu haben.

Ob die Bauern sich eine solche Verhöhnung gefallen lassen, wird sich ja bald zeigen. Die Zentrumsbauern werden sich ja schließlich auch den Schimpf ruhig gefallen lassen, umsomehr, als er ja aus dem Munde eines Geistlichen kommt. „Der muß es ja wissen".

Im übrigen sei hier nur bemerkt, daß die akademische Bildung gerade keine besondere Qualifikation zum Volksvertreter abgibt. Im Landtag saßen schon Akademiker und insbesondere auf den Zentrumsbänken, die den Nichtakademikern nicht einmal das Wasser reichen konnten. Es gibt auch unter den Akademikern parlamentarische Nullen.

Zentrum und Eisenbahnreform.

In der Freiburger Zentrums-Versammlung, von der wir vor einigen Tagen berichteten, war es nicht Herr Fehrenbach, sondern Herr Betriebsinspektor Bertram, der sich für die 4. Wagenklasse aussprach. Herr Fehrenbach steht aber sachlich auf dem Standpunkt des Herrn Bertram. Mehr haben wir nicht zu berichtigen. Auf alle Fälle ist dem Zentrum in der Eisenbahnfrage nicht zu trauen.

Blöckler unter sich.

In der Naumannschen „Hilfe" wird über die Gärung innerhalb des Liberalismus geschrieben. Das ärgert die „Freie Deutsche Presse", das Organ Eugen Richters, dermaßen, daß sie in einem Artikel u. a. sagt:

„Nach diesem publizistischen Bubenstück der „Hilfe" machen die übrigen Unwahrheiten, Entstellungen, Beschimpfungen und Verleumdungen einen fast harmlosen Eindruck . . ."

Und so was entrüstet sich dann über den schlechten Ton in der Arbeiterpresse!

Die ärgsten Stänker sind die Freisinnigen.

Landtagswahlbewegung.

Die Konservativen haben in letzter Stunde auch in Karlsruhe-Stadt zwei Kandidaten aufgestellt und zwar im 43. Bezirk (Weststadt) den Rechtsanwalt Kratzer und im 44. Bezirk (Südstadt) den Geistlichen Verwalter Fellmeth.

Den Nationalliberalen also stellen die Konservativen keine Gegenkandidaten gegenüber, sondern nur den Trabanten der Nationalliberalen. Auch sehr bezeichnend. Irgendwelche Bedeutung kommt den konservativen Kandidaturen in Karlsruhe übrigens nicht zu.

Beiertheim. Auf den 11. Oktober hatte die Zentrumspartei eine Versammlung im Löwen nach Beiertheim anberaumt, und zwar auch für Bulach. Die Einberufer kalkulierten wohl ganz richtig, daß die Versammlung seitens der Zentrumsanhänger schlecht besucht sein werde. Der Renommierarbeiter-Zentrumskandidat Belzer hat mit seinen eingelernten Sprüchlein aus der München-Gladbacher Schule bis jetzt wenig Anziehungskraft ausgeübt und auch die faustdicken Lügen seiner geistlichen Helfershelfer über die Sozialdemokratie, sowie die Kniffe der ihn begleitenden Rechtsanwälte können die Suppe nicht fett machen. Es waren mit Ach und Krach, die Belzersche Gefolgschaft miteingerechnet, ca. 30 Zentrumsbrüder anwesend, als der sanfte Heinrich die Versammlung eröffnete und das Kartoffelgraben als Grund für den sehr verspäteten Beginn der Versammlung bezeichnete. Sodann geruhte er, für die Diskussionsredner 15 Minuten Redezeit zu gewähren, worauf seitens der inzwischen außerordentlich zahlreich herbeigeströmten Sozialdemokraten ein energisches Oho erfolgte. Sichtlich entrüstet ob solcher frechen Kritik rief der sanfte Heinrich den Kritikern zu: Was, Oho? Da gibt's kein Oho! Nun aber brach der Sturm los und unter allgemeinem Oho verließ die Opposition die Versammlung, begleitet von den Segenswünschen (?) des Kaplans und des Zentrumskandidaten und begab sich zum „Schnapsjörg". Dort saß in aller Ruhe der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lutz, der soeben eine Entdeckungsreise nach Vereinslokalen beendigt hatte. Das gab nun ein äußerst vergnügtes Wiedersehen, besonders da von Zeit zu Zeit Bericht über den trübseligen Gang der Zentrumsversammlung im Löwen erstattet wurde. Nachdem der Arbeitergesangverein ein Lied gesungen, wurde sofort eine Versammlung arrangiert, die außerordentlich begeistert verlief und Zeugnis gab von der kampfesmutigen Stimmung, die unter unseren Genossen in Beiertheim herrscht. Allgemein war man sich darüber einig, alle Kräfte aufzubieten, damit wenn am Wahltag die schwarze Gesellschaft den Sieg in Beiertheim davonzutragen glaubt, ihr in die Ohren schallt ein donnerndes „Oho", der Schlachtruf der Beiertheimer Sozzen!

Knielingen. Am Donnerstag Abend hielt hier der „Block" eine Wahlversammlung ab, die aber in der Mehrzahl von unsern Genossen und auswärtigen Gästen besucht war. Der nationalliberale Kandidat Bürgermeister Reck von Eggenstein hielt eine längere Rede, in welcher er sein „Programm" entwickelte. In der Diskussion trat ihm Genosse Hansler entgegen. Er verwies auf die Politik der Halbheit des Liberalismus, insbesondere im Kampfe gegen die ultramontane Gefahr. Herr Rechtsanwalt Heinsheimer entgegnete und, wie wir anerkennen, in sehr sachlicher Weise. Er meinte, die Trennung der Kirche vom Staate würde dem Volke noch mehr kosten als der heutige Zustand. (Aber Herr Heinsheimer! Diese Frage ist doch keine solche, die sich um den Kostenpunkt dreht. Red. d. V.) Inbezug auf die Sozialdemokratie sprach Herr Heinsheimer die Hoffnung aus, daß die Zeit kommen möge, wo der Liberalismus und die Sozialdemokratie gemeinsam gegen den Ultramontanismus kämpfen. Dies wäre aber erst möglich, wenn die So[...]
nalen Fragen eine[...]
Heinsheimer! Zwi[...]
nationalliberalen A[...]
besteht ein so him[...]
Uebereinstimmung [...]
von vielem anderen[...]
große Rolle.) Wenn ei[...]
begeisterung aus i[...]
wollen wir darüber[...]
Heinsheimer, bleibt[...]

Ein Herr aus K[...]
tiven Kandidaten [...]
wurde aber von [...]
19. Oktober wird z[...]
teien immer mehr [...]
lernt seine „Freund[...]

? **Radolfzell.** [...]
Versammlung trat [...]
beiter auf. So[...]
geworden, man k[...]
Geld sehen lassen. [...]
aber ist, daß dieser [...]
einen 20prozentigen [...]
Dem Manne wir[...]
trieben sein.

De[...]

Vom mi[...]

Man schreibt [...]
Die Erörterun[...]
deutschen Gefän[...]
im bekannten [...]
bedürftigkeit d[...]
wiesen hat. A[...]
vollzug wird m[...]
den haben, den[...]
gelangt ist, läß[...]
was man nicht [...]
lieren vermag.

In der fre[...]
längere Schild[...]
des entnehmen[...]
webels kräfti[...]
wegen Fahne[...]
fängnis, [...]
wieder in di[...]
Hauptmann [...]
geschickt, da er[...]
zufangen wä[...]
dert ein Ekel[...]
bekannten B[...]
erinnert. D[...]
Wangen ein[...]
Sack über de[...]
heben. Di[...]
Seiten gefri[...]
zuknicken. [...]
rend in tau[...]
Weise, wie[...]
findet. D[...]
Speisen üb[...]
tene Nahru[...]
Stühlen tä[...]
geben ist z[...]
behält. E[...]
Monaten [...]
brochen ist.

Ein fur[...]
entrollt, d[...]
stellung d[...]
tung eine[...]
hat. Leid[...]
diese Schi[...]
sich der B[...]
nur die[...]
gefängni[...]
auch ohn[...]
artigen [...]
der Sac[...]
könnte [...]
entstehe[...]
und die[...]
scheuen [...]
annehm[...]
suchung[...]

Der [...]
in E[...]
ausfall[...]
werde[...]
positive [...] schluß an das Zentrum! Dagegen erhob sich Widerspruch; schließlich tröstete man sich mit der stolzen

---

Feststellung, daß man bei tüchtiger Arbeit — vorläufig immerhin noch das Zünglein an der Wage bilde. — Ein süßer Trost für eine im Essener Kreis noch vor kurzen Jahren allmächtige Partei.

Die Reichstagswahl in Kattowitz-Zabrze

(Oberschlesien) hatte ein überraschendes Ergebnis. Nach der amtlichen Zusammenstellung erhielten Korfanty (rad. Pole) 23 208, Kapitza (Zentrum) 8100, Voltz (lib.) 7682 und Morawski (Soz.) 4780 Stimmen. Korfanty ist somit gewählt. — Bei der Wahl im Jahre 1903 fielen auf den Kandidaten des Zentrums 19 992, auf Korfanty 11 670, den Sozialdemokraten 10 044 und den damaligen freisinnigen Kandidaten 3033 Stimmen. In der Stichwahl stimmten damals die Sozialdemokraten für Korfanty. Gestern haben viele unserer Wähler, um eine Stichwahl zwischen Korfanty und dem Zentrum zu vermeiden, offenbar für den Polen gestimmt, anders läßt sich die geringe Stimmenzahl Morawskis nicht erklären. Der Rückgang der Zentrumsstimmen von fast **20 000** auf etwas über **8000** Stimmen — und das, obwohl die Partei einen Kandidaten polnischer Nationalität präsentiert hatte, läßt darauf schließen, daß es mit der Herrlichkeit derer um Ballestrem im oberschlesischen Industrierevier zu Ende geht.

Aus der Partei.

Grünwinkel, 14. Okt. Wir machen auch an dieser Stelle aufmerksam, daß heute Abend 8 Uhr im Gasthaus zum Bad. Hof eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet, in welcher unser Kandidat, Genosse Lutz aus Baden, referieren wird.

Ettlingen, 14 Okt. Auch an dieser Stelle machen wir auf die morgen (Sonntag) Abend bei Traut stattfindende Volksversammlung aufmerksam. Es ist dies die letzte vor der Wahl. Deshalb müssen die Genossen es sich zur Pflicht machen, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Landtagsabg. Schmitt aus München und der Kandidat für den 46. Bezirk, Genosse Müller, werden sprechen.

S. V. **Bruchsal,** 14. Okt. Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, erscheint heute Abend im Einhorn, morgen in der Frühe soll das Flugblatt zur Verteilung gelangen. Gleichzeitig machen wir auf die heute Abend in der Brauerei Gebhard stattfindende Versammlung aufmerksam. Unser Kandidat Genosse Willi wird sprechen.

Blankenloch, 13. Okt. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet hier im Gasthaus zum Bahnhof eine Wählerversammlung statt, desgleichen abends [...] regeln einzutreten.

Der Stadtrat wird ferner beauftragt, sich namens der Stadt Pforzheim allen Schritten anzuschließen, welche seitens der Städte des engeren oder des ganzen Vaterlandes unternommen werden zur baldigsten Beseitigung des unleugbaren Notstandes."

Pforzheim, 13. Oktober 1905.

Die Debatte zeigte vollständige Uebereinstimmung über die Tatsache der Fleischnot und Fleischteuerung, sowie auch über die Ursachen derselben.

Der Oberbürgermeister erstattete Bericht über die Unterredung der drei badischen Oberbürgermeister mit dem Minister Schenkel, der erklärt habe, Baden könne deshalb in der Sache nichts tun, weil es nicht an einer Grenze liege, die für die Oeffnung in Betracht komme. In der Schweiz, als einzigem angrenzenden Staat, werde nur Zuchtvieh produziert. Es könne nur durch die gesamten Bundesstaaten vorgegangen werden; die wollten aber nicht viel damit zu tun haben. Wenn nur ein Bundesstaat beim Reichskanzler vorstellig werde, nütze das nicht viel.

Der Oberbürgermeister steht auf dem Standpunkt, daß nur von einem Vorgehen der deutschen Städte etwas zu erhoffen sei. Der Stadrat habe deshalb beschlossen, der Vereinigung deutscher Städte beizutreten. Für ihn sei klar, daß man bei Auftreten der Teuerung sofort das Einfuhrkontingent aus Rußland hätte ganz bedeutend erhöhen müssen. Er könne nicht einsehen, daß es für die Seuchengefahr ein Unterschied sei, ob 1360 oder 2000 Schweine hereingelassen werden.

Um der Teuerung in Pforzheim etwas zu steuern, werde der Stadtrat bis auf weiteres Dienstag und Freitag einen Seefischmarkt abhalten lassen.

Der Stadtverordneten-Obmann Gesell erinnerte daran, daß Baden der erste Staat gewesen sei, welcher veterinärpolizeiliche Maßnahmen gegen die Seucheneinschleppung durchgeführt habe. Die Agrarier hätten sich dies jedoch zunutze gemacht und mit der „Gefahr" so stark gearbeitet, daß eine riesige Preissteigerung die Folge gewesen sei. Auch die Angst vor dem amerikanischen Büchsenfleisch usw. sei dazu benutzt worden. Soviel Geld schon zur Aufsuchung von Trichinen verwendet worden sei, so wenig habe man gefunden. Die Erhöhung des russischen Einfuhrkontingents um 200 Schweine monatlich sei angesichts des riesigen Verbrauchs allein der Stadt Berlin ein offener Hohn. Man müsse daran gehen, in den Gemeindeverwaltungen die Zucht von Schweinen in die Hand zu nehmen.

Stadtv. Kaiser verspottete die Antwort des bad. Ministers.

Genosse Müller hob hervor, daß das Einfuhrverbot nur eine Begleiterscheinung des großen Raubzugs der Agrarier sei, der am 14. Dezember 1903 unter Bruch der Geschäftsordnung begonnen, und zwar unter Assistenz derselben Nationalliberalen, die heute so gegen die Folgen des damaligen Volksverrats zu Felde ziehen. Wir schlössen uns der Resolution an, obgleich sie uns [...]

Achtung! Ettlingen. Achtung!

Landtagswähler!

Samstag, den 9. September 1905, abends halb 9 Uhr,
findet im **„Darmstädter Hof"** eine

öffentliche Volksversammlung

statt.

Tagesordnung:

Die bevorstehende Landtagswahl.

Referent: Genosse **Lehmann** aus Mannheim.

Es ist jedermann freundlichst eingeladen.

Freie Diskussion.

Das Agitationskomitee.

Druck und Verlag von Geck u. Co. Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 239. Zweites Blatt. Karlsruhe, Samstag den 14. Oktober 1905. 25. Jahrgang.

Wie ein Katholik den Kapitalismus kritisiert.

Keine Literatur ist so reich an Gedanken und Auslassungen, die sich gegen die eigenen Taten ausschlachten lassen, wie die des Zentrums, und nichts ist lehrreicher, wenn man die heutige Zentrumspolitik verstehen und würdigen will, als einen Blick in die älteren Zentrumsschriften zu werfen. Eine der Anfang der 90er Jahre meist verbreiteten Broschüren ist „Der rote Doktor Quacksalber." Das Elaborat, das vierte der Flugschriften des Volksvereins für das katholische Deutschland, im Verlage der Germania Berlin erschienen, beginnt mit einer Schilderung unserer Lage. Die an den bestehenden Zuständen geübte Kritik ist so scharf, daß sie jedem Sozialdemokraten Ehre machen würde und es sich verlohnt, ausführlicher an sie zu erinnern.

Geld, so heißt es hier, gibts genug in der Welt; der Fehler ist nur, daß die meisten Leute keins haben. Geld und Gut sind eben viel zu ungleich unter die Menschen ausgeteilt. Gleich verteilt waren sie nie und gleich verteilt werden sie auch nie sein, einfach deshalb, weil die Leute nie gleich fleißig, gleich geschickt und gleich sparsam waren und jemals sein werden. Aber **so steinreich und so bettelarm** zu gleicher Stunde ist das Menschenvolk auch **noch nie gewesen wie heute.** Niemals noch, so lange Gottes Sonne vom Himmel scheint, waren die **Geldsäcke so schwer und die Bettelsäcke so leer,** wie in unseren Tagen. Millionen von Menschen haben heute fast so viel wie nichts und ein **Häuflein Millionäre hat fast alles.** Das Großkapital hat Geld und Gut, Aecker und Häuser, Fabriken und Bergwerke, Handel und Schiffahrt an sich gezogen und sammelt mit allen Fingern Tag für Tag neue Schätze in die vollen Kassen. Das Volk hat mit all diesen einträglichen Sachen fast nur mehr die Arbeit; der Hauptgewinn der Arbeit aber fließt in die Taschen der Geldfürsten zusammen.

Dem Großkapital gehört fast die ganze Welt, für das Volk bleiben nur die **Schulden.** Magst du die Welt auf- und abwandern, die Schuldenwirtschaft triffst du in allen Ländern.... Dann ist weiter noch fast jedes Stück der Gemeinde, jedes Haus, jeder Acker verschuldet; fast jeder Eigentümer, Bürger oder Bauer hat seine Extraschuld.... An der leeren Kasse kennt (der Bauer), daß er eigentlich nicht so sehr für sich, sondern für den Kapitalisten arbeitet. Dem Kapitalisten gibt er, was er auf dem Markt für den Weizen und für die Kälberkuh auf dem Viehmarkt gelöst hat. Stall und Aecker sind dem Bauern untreu geworden; sie nähren nicht mehr ihren Pfleger, sondern den Zinsherrn. Der Bauer ist vielfach der Leibeigene des Kapitals geworden; er arbeitet wohl auf dem eigenen Grunde, aber nicht für den eigenen Säckel. Nur mühsam gelingt es ihm, von dem, was ihm der Staat und die Gemeinde und der Kapitalist übrig lassen, sich und die Seinen zu erhalten. Mit dem alten Bauernwohlstand ist's vorbei […] Zeit, wo es hieß, daß der […] Ernten haben […]

die Not treibt ihn heraus aus seinem Neste und er wandert fort von Haus und Hof der Stadt zu und nimmt nichts mit als den Groll im Herzen und die Schande am Rücken. Ein mühseliges Leben wartet auf ihn am Stadttor; er geht in die Fabrik als Tagelöhner oder macht bei den Juden den Unterhändler; **der freie Bauer ist zum unzufriedenen Proletarier,** zum ausgesäckelten Habenichts geworden...

Den Bauersmann drückt die Schuldenlast zu Boden, den kleinen Gewerbsmann bringt die Maschine um Brot und Freiheit. Die Maschine steht im Dienste des Reichtums. So ein Ungetüm, das von glühenden Kohlen lebt und mit eisernen Knochen Tag und Nacht fortarbeitet, liefert in einer Stunde mehr Waren, als hundert Menschenhände in einer Woche fertigbringen. Dieses eiserne Räderwerk arbeitet so rasch und billig, daß der Kleinmeister nicht mehr mittun kann. Er muß zurückbleiben wie der Krüppel, der mit der Lokomotive wettlaufen wollte. So verliert der freie Meister Kundschaft und Brot, er muß seine Werkstätte zusperren und Lohnarbeiter in der Fabrik werden. Schlechter Geschäftsgang oder auch die Laune eines Fabrikherrn kann ihn alle Tage auf die Landstraße hinauswerfen. Weil der karge Lohn nicht reichen will, **müssen auch Weib und Kind an die Maschine gespannt werden** und die ganze Familie verdient kaum so viel, daß sie sich eine richtige Kost und ein anständiges Sonntagsgewand kaufen kann. Aufwärts gehts nimmermehr mit dem herabgekommenen Kleinmeister und bei allem Fleiße bleibt den Kindern des Verarmten kein anderes Erbteil als die Not, in der ihre Eltern gehaust haben.

... Den Bauern frißt der **Zins,** den Handwerker die **Maschine** ... Der Reiche wird immer **reicher,** der Arme alle Tage **ärmer,** die kleinen Leute haben die mühselige Arbeit **ohne Gewinn,** die großen den **Gewinn ohne die mühselige Arbeit.** Die Arbeit will ihren Mann nicht mehr ehren und nähren. Die Millionenmenschen haben das rote Gold, den schäumenden Becher, glänzende Namen und klingende Titel, den Pfennigmenschen ist vielfach nichts übrig geblieben, als die harte Arbeit, der bleiche Kummer, die graue Sorge und ein schwarzes Stück Brot dazu.

Schärfer vermag kein Kritiker die erdrückende Konkurrenz der Maschine gegenüber dem Handwerk, die Hypotheken- und Schuldknechtschaft, in die der Bauer vom städtischen Kapital gerät, zu kritisieren. Wer aber glaubt, daß man nun folgerichtig die Forderung einer anderen Gesellschaftsordnung erheben werde, irrt sich gewaltig. Alles soll bleiben, wie es ist, nur sollen dem Handwerker der Befähigungsnachweis und ein Paar sonstige Mittelstandsrettereien, dem Bauer ein Paar Schutzzölle auf die Wunden geklebt werden, von denen nur der großgrundbesitzende Junker Profit hat.

Wenn der Sozialismus sagt, gegen die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft ist der […] Mittelstand machtlos, wie das […] so schön […] bar dem […] hilft da […] Zentrums- […] und […] diese […] warten, […] vertreten […] das […] sag […] ieren, […] uns

selbst im schlimmsten Falle gesichert, das Glück, von Kapital und Maschine gefressen zu werden."

Nun, die Mittelstände haben es mit dem Zentrum probiert. Sie haben heute all die schönen Sachen, die das Zentrum ihnen damals so beredt angepriesen hat, sie haben Zwangsinnung, Befähigungsnachweis, Lehrlingsvorschriften — Schutzzoll, Grenzsperre und Seuchengesetz. Die Kur ist versucht, teilweise schon lange Jahre versucht. Hat sie geholfen? Und wer behält Recht: das Zentrum oder die Sozialdemokratie?

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Aussperrung aller Weber und Weberinnen in Gera wird durch folgenden Anschlag in den Fabriken angekündigt:

Nachdem bei den Firmen Bardski u. Oeser, W. Theodor Gey, Alfred Münch, Ernst Fr. Weißflog Kündigungen seitens der Arbeiter in größerem Umfange vorgekommen sind, geben wir hiermit bekannt, daß wir uns **genötigt** (!) sehen,

am 13. Oktober d. J.

gegenüber allen unseren Stuhlarbeitern die Kündigung für den 27. Oktober auszusprechen, falls nicht bis Donnerstag, den 12. Oktober, abends in den genannten 4 Betrieben eine genügende Zahl von Arbeitern sich zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bereit erklärt hat.

Gera, den 11. Oktober 1905.

Verband sächsisch-thüringischer Webereien.
Ortsgruppe Gera.
Ruckdeschel, Vorsitzender.

Auch in **Ronneburg** haben die Weber und Weberinnen das Tarifangebot der Unternehmer gegen eine Stimme abgelehnt und sich mit den Geraer Kollegen, die gekündigt haben, solidarisch erklärt.

Zu einer Metallarbeiteraussperrung ist es bei der Firma Egestorf A.-G. in Hannover-Linden gekommen. Den Fräsern ward eine Lohnreduktion zugemutet, die sich diese nicht gefallen lassen wollten, worauf ihnen die Entlassung angekündigt wurde. Sodann wurde an die Kesselschmiede das Ansinnen gestellt, Streikarbeit zu verrichten. Die Kesselschmiede lehnten das Ansinnen der Betriebsleitung ab, worauf sämtliche Kesselschmiede — etwa 300 an der Zahl — aufs Pflaster geworfen wurden. Eine Stunde später passierte das gleiche mit den 39 Tischlern. Der einzige Streikbrecher aus der Fräserei wurde zur Hofkolonne versetzt. Als diese erklärten, nicht mit ihm arbeiten zu wollen, flog der Streikbrecher aus dem Betrieb hinaus. Somit sind ca. 1200 Mann ausgesperrt.

Zur Beleuchtung gewisser Kapitalistenmanieren sei angeführt, daß fast um dieselbe Stunde, in der den Fräsern in Hannover gesagt wurde: „Wenn Ihr für das Geld nicht arbeiten wollt, dann seid Ihr entlassen", der Aufsichtsrat genannter Firma in einer Sitzung in Berlin den Aktionären bekannt gab, daß der Bruttogewinn in diesem Jahre 2 141 901,98 Mark beträgt gegen 2 114 220,83 Mark im Vorjahre — 27 000 Mark mehr. Für Abschreibungen, Reservestellungen und Gewinnanteile werden 978 418 Mark gegen 951 860,07 Mark verwandt; **25 Prozent Dividende** sollen, wie im Vorjahre, verteilt und 35 733,08 Mark gegen 33 024,10 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Den auf die Straße geworfenen 10 Arbeitern wollte man den Lohn um 10 Prozent kürzen. In dem Betriebe arbeiten etwa 2000 Arbeiter. Zwei Millionen Mark haben sie mehr erarbeitet, als ihnen an Lohn ausgezahlt ist, das macht für jeden Arbeiter rund 1000 Mark! Diesen Mehrwert stecken Kapitalisten vergnügt in die Tasche, Kapitalisten, die nie einen Finger krumm machen beim Bau einer Lokomotive.

Ein Stadtrat nach dem Wunsche der Unternehmer. Im letzten Vorstandsbericht des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Braunschweig ist u. a. folgende sehr bezeichnende Stelle zu finden:

„Schließlich wurde noch in Erinnerung gebracht, daß der hiesige Stadtmagistrat Steinmetzarbeiten an hiesige Unternehmer nicht mehr vergibt, **weil diese ihren Leuten freiwillige Lohnzugeständnisse gemacht haben.**"

Das ist allerdings unerhört, daß Unternehmer, ohne erst die Stadt um Erlaubnis zu fragen, ihren Arbeitern den Lohn aufbessern. Das muß bestraft werden — man entzieht ihnen die Arbeit. Man „begründet" das dann wahrscheinlich damit, daß die Stadt schließlich ein paar Pfennige für die Arbeiten mehr zahlen müsse. Fürwahr, eine ähnlich rückständige und unsoziale Handlungsweise dürfte denn doch trotz allem, was man schon erlebt hat, noch nicht dagewesen sein. Das Dokument verbohrtester Kommunalpolitik sollte den Arbeitern aller Orten eindringlich predigen, von welch ungeheurer Wichtigkeit für ihre ureigensten Interessen ihr Einfluß auf die kommunalen Dinge ist.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 12. Okt.

8. Sittlichkeitsverbrechen.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit kam als letzter Fall der gegenwärtigen Schwurgerichtssession die Anklage gegen den 31 Jahre alten

Maurer Karl Julius Schell

aus Offenau (Württemberg) wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Verhandlung. Dem Angeschuldigten wurde zur Last gelegt, daß er am 28. Juli, nachts 11 Uhr, auf dem Weiherberg zu Pforzheim die auf dem Heimwege befindliche Kellnerin Karoline Rieger in der Weiherbergstraße überfallen und an ihr das Verbrechen der Notzucht zu verüben versucht habe. Der Angeschuldigte bestritt, die ihm zur Last gelegte Tat verübt zu haben. Er erklärte, daß er der Mann nicht gewesen sei, der das Sittlichkeitsattentat an der Rieger begangen. Er sei am 28. Juli nicht auf dem Weiherberg gewesen. Am Abend jenes Tages habe er sich in verschiedenen Wirtschaften aufgehalten in Gesellschaft von Bekannten. Um 12 Uhr sei er dann nach Hause gegangen. Von dem Vorfall auf dem Weiherberg wisse er nichts.

Am Abend des 28. Juli wurde in Pforzheim in der Weiherbergstraße die dort wohnende Kellnerin Rieger, die sich von einem Einkaufe nach Hause begab, von einem Manne angefallen und zu vergewaltigen versucht. Seinen Zweck erreichte der Angreifer nicht, da die Rieger laute Hilferufe ausstieß, auf die mehrere Bewohner der in der Nähe liegenden Häuser herbeieilten. Die Rieger hatte bei der damals herrschenden Dunkelheit das Gesicht des Angreifers nicht erkannt. Es fehlte überhaupt jeder Anhaltspunkt dafür, wer dieses gemeine Rohheitsdelikt ausgeführt haben könnte. Eine Spur, die zufällig gefunden wurde, lenkte den Verdacht auf Schell. Zur Abendzeit des 28. Juli trieb sich ein Mann auf dem Weiherberg herum, der sich später eine Zeit lang auf der Weiherbergwiese niederlegte und dort ein Schriftstück zerriß, dessen Teile er in eine nahe Hecke warf. Zwei 13jährige Mädchen hatten diesen an sich unbedeutenden Vorgang mitangesehen und von demselben, als sie von dem Ueberfall der Rieger hörten, ihren Eltern Mitteilung gemacht, da sie glaubten, daß der ihnen verdächtig erschienene Mann die Tat begangen haben könne. Der Vater des einen Mädchens sammelte andern Tages die Papierfetzen, soweit sie noch vorhanden waren und übergab sie der Polizei. Durch das Zusammensetzen der Papierstücke ergab sich, daß das zerrissene Schriftstück eine amtliche Vorladung für Schell zu einem Gerichtstermin auf 5. Juli war. Es wurde darauf nach Schell geforscht und festgestellt, daß er am 5. Juli vom Schöffengericht Pforzheim wegen Diebstahls zu einer mehrwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, die er am 19. Juli verbüßt hatte.

Am 22. Juli trat Schell bei dem Maurermeister Engel in Pforzheim in Arbeit. Aber schon am 2. August verließ er wieder diese Arbeitsstelle und verschwand aus Pforzheim. Sein Aufenthalt wurde einige Zeit darnach in Neckarsulm ermittelt, wo dann seine Festnahme erfolgte. Von Anfang an und auch heute leugnete der Angeklagte. Er machte in der Voruntersuchung umfangreiche Angaben über sein Tun und Lassen am 28. Juli, die sich auf Grund der angestellten Erhebungen als vollkommen unwahr erwiesen. Auch die von ihm zur heutigen Verhandlung geladenen Zeugen, die Aufschluß über seinen Aufenthalt am Abend des 28. Juli geben

…unga ko i net,
Des sag i glei;
Wer mi net gern auflust,
Ko nausgeh dawei.

Aber Leut geht's auf d'Seit,
Und Leut geht's ma weg,
Denn i möcht ja g'rad wissen,
Wo d' Hochzeiterin steckt.

Aba jetzt ho 'n i's g'seg'n,
Daß s'am anderen Tisch sitzt.
Daß sei wunderschön's Kranzei
Am Kopf so schö blitzt.

Des Kranzerl am Kopf
Is umad'um weiß;
Bis zu der Zeit a Jungfrau bleib'n,
Des kost' an Fleiß.

Hochzeiterin, host g'heiret,
Werst as bñafen müssen;

Hochzeiter, host g'heiret,
Ko'st am Sessel sitz'n,
Bis in dreiviertel Jahr,
Derfst an Schnuller spitz'n.

Hochzeiter, host g'heiret,
Hast lang uma g'fischt.
Jetzt host halt de schöner,
Vo Watzling dawischt.

Wenn i d'Kranzeljungfrau o'schau,
Muß i allwei lacha,
Weil's gar so a spitzinges
Maul ko macha.

Der Brautführer is dockerlnett,
's Tanzen kann er net schlecht,
Liaben kann er aa für drei
Den möcht i glei.

An Hozeitlader hamm mer,
Ja wia ma si's denkt;
Wia r'er d'Hozeit hat g'laden,
Is eahm s'Hemmad raus g'hängt.

Barbara Weiß kam immer näher an den Ehrentisch heran. Der Kerzenschein beleuchtete ihr Gesicht, welches auch bei den lustigen Versen ernst blieb. Sie hatte die Augen fest auf den Glassturz geheftet und sah nicht, wie rechts und links von ihr die Zuhörer mit ehrlicher Bewunderung das schöne Schauspiel betrachteten. Am meisten Anerkennung fand sie wohl am Ehrentische. Die alte Salvermoserin und die alte Reischlin verloren sie keine Sekunde aus den Augen, und es wurde ihnen so feierlich zu Mut, wie in der Kirche, als der Lichterglanz immer näher herankam. Der helle Schein fiel auf ihre ehrlichen, alten Gesichter, die sich scharf abhoben von dem dunklen Hintergrund und aus denen eine treuherzige Frömmigkeit sprach.

Barbara war jetzt auf zwei Schritte an das ehrsame Brautpaar herangekommen, als sie weiter sang:

Schaug' i hinum, schaug' i herum,
Schaug' i alle Eck aus,
Der Hochzeiterin sei liaba Voda
Schaut nirgends mehr raus.

Z'Eielsriad am Friedhof,
Da liegt er begrab'n,
Is a Graserl drüber g'wachsen,
Ko ma'n aa nimmer hamm.

Z'Eielsriad im Friedhof,
Da steht a Lind'n,
Da ko d'Hozeiterin sein
Liab'n Voda find'n.

Als sie so des Verstorbenen gedachte, der am heutigen Ehrentage sichtbarlich fehlte, da zog die alte Salvermoserin ihr großes Sacktuch heraus und fing bitterlich zum Weinen an. Und auch die Reischlin konnte sich nicht helfen und tat desgleichen. Auch sie wußte ja, wie es ist, wenn man einen Angehörigen zum Friedhof hinausgetragen hat. Die Emerenz, als ein junges Frauenzimmer ohne richtige Erfahrung, zeigte keine so große Rührung; aber sie schnupfte doch etlichemal auf.

(Schluß folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hoftheater. Ibsen's Schauspiel **„Stützen der Gesellschaft"**, das seit Ende der 1878er Jahre hier nicht mehr gegeben wurde, ging gestern „neu einstudiert" über die weltbedeutenden Bretter unserer Hofbühne. In diesem Stücke, das Ibsen noch vor Nora schrieb, ist er noch nicht der Verkündiger moderner Ideen, grüblerischer und pessimistischer Symbolik, wie in seinen späteren Werken, aber er hat mit ihm schon sein eigenstes Gebiet, die moderne Gesellschaftskritik, betreten. Die Stützen der Gesellschaft sind auch heute noch ein zeitgemäßes Bild, und sein Unterschied gegen die späteren Werke dieses Genres ist nur der, daß nach der Anlage der Hauptperson das Drama nicht mit einem Sprung ins Wasser, nicht durch eine Katastrophe endet, sondern versöhnlich ausläuft.

Wenn man sich also mit der schwachen Sühne des 4. Aktes begnügen will, so kann man sich den vollen Griff, den der Dichter in das faule soziale Leben der Gegenwart macht, schon gefallen lassen. Die Hauptfiguren sind prächtig gemalt, andere indessen, wie z. B. Dina Dorf, nur skizzenhaft getroffen, aber trotzdem geht ein frischer Zug durchs Gesamtbild wie durch die Aufführung selbst.

Die Vorstellung war aus einem Gusse und die Regie des Herrn Intendanten **Bassermann** hatte ein Uebriges getan, dem Stücke durch sorgfältiges Studium den Erfolg zu sichern; die szenische Ausstattung war eine durchaus tadellose, dem Geschmacke und dem Charakter der Handlung und ihrer Zeit entsprechend. Aus dem Milieu des Ensembles ragte besonders die Lona Hessel des Frl. **Fraundorfer** heraus, die eine sich auf psychologische Wahrheit wie Natürlichkeit und große Innigkeit stützende packende Leistung bot; auch der Konsul Bernick des Herrn **Bassermann,** sowie der prächtige Naturmensch Johann Tönnesen des Herrn **Herz** stützten sich auf diese hervorragenden Eigenschaften; Herr **Baumbach** gab den frömmelnden Rörlund mit viel Geschick und fand den richtigen Ton für diese, sagen wir pastorale Figur. Ein volles Lob gebührt allen übrigen Rollen bis zum jungen Olaf des Herrn Schneider. Es war eine Vorstellung, die das Prädikat mustergiltig ansprechen konnte. Das Publikum nahm das alte aber immer noch wirksame Stück mit viel Teilnahme entgegen.

Wir können demgegenüber nur auf's allerbestimmteste erklären, daß die Sozialdemokratie unter gar keinen Umständen für die 4. Wagenklasse zu haben ist, also auch nicht für den Nahrverkehr und auch nicht, wenn sie so ausgestattet ist, wie die 3. Klasse. Warum man, den letzteren Fall angenommen, überhaupt eine 4. Klasse braucht, das können wir nicht begreifen.

Auf Zentrumshilfe

hoffen, wie ein Korrespondent der Straßb. Post schreibt, offenbar die Konservativen und zwar sehr bestimmt, denn sonst hätten sie nicht in 13 Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt.

Das haben wir schon lange geschrieben und wer nicht blind war, konnte aus den Artikeln Wackers sich über die Taktik des Zentrums gegenüber den Konservativen schon lange klar sein. Das Zentrum weiß sehr genau, was es will, zum Unterschied vom „Block", der sich über seine Mission, soweit sie außerhalb der Gewinnung von Mandaten liegt, nicht klar ist.

Ein interessanter Brief

noch, gegenwärtig die Runde durch die Presse. Verfasser desselben ist der im Schwetzinger Bezirk aufgestellte konservativ-bauernbündlerische Kandidat, Domänendirektor Hoffmann. Der Brief ist an einen Beamten gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Ich ersuche Sie, meiner Wählerversammlung im B. nächsten Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Ochsen allda, anzuwohnen. Ich werde mit Herrn Weidner und Hoffmann und noch einigen anderen Herren der nationalliberalen Partei erscheinen. Ich hoffe, daß auch Sie der Ansicht sind, daß der Block an der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich durch Aufstellung eines Demokraten schwer verfehlt hat. Die Großh. Regierung kann an einem solchen Auswuchs des Nationalliberalismus keine Freude haben und wenn die Bezirksbeamten hie und da dennoch für den Block stimmen, nun dann tun sie es eben aus sich privat und dies kann ihnen niemand wehren, aber als Regierungswillen kann ein solches Verhalten nicht angesehen werden.

Mit dem besten Gruß

B. Hoffmann, Direktor.

Daß Leute mit solch vorsintflutlichen Auffassungen über die Rechte der Beamten als Staatsbürger sich noch ernsthaft als Kandidaten für die Volksvertretung bewerben können, ist ein sehr bedenkliches Zeichen.

Uebrigens standen die Nationalliberalen, solange sie die Macht noch hatten, auf ganz demselben Standpunkt und sie würden ihn auch heute noch verteidigen, wenn sie noch die Macht hätten. Insoweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, verteidigen die Nationalliberalen jetzt noch den Standpunkt, daß ein Staatsbeamter sich nicht zu derselben bekennen darf. Echt nationalliberaler Freiheitsbegriff!

Auf monarchischem Boden

zu stehen, hielt der demokratische Kandidat für Schwetzingen, Herr Ihrig, festzustellen für notwendig. Sonderbar! Früher hörte man von den Demokraten nie solche Beteuerungen. Der Anschluß an den „Block" wirkt nach dieser Richtung hin bei den Demokraten offenbar „erzieherisch".

Ein starkes Stückchen

erlaubte sich nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse der Zentrumskandidat Dekan Dieterle in einer Wählerversammlung in Oberscheidenthal. Nach einem Bericht des „Odenwälder" soll Herr Dieterle u. a. gesagt haben:

Es wäre für die Landwirtschaft ein Unglück, wenn eine große Anzahl Bauern dem Landtag angehören würden. Der Landtag würde dadurch brachgelegt werden. Die Bauern seien nicht imstande, ihr Mandat entsprechend auszuüben (hört, hört!), da hierzu eine akademische Bildung erforderlich sei.

Wir haben mit dem Abdruck der Notiz zugewartet, weil wir sie nicht für glaubhaft hielten und auf ein schleuniges Dementi des Bad. Beobachters warteten. Da aber dieses Dementi gestern ausgeblieben ist, scheint es mit der Nachricht seine Richtigkeit zu haben.

Ob die Bauern sich eine solche Verhöhnung gefallen lassen, wird sich ja bald zeigen. Die Zentrumsbauern werden sich ja schließlich auch den Schimpf ruhig gefallen lassen, umsomehr, als er ja aus dem Munde eines Geistlichen kommt. „Der muß es ja wissen".

Im übrigen sei hier nur bemerkt, daß die akademische Bildung gerade keine besondere Qualifikation zum Volksvertreter abgibt. Im Landtag saßen schon Akademiker und insbesondere auf den Zentrumsbänken, die den Nichtakademikern nicht einmal das Wasser reichen konnten. Es gibt auch unter den Akademikern parlamentarische Nullen.

Zentrum und Eisenbahnreform.

In der Freiburger Zentrums-Versammlung, von der wir vor einigen Tagen berichteten, war es nicht Herr Fehrenbach, sondern Herr Betriebsinspektor Bertram, der sich für die 4. Wagenklasse aussprach. Herr Fehrenbach steht aber sachlich auf dem Standpunkt des Herrn Bertram. Mehr haben wir nicht zu berichtigen. Auf alle Fälle ist dem Zentrum in der Eisenbahnfrage nicht zu trauen.

Blöckler unter sich.

In der Naumannschen „Hilfe" wird über die Gärung innerhalb des Liberalismus geschrieben. Das ärgert die „Freie Deutsche Presse", das Organ Eugen Richters, dermaßen, daß sie in einem Artikel u. a. sagt:

„Nach diesem publizistischen Bubenstück der „Hilfe" machen die übrigen Unwahrheiten, Entstellungen, Beschimpfungen und Verleumdungen einen fast harmlosen Eindruck . . ."

Und so was entrüstet sich dann über den schlechten Ton in der Arbeiterpresse!

Die ärgsten Stänker sind die Freisinnigen.

Landtagswahlbewegung.

Die Konservativen haben in letzter Stunde auch in Karlsruhe-Stadt zwei Kandidaten aufgestellt und zwar im 43. Bezirk (Weststadt) den Rechtsanwalt Kratzer und im 44. Bezirk (Südstadt) den Geistlichen Verwalter Fellmeth.

Den Nationalliberalen also stellen die Konservativen keine Gegenkandidaten gegenüber, sondern nur den Trabanten der Nationalliberale... Auch sehr bezeichnend. Irgendwelche Bedeutung kommt den konservativen Kandidaturen in Karlsruhe übrigens nicht zu.

Beiertheim. Auf den 11. Oktober hatte die Zentrumspartei eine Versammlung im Löwen nach Beiertheim anberaumt, und zwar auch für Bulach. Die Einberufer kalkulierten wohl ganz richtig, daß die Versammlung seitens der Zentrumsanhänger schlecht besucht sein werde. Der Renommierarbeiter-Zentrumskandidat Belzer hat mit seinen eingelernten Sprüchlein aus der München-Gladbacher Schule bis jetzt wenig Anziehungskraft ausgeübt und auch die faustdicken Lügen seiner geistlichen Helfershelfer über die Sozialdemokratie, sowie die Kniffe der ihn begleitenden Rechtsanwälte können die Suppe nicht fett machen. Es waren mit Ach und Krach, die Belzersche Gefolgschaft miteingerechnet, ca. 30 Zentrumsbrüder anwesend, als der sanfte Heinrich die Versammlung eröffnete und das Kartoffelgraben als Grund für den sehr verspäteten Beginn der Versammlung bezeichnete. Sodann geruhte er, für die Diskussionsredner 15 Minuten Redezeit zu gewähren, worauf seitens der inzwischen außerordentlich zahlreich herbeigeströmten Sozialdemokraten ein energisches Oho erfolgte. Sichtlich entrüstet ob solcher frechen Kritik rief der sanfte Heinrich den Kritikern zu: Was, Oho? Da gibt's kein Oho! Nun aber brach der Sturm los und unter allgemeinem Oho verließ die Opposition die Versammlung, begleitet von den Segenswünschen (?) des Kaplans und des Zentrumskandidaten und begab sich zum „Schnapsjörg". Dort saß in aller Ruhe der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lutz, der soeben eine Entdeckungsreise nach Vereinslokalen beendigt hatte. Das gab nun ein äußerst vergnügtes Wiedersehen, besonders da von Zeit zu Zeit Bericht über den trübseligen Gang der Zentrumsversammlung im Löwen erstattet wurde. Nachdem der Arbeitergesangverein ein Lied gesungen, wurde sofort eine Versammlung arrangiert, die außerordentlich begeistert verlief und Zeugnis gab von der kampfesmutigen Stimmung, die unter unseren Genossen in Beiertheim herrscht. Allgemein war man sich darüber einig, alle Kräfte aufzubieten, damit wenn am Wahltag die schwarze Gesellschaft den Sieg in Beiertheim davonzutragen glaubt, ihr in die Ohren schallt ein donnerndes „Oho", der Schlachtruf der Beiertheimer Sozzen!

Knielingen. Am Donnerstag Abend hielt hier der „Block" eine Wahlversammlung ab, die aber in der Mehrzahl von unsern Genossen und auswärtigen Gästen besucht war. Der nationalliberale Kandidat Bürgermeister Reck von Eggenstein hielt eine längere Rede, in welcher er sein „Programm" entwickelte. In der Diskussion trat ihm Genosse Hansler entgegen. Er verwies auf die Politik der Halbheit des Liberalismus, insbesondere im Kampfe gegen die ultramontane Gefahr. Herr Rechtsanwalt Heinsheimer entgegnete und, wie wir anerkennen, in sehr sachlicher Weise. Er meinte, die Trennung der Kirche vom Staate würde dem Volke noch mehr kosten als der heutige Zustand. (Aber Herr Heinsheimer! Diese Frage ist doch keine solche, die sich um den Kostenpunkt dreht. Red. d. V.) Inbezug auf die Sozialdemokratie sprach Herr Heinsheimer die Hoffnung aus, daß die Zeit kommen möge, wo der Liberalismus und die Sozialdemokratie gemeinsam gegen den Ultramontanismus kämpfen. Dies wäre aber erst möglich, wenn die S[illegible] nalen Fragen ein[illegible] Heinsheimer! Zw[illegible] nationalliberalen A[illegible] besteht ein so hin[illegible] Uebereinstimmung [illegible] von vielem anderen [illegible] große Rolle.) Wenn ei[illegible] begeisterung aus i[illegible] wollen wir darüber [illegible] Heinsheimer, bleibt [illegible]

Ein Herr aus K[illegible] tiven Kandidaten [illegible] wurde aber von [illegible] 19. Oktober wird z[illegible] teien immer mehr [illegible] ernt seine „Freund[illegible]

? **Radolfzell.** [illegible] Versammlung trat [illegible] heiter auf. Sol[illegible] geworden, man ka[illegible] Geld sehen lassen. [illegible] aber ist, daß dieser [illegible] einen 20prozentigen [illegible] Dem Manne wir[illegible] trieben sein.

Der[illegible]

Vom mi[illegible]

Man schreibt [illegible]

Die Erörteru[illegible] deutschen Gefän[illegible] im bekannten [illegible] bedürftigkeit d[illegible] wiesen hat. A[illegible] vollzug wird m[illegible] den haben, den[illegible] gelangt ist, läß[illegible] was man nicht [illegible] lieren vermag.

In der fre[illegible] längere Schild[illegible] des entnehmen[illegible] webels kräfti[illegible] wegen Fahner[illegible] fängnis, [illegible] wieder in die[illegible] Hauptmann [illegible] geschickt, da er [illegible] zufangen wär[illegible] dort ein Skel[illegible] bekannten B[illegible] erinnert. D[illegible] Wangen eing[illegible] Sack über de[illegible] heben. Di[illegible] Seiten gekri[illegible] zukniken. [illegible] rend in tau[illegible] Weise, wie[illegible] findet. D[illegible] Speisen üb[illegible] tene Nahru[illegible] Stühlen tä[illegible] geben ist z[illegible] behält. Es [illegible] Monaten [illegible] brochen ist.

Ein furc[illegible] entrollt, d[illegible] stellung d[illegible] tung eine[illegible] hat. Leid[illegible] diese Schi[illegible] sich der V[illegible] nur die [illegible] gefängni[illegible] auch ohn[illegible] artigen [illegible] der Sac[illegible] könnte [illegible] entsteher[illegible] und die [illegible] scheuen [illegible] annehm[illegible] suchung[illegible]

Der [illegible] in E[illegible] ausfall[illegible] werden[illegible] positive [illegible] schluß an das Zentrum! Dagegen [illegible] spruch; schließlich tröstete man sich mit der stolzen Feststellung, daß man bei tüchtiger Arbeit — vorläufig immerhin noch das Zünglein an der Wage bilde. — Ein süßer Trost für eine im Essener Kreis noch vor kurzen Jahren allmächtige Partei.

Die Reichstagswahl in Kattowitz-Zabrze

(Oberschlesien) hatte ein überraschendes Ergebnis. Nach der amtlichen Zusammenstellung erhielten Korfanty (rad. Pole) 23 208, Kapitza (Zentrum) 8100, Voltz (lib.) 7682 und Morawski (Soz.) 4780 Stimmen. Korfanty ist somit gewählt. — Bei der Wahl im Jahre 1903 fielen auf den Kandidaten des Zentrums 19 992, auf Korfanty 11 670, den Sozialdemokraten 10 044 und den damaligen freisinnigen Kandidaten 3033 Stimmen. In der Stichwahl stimmten damals die Sozialdemokraten für Korfanty. Gestern haben viele unserer Wähler, um eine Stichwahl zwischen Korfanty und dem Zentrum zu vermeiden, offenbar für den Polen gestimmt, anders läßt sich die geringe Stimmenzahl Morawskis nicht erklären. Der Rückgang der Zentrumsstimmen von fast 20 000 auf etwas über 8000 Stimmen — und das, obwohl die Partei einen Kandidaten polnischer Nationalität präsentiert hatte, läßt darauf schließen, daß es mit der Herrlichkeit derer um Ballestrem im oberschlesischen Industrierevier zu Ende geht.

Aus der Partei.

Grünwinkel, 14. Okt. Wir machen auch an dieser Stelle aufmerksam, daß heute Abend 8 Uhr im Gasthaus zum Bad. Hof eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet, in welcher unser Kandidat, Genosse Lutz aus Baden, referieren wird.

Ettlingen, 14. Okt. Auch an dieser Stelle machen wir auf die morgen (Sonntag) Abend bei Traut stattfindende Volksversammlung aufmerksam. Es ist dies die letzte vor der Wahl. Deshalb müssen die Genossen es sich zur Pflicht machen, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Landtagsabg. Schmitt aus München und der Kandidat für den 46. Bezirk, Genosse Müller, werden sprechen.

S. V. **Bruchsal,** 14. Okt. Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, erscheint heute Abend im Einhorn, morgen in der Frühe soll das Flugblatt zur Verteilung gelangen. Gleichzeitig machen wir auf die heute Abend in der Brauerei Gebhard stattfindende Versammlung aufmerksam. Unser Kandidat Genosse Willi wird sprechen.

Blankenloch, 13. Okt. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet hier im Gasthaus zum Bahnhof eine Wählerversammlung statt, desgleichen abends

Der Stadtrat wird ferner beauftragt, sich namens der Stadt Pforzheim allen Schritten anzuschließen, welche seitens der Städte des engeren oder des ganzen Vaterlandes unternommen werden zur baldigsten Beseitigung des unerträglichen Notstandes."

Pforzheim, 13. Oktober 1905.

Die Debatte zeigte vollständige Uebereinstimmung über die Tatsache der Fleischnot und Fleischteuerung, sowie auch über die Ursachen derselben.

Der Oberbürgermeister erstattete Bericht über die Unterredung der drei badischen Oberbürgermeister mit dem Minister Schenkel, der erklärt habe, Baden könne deshalb in der Sache nichts tun, weil es nicht an einer Grenze liege, die für die Oeffnung in Betracht komme. In der Schweiz, als einzigem angrenzenden Staat, werde nur Zuchtvieh produziert. Es könne nur durch die gesamten Bundesstaaten vorgegangen werden; die wollten aber nicht viel damit zu tun haben. Wenn nur ein Bundesstaat beim Reichskanzler vorstellig werde, nütze das nicht viel.

Der Oberbürgermeister steht auf dem Standpunkt, daß nur von einem Vorgehen der deutschen Städte etwas zu erhoffen sei. Der Stadtrat habe deshalb beschlossen, der Vereinigung deutscher Städte beizutreten. Für ihn sei klar, daß man bei Auftreten der Teuerung sofort das Einfuhrkontingent aus Rußland hätte ganz bedeutend erhöhen müssen. Er könne nicht einsehen, daß es für die Seuchengefahr ein Unterschied sei, ob 1360 oder 2500 Schweine hereingelassen werden.

Um der Teuerung in Pforzheim etwas zu steuern, werde der Stadtrat bis auf weiteres Dienstag und Freitag einen Seefischmarkt abhalten lassen.

Der Stadtverordneten-Obmann Gesell erinnerte daran, daß Baden der erste Staat gewesen sei, welcher veterinärpolizeiliche Maßnahmen gegen die Seuchenein-schleppung durchgeführt habe. Die Agrarier hätten sich dies jedoch zunutze gemacht und mit der „Gefahr" so stark gearbeitet, daß eine riesige Preissteigerung die Folge gewesen sei. Auch die Angst vor dem amerikanischen Büchsenfleisch usw. sei dazu benutzt worden. Soviel Geld schon zur Aufsuchung von Trichinen verwendet worden sei, so wenig habe man gefunden. Die Erhöhung des russischen Einfuhrkontingents um 200 Schweine monatlich sei angesichts des riesigen Verbrauchs allein der Stadt Berlin ein offener Hohn. Man müsse daran gehen, in den Gemeindeverwaltungen die Zucht von Schweinen in die Hand zu nehmen.

Stadtv. Kaiser verspottete die Antwort des bad. Ministers.

Genosse Müller hob hervor, daß das Einfuhrverbot nur eine Begleiterscheinung des großen Raubzugs der Agrarier sei, der am 14. Dezember 1903 unter Bruch der Geschäftsordnung begonnen, und zwar unter Assistenz derselben Nationalliberalen, die heute so gegen die Folgen des damaligen Volksverrats zu Felde ziehen. Wir schlössen uns der Resolution an, obgleich sie uns nicht überall genug sei. Er müsse aber noch auf den

Achtung! **Ettlingen.** Achtung!

Landtagswähler!

Samstag, den 9. September 1905, abends halb 9 Uhr, findet im „Darmstädter Hof" eine

öffentliche Volksversammlung

statt.

Tagesordnung:

Die bevorstehende Landtagswahl.

Referent: Genosse **Lehmann** aus Mannheim.

Es ist jedermann freundlichst eingeladen.

Freie Diskussion.

Das Agitationskomitee.

Druck und Verlag von Geck u. Co. Karlsruhe.